ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERKAUF
INFOLADEN LEIPZIG

Wildcat

93
Herbst 2012

kostet €4,–
(im Ausland €5,–)

Beilage:
Betriebserfahrungen
von den 70er Jahren
bis heute

Remember remember

September 1969: Bergarbeiter im Ruhrgebiet streiken

Bei lebendigem Leib

Sulla pelle viva. Nardó: la lotta autoorganizzato die braccianti immigrati
Texte von Brigate di solidarietà attiva, Gianluca Nigro, Mimmo Pettotta, Devi Sacchetto, Yvan Sagnet
erschienen im Januar 2012 – Verlag DeriveApprodi, Rom – 12 Euro

In Nardó, einem kleinen Ort auf dem Salento, der Südspitze Apuliens, fand im Sommer 2011 der längste und wichtigste selbstorganisierte Streik von migrantischen Arbeitern in Italien gegen ihre maßlose Ausbeutung in der Tomatenernte statt – ein wichtiger Moment in der Geschichte der Arbeiterbewegung in Italien.

Im Buch finden sich Analysen des Migrationsregimes der Landarbeit im italienischen Süden von Genossen, die sich seit langem theoretisch und praktisch damit befassen. Zu Wort kommen Leute von *Finis Terrae* und der *Aktiven Solidaritätsbrigaden*, die das Camp für die Wanderarbeiter im von der Gemeinde zur Verfügung gestellten ehemaligen Gehöft organisieren und sie auch in ihrem Streik unterstützt haben. Besonders interessant ist der Bericht von Yvan Sagnet aus Kamerun, der an seinem fünften Arbeitstag zum Streikführer wurde. Seit 2007 studiert er mit Stipendium am Polytechnikum in Turin, in den Ferien hält er sich mit Jobs im Supermarkt über Wasser. Als er im letzten Jahr wegen der Krise nichts mehr fand, überredete ihn ein Bekannter, mit zur Erntearbeit im Süden zu fahren. Yvan schildert, wie er im Camp ankommt und glaubt, zurück in Afrika zu sein oder schlimmer: 500 Leute aus verschiedenen afrikanischen Kulturen, mit unterschiedlichen Sprachen, kein Platz in den Zelten, überall Schmutz und Müll – kurz: die Hölle. Er schildert, wie sich die Arbeiter bei den *Caporali* bewerben, die das Geschäft mit den Landarbeitern kontrollieren und die Ernte für die Agrarunternehmer organisieren. Für die Maghrebiner sind tunesische Caporali zuständig, für die subsaharischen Arbeiter sudanesische Caporali. Jeder will einen Job ergattern, wird weitergereicht und lange hingehalten. Das führt zu unterschiedlichsten Streitigkeiten, die »Schwarzen« werfen den »Weißen« (Tunesier) Rassimus vor, der Nationalismus ist sehr stark. Im Lager leben nicht nur Arbeiter, sondern viele andere Afrikaner, die hergekommen, um »Geschäfte« zu machen, alle möglichen Dienstleistungen von Essen, Haareschneiden bis Sex anbieten.

Yvan wartet eine Woche, dann kann er auch morgens um drei Uhr mit aufs Feld rausfahren. Ohne Erfahrung mit Landarbeit verzweifelt er schier an der geforderten Arbeitsmenge. Er schafft es kaum, die 70 Kilo schweren Behälter zu bewegen, noch sie mit der geforderten Menge Tomaten zu füllen – pro Behälter ca. 350 Kilo. Im Durchschnitt schaffen die Arbeiter davon sieben am Tag. Nach Abzug von Geld für den Transport zum Feld (fünf Euro) und ein belegtes Brot (3,50 Euro) an den Caporale bleiben ihm nach dem ersten harten Arbeitstag 12,50 Euro. Ein Kollege, der 17(!) Behälter geschafft hat, gibt ihm was ab.

An Yvans fünftem Arbeitstag kommt es zum Streit mit dem Caporale, der dem Unternehmer verspricht, dass die Arbeiter zukünftig nur die guten Tomaten in die Behälter füllen – was einen riesigen Mehraufwand erfordert. Yvan und andere mischen sich vermittelnd ein und fordern mehr Lohn für die zusätzliche Arbeit. Gemeinsam verlassen alle Arbeiter das Feld, kehren zum Camp zurück und organisieren den Streik mit Straßenblockade und Streikposten. Yvan, der es schafft, zwischen nationalistischen Streitereien die Kollegen auf die Hauptlinie einzuschwören: den Kampf gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen und die Anerkennung als vollwertige Arbeiter, wird zum Streikführer gewählt.

Wie die Geschichte ausging, war in der Wildcat 91 zu lesen: das Caporalato wurde verboten, alle Landarbeiter sollten über das Arbeitsamt direkt vermittelt werden usw. Yvan Sagnet hat seither auf vielen Solidaritätsveranstaltungen gesprochen. Geändert hat das alles wenig. Das Gehöft, das letztes Jahr die Landarbeiter beherbergt hatte, wurde im Winter von Unbekannten zerstört, der Gemeinde fehlt das Geld für den Wiederaufbau. Also müssen die Landarbeiter dieses Jahr im Niemandsland unter Olivenbäumen ohne Duschen und Toiletten nächtigen. Wie gehabt kontrollieren die Caporali den Verkauf ihrer Landsleute als Arbeitssklaven. Seit im Mai 22 italienische Agrarunternehmer und afrikanische Caporali u.a. wegen »krimineller Vereinigung«, »Sklavenhaltung« und der Organisation von illegaler Einwanderung verhaftet wurden – nur einer sitzt noch – sind sie etwas vorsichtiger geworden. Sie versuchen aber weiter, jeden Widerstand zu zersetzen. Das Geschäft mit der Prostitution haben die Drahtzieher diesmal noch besser organisiert. Die örtliche Gewerkschaft organisiert zusammen mit Slow Food ein Erntefest für die Landarbeiter. Yvan, inzwischen mit dem Studium fertig, macht weiter. Er koordiniert die Kampagne »Die Unsichtbaren der Erntekampagnen«: im Campingbus der Landarbeitergewerkschaft der CGIL fährt er alle Erntegebiete von Sizilien bis Südtirol ab und bietet den Landarbeitern medizinische, rechtliche und politische Unterstützung an. Er verteilt Flugblätter: »Den Kampf können wir nur auf den Feldern gewinnen, nicht am Verhandlungstisch«.

siehe auch die Artikel in Wildcat 91
und auf www.wildcat-www.de

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04

Rostock Lichtenhagen – 22.-25. August 1992

Vor zwanzig Jahren, am 24. August 1992, setzten Jugendliche aus einer Menge von 3000 applaudierenden Anwohnern und Angereisten heraus das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen in Brand. Den mehr als 100 eingeschlossenen überwiegend vietnamesischen Migranten gelang es, über das Dach zu fliehen, sonst wäre das Haus zum Massengrab geworden. Die Polizeikräfte vor Ort hatten zuvor den Befehl erhalten abzuziehen. Die Feuerwehr wurde über Stunden am Löschen gehindert. Der Einsatzleiter der Polizei und der Innenminister waren nach einer vorangegangenen internen Besprechung mit dem vor Ort anwesenden Bundesinnenminister Seiters (CDU) für mehrere Stunden verschwunden und nicht erreichbar. Keiner dieser Politiker wurde zur Rechenschaft gezogen, der Einsatzleiter sogar befördert. Und obwohl die Weltpresse dabei stand und alles filmte, wurden nur etwas mehr als 40 der Brandschatzer verurteilt, davon lediglich vier zu Haftstrafen ohne Bewährung. Davor (Hoyerswerda im September 1991, Mannheim-Schönau im Mai 1992) und danach (Mölln, Solingen) ließen sich noch viele weitere Beispiele anführen, »Ausländer« wurden angegriffen, vertrieben, in Todesangst versetzt, ermordet. Die Polizei kam meistens zu spät oder ging zu früh; die Rassisten wurden juristisch so gut wie nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Signale des deutschen Staates an die Nazi-Szene waren eindeutig – und wurden auch damals schon im Nachhinein als »Versagen« bezeichnet.

Wer von uns damals zu diesen »riots von rechts« eilte, sah dem Faschismus ins Gesicht. Die Bundesregierung hatte zur innenpolitischen Bewältigung der Wende eine rassistische Debatte losgetreten. Im Laufe dieser Kampagne wurden gezielt desaströse Lebensbedingungen für Flüchtlinge geschaffen und Nazis freie Bahn gelassen, an deren Ende war das Asylrecht in der BRD faktisch abgeschafft. Nulltoleranz- und Schwarze-Kassen-Kanther, seit 1993 Innenminister, feixte im Nachhinein geradezu: »Dieses Ergebnis wäre nicht erzielbar gewesen ohne die öffentliche Auseinandersetzung – die natürlich auch Hitzegrade erzeugt hat.«

Diese Kampagne legte u.a. den Grundstein für den späteren »NSU«.

19. Dezember 2001

Nach vier Jahren Wirtschaftskrise, Sparprogrammen und Verarmung stürzt eine Massenbewegung die argentinische Regierung De la Rúa (und jagt bis zum Jahresende auch seine Nachfolger aus dem Amt). Unmittelbarer Auslöser des Aufstands war das Einfrieren der privaten Bankkonten.

Damals haben wir mit Spannung diese Entwicklung verfolgt, eine beeindruckende Massenbewegung von Arbeitslosen, superwütenden Mittelschichtsleuten (die betrogenen »Sparer«), Stadtteilkomitees, Betriebsbesetzungen, Straßenblockaden, Demos, Versammlungen...

Eine ganz ähnliche Situation ist jetzt in Griechenland, in Spanien und in gewisser Weise auch in Ägypten. Schuldenkrise, Bankenzusammenbrüche, Währungsabwertung...

Aber in Argentinien wurden nur Betriebe besetzt, die von den Unternehmern aufgegeben worden waren – die profitablen Betriebe liefen weiter, und wurden nicht bestreikt! Die Massen fluteten gegen die Macht, aber sie konnten nicht gewinnen.

Seit dem griechischen Dezember 2008 und seit den Aufständen Anfang 2011 in Nordafrika stellt sich die Frage, wie sich Massenaufstände tatsächlich durchsetzen können, aktuell zumindest im Mittelmeerraum. Es gibt auf diese Frage noch keine Antwort, und sie durchzieht die Beilage im Heft genauso wie den **Autoartikel** (S. 10) und den **Krisenartikel** (S. 5).

Wildcat 93 – Herbst 2012

Inhalt

Zweifrontenkriege
Der deutsche Sonderboom kommt an sein Ende 5

Auto slaves
What if they learn to hate? 10

Bergarbeiterstreik in Spanien 16

Bolivianisches Reisepuzzle 19

NSU und Staat 24

Neues aus der »weißen Fabrik« 28

Niedriglohnsektor 30

Ägypten nach den Wahlen 32

- Buchbesprechungen -

Graeber: Schulden 33

Burns:Reviving the Strike 39

Hathaway: Das Ende der Kriege 41

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag, V.i.S.d.P.: P. Müller – Wildcat

Einzelheft: 4 Euro
Abo: 6 Hefte (incl. Versand)
Deutschland und Österreich: 18 Euro, Förderabo: 30 Euro
Abo sonstiges Ausland: 30 Euro
WeiterverkäuferInnen: 8 Expl. der aktuellen Nummer 16 Euro

Bestellungen:
Brief: Wildcat, Postfach 80 10 43, 51010 Köln
eMail: versand@wildcat-www.de
oder per Abo-Formular auf unserer Website.

Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: www.wildcat-www.de

Vor zehn Tagen erschoss die südafrikanische Polizei 34 streikende Arbeiter. Zu spät, um noch einen Artikel hinzukriegen, zu wichtig, um es zu übergehen. Hier ganz kurz:

Marikana: Streik für mehr Lohn –
und gegen den Machtkomplex aus ANC-KP-Gewerkschaft

Seit Jahren wächst eine Welle von Community-Protesten an (siehe *Wildcat* 73, »We are the Poors«, Community-Kämpfe in Südafrika, und *Wildcat* 86, Der ANC greift die Bewegungen der Barackenbewohner an), Südafrika wird auch als »Protesthauptstadt der Welt« (protest capital of the world) bezeichnet mit durchschnittlich 2,9 Versammlungen/Demos am Tag (»gatherings«).

Am 10. August 2012 traten im Platin-Bergwerk *Marikana* des britischen Bergbauunternehmens *Lonmin* 3000 der insgesamt 26000 Bergleute in den Streik. Die Bohrhauer forderten eine Lohnerhöhung von 530 auf 1220 Euro. Im Februar 2012 hatte ein sechswöchiger Streik im benachbarten Platinbergwerk Rustenburg zu einer 125-prozentigen Lohnerhöhung geführt. Am 16. August geschah das Massaker.

Trotz eines Ultimatums des Unternehmers setzen die Arbeiter den Streik fort; das Ultimatum wurde zurückgezogen. Am 21. August traten auch die Bohrhauer im nahegelegenen *Royal-Bafokeng*-Platinbergwerk mit den gleichen Lohnforderungen in den Streik und legten die Produktion lahm. Die Bergarbeiter von *Anglo American Platinum's* haben mit ähnlichen Forderungen die Arbeit niedergelegt.

In **Asturien** haben die **Bergarbeiter** zwei Monate militant gegen die Streichung von Subventionen und die Sparpolitik der Regierung gestreikt (S. 16), in **Bolivien** fordern viele ArbeiterInnen von der Regierung Evo Morales endlich bessere Lebensverhältnisse (S. 19).

Was bisher geschah: Neues aus der »**Weißen Fabrik**« (S. 28), dem **Niedriglohnsektor** (S. 30) und **Ägypten nach den Wahlen** (S. 32).

Der anarchistische Ethnologe David Graeber war kürzlich Gast bei Maybritt Illner, die FAZ lobte sein Buch **Schulden. Die ersten 5000 Jahre.** Im Juni erschien die 6. Auflage der deutschen Ausgabe. Was ist hier los? (S. 33) Das Buch »Reviving the Strike« gibt die linksgewerkschaftliche Debatte in den USA wieder (S. 39). Dass man auch als Putzmann wirksam Sabotage betreiben kann, ist in einem Buch über die Anti-Kriegs-Bewegung nachzulesen (S. 41).

In der Beilage: Zunächst wollten wir nur die Vorlage von Jan-Ole Arps' Buch *Frühschicht* aufnehmen, nun wird mehr daraus. **»Materialien gegen die Industrialisierung, Erste Lieferung: Betriebserfahrungen von den 70er Jahren bis heute«**

Das Heft erscheint Anfang September, zu Beginn des großen Showdowns im Herbst:

- laut einer aktuellen Studie des IWF brechen im September fast so viele Bankenkrisen aus wie in allen anderen Monaten zusammen (http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2012/wp12163.pdf);
- Am 6. September versucht die Europäische Zentralbank, dem vorzubeugen; sie will über ein gewaltiges neues Euro-Rettungsprogramm entscheiden.
- Ebenfalls im September legt die Troika ihren nächsten Bericht zu Griechenland vor;
- Spanien wird womöglich »unter den Rettungsschirm schlüpfen«;
- aber vor dem 12. September soll das auf keinen Fall öffentlich werden, denn dann entscheidet das Bundesverfassungsgericht über den ESM
- zeitlich darauf abgestimmt, treffen sich die EU-Finanzminister am 14. und 15. September und wollen – mal wieder – weitreichende Entscheidungen fällen
- Und schließlich wird Mitte September auch der parlamentarische Untersuchungsausschuss zum NSU seine Arbeit wieder aufnehmen.

25. August 2012

P.S.: **Die Fotos in dieser Ausgabe sind von http://periodismohumano.com/**
Sie wurden alle in Spanien während des Streiks der Bergarbeiter aufgenommen.

Wildcat

Zweifrontenkriege

Der deutsche Sonderboom kommt an sein Ende

Die Pleite von *Lehman Brothers* am 15. September 2008 markierte einen Wendepunkt in der Krisenentwicklung, das globale Finanzsystem stand vor dem Kollaps, in Europa kam es zum tiefsten Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg, zum ersten Mal seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre schrumpfte das globale Sozialprodukt. Aber die Krisenpolitik der Regierung stieß in der BRD kaum auf Gegenwehr. Nach etwa sechs Monaten schloss sich ein historisches Zeitfenster wieder, in dem es möglich schien, »alles in Frage zu stellen«.

Für die gigantischen Bankenrettungspakete und die vergleichsweise kleinen Konjunkturpakete (z.B. Abwrackprämien) haben sich die Staaten stark verschuldet. Diese Maßnahmen kommen jetzt als Bumerang zurück und verschärfen Probleme, die bereits zuvor da waren (Absatzkrise der Autoindustrie, Staatsverschuldung...).

Neoliberale Fiskalpolitik (in der BRD: Senkung der Spitzensteuersätze für hohe Einkommen, Abschaffung der Vermögenssteuer und der Börsenumsatzsteuer, Steuerbefreiung der Veräußerungsgewinne usw.) und die vielen Rettungspakete für Banken haben zu der hohen Staatsverschuldung geführt. Trotzdem findet immer noch die herrschende Propaganda Gehör, »wir haben über unsere Verhältnisse gelebt«, sprich: sozialstaatliche Leistungen und Löhne müssen gesenkt werden, oder »Deutschland kann nicht für alle anderen zahlen«, oder »die faulen Südeuropäer nutzen uns fleißige Deutsche aus«. Der überraschend lange Zwischenboom in der BRD hat dazu beigetragen, die am meisten globale Krise in der Geschichte des Kapitalismus so uminterpretieren zu können.

Seit Juni macht sich ein »globaler Schwächeanfall« bemerkbar. Das Wachstum in den BRIC-Staaten China, Brasilien und Indien geht zurück. Der Industrieausstoß in den USA schrumpft wieder. Die Arbeitslosenrate in der Euro-Zone lag schon im April auf dem höchsten Stand seit 1995 und steigt weiter an. Auch die BRD steuert auf eine erneute Rezession zu. Die Industrie drosselt seit Frühjahr die Produktion, streicht Jobs, die Investitionen sinken. Die Aufträge, vor allem aus dem Ausland, gehen zurück. Geschichte wiederholt sich nicht, aber vier Jahre nach dem *Lehman Crash* sieht es auch 2012 danach aus, dass sich im September und Oktober die weitere Entwicklung (nicht nur in der Eurozone) entscheiden wird.

»Nur wenn der Kapitalismus an Grenzen stößt, gibt es ernsthafte Aussichten auf eine das Kapitalverhältnis radikal umstürzende Revolution«, hatten wir im Krisenartikel der *Wildcat* 82 geschrieben. »Aber in der letzten Krise war ›das System‹ selbst in Argentinien, wo es zu Aufständen kam, nie ernsthaft in Gefahr, weil die strategischen Sektoren weiter funktionierten, die Leute gingen zwar abends auf die Demo, arbeiteten aber tagsüber weiter.« Diese doppelte Fragestellung gilt nach wie vor. Der Kapitalismus konnte Verteilungskämpfen bisher immer durch Wachstum ausweichen, insofern stellt die aktuelle Krise eine »Grenze« dar. Aber es wird nicht gelingen, ihn revolutionär zu überwinden, wenn »nur« die Rausgeschmissenen oder von Schließung Bedrohten sich wehren, und die anderen zähneknirschend weiter arbeiten.

USA: ein sicherer Hafen?

Die Krise brach 2007 im Immobilienmarkt der USA aus, wurde sehr schnell zur globalen Bankenkrise, entfaltet sich aber seit 2010 als »Euro-Krise«. Dabei ist die Krise in den USA keineswegs vorbei. Offiziell stagniert die Arbeitslosigkeit bei acht bis neun Prozent, nach europäischen Kriterien gemessen liegt sie eher bei 15 Prozent, und real nochmal höher. Die Immobilien- und Bankenkrise ist nicht gelöst. Nach wie vor werden die USA aber als »sicherer Hafen« gesehen: Je dramatischer die Krisenperspektiven wahrgenommen werden, um so mehr ausländisches Kapital fließt in die USA. Die Zentralbank Fed hat mit ihren geldpolitischen Maßnahmen zusätzlich dafür gesorgt, dass die großen Banken und Konzerne auf gewaltigen Vorräten an Bargeld sitzen – das sie aber bunkern und nicht investieren. Alle warten auf den Ausgang der Wahlen im Herbst bzw. auf »the next shoe to fall« (d. h. die nächste große Pleite wie *Lehman Brothers*).

Vor diesem Hintergrund ist die »Eurokrise« sicherlich die wichtigste Antikrisenmaßnahme für die USA – allerdings darf es zu keiner »ungeregelten« Staatspleite in der EU kommen, das hätte dramatische Auswirkungen für die Weltwirtschaft und somit auch für die USA. Deshalb unternahmen etwa alle großen Notenbanken Anfang Juli abgestimmte Aktionen, um den rasanten Absturz zu verlangsamen. Offensichtlich standen Banken vor dem

Kollaps, und zwar nicht nur in Spanien, Griechenland und Italien – sondern ebenso in den USA, Großbritannien und China.

»China hat alle Merkmale eines klassischen Wahns, der übel endet«[1]

Das Wachstum der Industrieproduktion in China verlangsamt sich seit Monaten, die Exporte nach Europa und in die USA sinken. Im ersten Quartal fiel das Wachstum offiziell auf 7,6 Prozent, seriöse Gegenrechnungen sehen es aktuell in der Größenordnung von vier Prozent. Das könnte insofern hinkommen, als staatliche Investitionen in Infrastrukturprojekte (Straßen, Brücken, Eisenbahnen, Flughäfen) die Hälfte des Wachstums von 9,2 Prozent im Jahr 2011 ausmachten. Damit wurde ein Autobahnnetz ohne Verkehr, Flughäfen, die auf halber Kapazität arbeiten, leerstehende Einkaufszentren, beinahe leerstehende Großstädte und ein Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetz gebaut, das sich mit seinen Fahrpreisen nicht selbst finanzieren kann. Gerade eben (24. August) ist eine vor neun Monaten gebaute Riesenbrücke in Nordchina kollabiert. Der Wohnungsbau machte 2011 9,2 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) aus – selbst auf dem Höhepunkt der Immobilienblase in den USA, im Jahr 2006, waren es dort »nur« sechs Prozent!

Die Regierung ist in den letzten Monaten umgeschwenkt, wo sie die Inflation und das Anwachsen der Immobilienblase bekämpft hatte, versucht sie nun, das Wachstum anzukurbeln – setzt also ihre jahrelange *Stop-and-go* Politik fort. Im Juni hat sie zum ersten Mal seit 2008 den Leitzins gesenkt, Anfang Juli folgte schon die nächste Absenkung.

Der prozentuale Anteil des Konsums am BIP ist trotz aller Ankündigungen der Regierung und angeblichen Maßnahmen nicht gestiegen, sondern sogar weiter auf etwa ein Drittel gesunken. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass China in das gleiche Dilemma gerät wie die Sowjetunion in den 70er Jahren: die Arbeiterklasse will sich besser ernähren – und macht das Land damit vom Weltmarkt / Getreidelieferungen abhängig. Der stark gestiegene Fleischkonsum hat dazu geführt, dass China Futtermittel (hauptsächlich Mais und Soja) importieren muss. Die Weltmarktpreise für Getreide steigen gerade massiv an – und schlagen auf die chinesischen Lebensmittelpreise durch. Nahrungsmittel machen aber noch immer rund 30 Prozent des chinesischen Warenkorbs aus (zum Vergleich: in der BRD sind es 10,5 Prozent).

Die Unternehmer an der Küste haben damit begonnen, ArbeiterInnen zu entlassen oder Betriebe gleich ganz zu schließen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit dürfte für das Regime sozial zum Hauptproblem werden. Vor allem da, laut *China Labour Bulletin*, die Arbeiterunruhen (»labor unrest«) wieder zunehmen; von Januar bis Juli haben sie sich verdoppelt, die meisten Konflikte gehen um nicht bezahlte Löhne.

Ende August ergab eine Umfrage unter chinesischen Unternehmern, dass sie auf dem höchsten Berg von nicht-verkauften Waren sitzen, seitdem es diese Umfrage gibt (2004). Die Exporte in die EU27 waren im Juli um 16,2 Prozent zum Vorjahresmonat gefallen, nach Italien sogar um 35,8 Prozent. Gleichzeitig kauft China weniger Maschinen und Autos in der EU: Ein sich gegenseitig verstärkender Kreislauf hat eingesetzt.

Abrissgeschwindigkeit[2]

Noch Ende der 90er Jahre galt die BRD als der »kranke Mann Europas«, aber der 2002 eingeführte Euro wurde zur Erfolgsgeschichte für die deutsche Industrie – sie hat seither ihren Ausstoß um ein Fünftel gesteigert, vor allem wegen der steigenden Exporte. Der Anteil der Warenexporte am BIP der BRD liegt heute bei fast 50 Prozent (zum Vergleich: Japan unter 20 Prozent, USA etwa 13 Prozent). Relativ zum BIP ist der deutsche Handelsbilanzüberschuss größer als der Chinas. Gleichzeitig wurde der Euro zu einer Niederlage für die ArbeiterInnen. Im *Mittel* sind die Reallöhne in von 2000 bis 2010 um 4,2 Prozent gesunken, die der GeringverdienerInnen noch viel stärker. (Eine aktuelle Studie der Schweizer Bank UBS[3] legt dar, dass die Löhne in Deutschland, Italien und Frankreich gesunken sind, während die Einführung des Euro in Griechenland, Portugal und Spanien zu einem höheren Lebensstandard führte – der Untersuchungszeitraum endete 2010!)

Die verschärfte Absenkung der Binnenkaufkraft durch die zwischen 2003 und 2005 eingeführten Hartz-Gesetze führte nur deshalb nicht zum Einbruch der Wirtschaft, weil sie durch die wachsenden Exporte in die Eurozone mehr als ausgeglichen wurde. Stattdessen wurde der durch sie aufgebaute Billiglohnsektor zum Treibsatz weiterer Export-

[1] Das Zitat stammt aus dem lesenswerten Artikel von Jonathan R. Laing; deutsche Übersetzung in der *Welt* vom 4.7.2012 »Die Volksrepublik steht vor dem Absturz« – http://www.welt.de/wall-street-journal/article107809053/Die-Volksrepublik-steht-vor-dem-Absturz.html

[2] Abrissgeschwindigkeit, auch Strömungsabriss, ist ein Begriff aus der Luftfahrt, bei dem ein Flugzeug eine Geschwindigkeit erreicht, bei deren Unterschreitung kein stabiler Flugzustand mehr möglich ist; Nouriel Roubini beschrieb damit Anfang Juli in einem Interview im Handelsblatt die Situation der deutschen Wirtschaft.

[3] http://wirtschaft.t-online.de/ubs-studie-wer-wirklich-vom-euro-profitiert-hat/id_58885684/index

erfolge. Die Überschüsse bedeuteten allerdings, dass die BRD Kredite ins Ausland vergeben musste, um die eigenen Waren dort verkaufen zu können. Als die Blase an der Peripherie platzte, stürzte die exportabhängige deutsche Wirtschaft viel stärker ab als eine, die auf Binnenkonsum ausgerichtet ist. Vor allem aber drohte der BRD und ihren Banken, dass sie auf dem Gros ihrer Geldforderungen sitzen bleiben. Die seitherige »Rettungspolitik« der Bundesregierung war darauf gerichtet, Zeit zu kaufen, damit die Banken ihr Engagement in den bedrohten Ländern zurückfahren konnten. Das hat zunächst geklappt – mit womöglich sehr viel höheren Folgekosten.

Aber nur durch den Zwischenboom hat es auch »innenpolitisch« geklappt. Trotz Krise ist nicht massenhaft klargeworden, dass man durch Lohnverzicht und härter Knüppeln den Kapitalismus nicht »nachhaltig« machen kann.

Zum Boom kam es auch deswegen, weil die Euro-Krise im weiteren Verlauf super für die BRD-Wirtschaft funktioniert hat. Bis jetzt macht die BRD Zinsgewinne an der »Rettung Griechenlands«. Sie hat Griechenland 74 Milliarden Euro zu einem (variablen) Zinssatz von ca. drei Prozent geliehen und kann sich selber fast zum Zinssatz Null verschulden. Je größer die Probleme in der Peripherie, um so stärker werden Bundesanleihen als »sicherer Hafen« gesehen. Der Kieler Ökonom Boysen-Hogrefe hat ausgerechnet, dass die BRD in dreieinhalb Jahren anstatt 154 Milliarden Euro nur 86 Milliarden Euro für neue Kredite zahlen musste, eine Ersparnis von 56 Milliarden. Spanien ist nicht höher verschuldet als die BRD, erstickt aber regelrecht an seinen Zinszahlungen. (Was andererseits deutlich macht, wie wenige Millimeter die BRD vom Abgrund entfernt ist, sollte die »Stimmung der Investoren« umschwenken und die Zinsen auf Bundesanleihen kräftig steigen!)

Währungsunion ist Klassenkampf von oben.

Auch wenn der Euro geostrategisch unter Druck geraten ist – klassenpolitisch ist es naiv, von seinem »Scheitern« zu sprechen. Der Euro tut genau das, was er sollte: wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen aus den Händen gewählter (und um ihre Wiederwahl besorgter) Politiker zu nehmen.[4] »Die Maastricht-Verträge setzten die nationalen Arbeitsmärkte und Sozialpolitiken in ein Wettbewerbsverhältnis, (um) eine gewaltige Umverteilung von der Arbeiterklasse zum Kapital durchzuführen.« (*Wildcat* 90; siehe dort ausführlich zu diesem Zusammenhang).Die Krisenpolitik der EU ist die radikalisierte Fortsetzung der bisherigen Politik.

Sie dient vor allem dazu, die Ausbeutung der ArbeiterInnen zu verschärfen und die Profitabilität des (exportorientierten) Industriekapitals zu erhöhen. »Rettungsschirme«, »Schuldenbremse« und »Fiskalpakt« haben Tarifverträge ausgehebelt, Löhne und Renten gesenkt, (Lebens-)Arbeitszeiten verlängert, befristete Verträge gefördert, den Kündigungsschutz gelockert.

Der »Fiskalpakt« soll nun dem ganzen die Krone aufsetzen. Er überträgt die von der Großen Koalition ins Grundgesetz aufgenommene »Schuldenbremse« auf Europa. Er verschärft die Maastrichtkriterien extrem und ist so angelegt, dass er nicht gekündigt oder rückgängig gemacht werden kann (Aufnahme in die Verfassung u.ä.). Während sich die Schuldenbremse nur auf Bund und Länder bezieht, sind beim Fiskalvertrag auch die Gemeinden und Sozialversicherungsträger einbezogen. Ende Juni verabschiedete der Bundestag mit Stimmen von CDUCSUFDPSPDGRÜNEN den Fiskalpakt, der zu Jahresbeginn 2013 in Kraft treten soll. Dann wird die BRD jährlich 37 Milliarden Euro einsparen müssen. Ein offenes Wort sprach in diesem Zusammenhang der Bevollmächtigte des Bundestags beim Bundesverfassungsgericht, Professor Möllers: »Deutschland wird von Ländern wie Griechenland das Sparen lernen, um den Fiskalpakt einzuhalten«.[5]

Unsere Alternative zur Sparpolitik heißt aber nicht »Schuldenunion«! Das versuchen uns nur SPD und PdL weiszumachen. Beides passt zusammen wie Hammer und Amboss: die rigide Austeritätspolitik soll die Voraussetzung schaffen für die weitere kapitalistische Integration der EU. Klar, die ganzen Hilfsprogramme retten die Banken. Die könnte man aber auch retten, indem die EZB ihnen z.B. ihre maroden Staatsanleihen abkauft. »Die Sparpolitik dient ebenso wie die vieldiskutierte Vergemeinschaftung der Verschuldung dazu, eine noch stärkere Entwertung des fiktiven Kapitals zu verhindern, das die Staatsanleihen verkörpern. Es geht nicht um den Abbau der Staatsverschuldung, sondern um ihre Nachhaltigkeit. Die Staatsanleihen

[4] Ausführlich siehe hierzu: www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/jun/26/robert-mundell-evil-genius-europrint

[5] Voßkuhle [Präsident des BVG] kommentiert: »Lernen von Griechenland ist das Motto des Monats.« Lachen im Saal. (Verhandlung vor dem BVG am 10.7.2012)

sind als Anlagesphäre für das globale Finanzvermögen, das seit vielen Jahren schneller wächst als das globale Sozialprodukt, auch unverzichtbar.« (Th. Sablowski in der *Jungen Welt* vom 5.5.2012) Euro-Bonds würden der amerikanischen Finanzbranche einen neuen Markt und neue Profitquellen eröffnen – die jetzt diskutierte, durch die EZB garantierte, Zinsobergrenze für europäische Staatsanleihen nicht. Aber beide Maßnahmen senken die Zinslast für die PIGS-Staaten und garantieren dem Käufer den Wert der Anleihe.

Das Verhältnis zwischen Industriekapital und Banken wird im Zuge der verschiedenen »Rettungsmaßnahmen« aufgebrochen und auf eine neue Grundlage gestellt. Dabei entstehen – aktuell gerade im Falle Spaniens – weitere Geschäftsfelder für die EU-Finanzindustrie (etwas, das die Schröderregierung in der BRD bereits vor einem Jahrzehnt auf den Weg gebracht hatte, als sie Hedgefonds zuließ, es den Banken ermöglichte, ihre Beteiligungen an Konzernen steuerfrei zu verkaufen und neue, »komplexe« Wertpapiere förderte – die später zum Brandbeschleuniger der Finanzkrise wurden).

Zudem geht es der EU darum, die internationale Rolle des Euro als Reserve- oder gar alternative Weltwährung zu verteidigen. Und es ist nicht klar, ob »Investoren« nach einem Austritt Griechenlands den Euro-Raum überhaupt noch als Währungsunion wahrnehmen würden, und nicht als lockeren Mechanismus fester Wechselkurse. (Ganz abgesehen davon, dass dann »die Märkte« womöglich auf einen Austritt Portugals oder Spaniens wetten würden.)

Allerdings geraten bei diesem Zweifrontenkrieg (gegen die Klasse und gegen die USA) die Europastrategie und die Globalisierungsstrategie (nicht nur) des deutschen Kapitals in Widerspruch zueinander. Denn auch wenn die Exporte in den außereuropäischen Raum seit Jahren prozentual stärker wachsen als die nach Europa, gehen noch immer 40 Prozent der deutschen Exporte in die Eurozone. Die drakonische Austeritätspolitik hat die Peripherie der Eurozone in eine schwere Depression gedrückt, die Exporte der deutschen Wirtschaft dorthin brechen folglich weg. Nur für eine kurze Übergangszeit konnte das durch gesteigerte Exporte in die »Schwellenländer«, vor allem nach China, mehr als wettgemacht werden.

China muss nicht einmal in eine dramatische Krise rutschen, bereits das verlangsamte Wachstum reicht aus, die BRD-Wirtschaft in die Bredouille zu bringen. Gleichzeitig steigen die Belastungen in Europa. Die BRD garantiert im EFSF mit 211 Mrd. Euro. Sollte Spanien Hilfe beantragen, steigen die deutschen Garantien weiter von 29 auf 33 Prozent. Frankreich würde dann für 25 und das stark angeschlagene Italien für 22 Prozent bürgen. Bereits der Start des EFSF hat das deutsche Haushaltsdefizit von 26 auf 35 Mrd. Euro erhöht. Die Verschuldungsquoten der »Verbraucher«, Firmen und der öffentlichen Haushalte liegen nun bei 60, 78 sowie 81 Prozent des BIP (das in diesem Jahr voraussichtlich 2606 Mrd. Euro beträgt). Die BRD ist nicht so stark aufgestellt, wie uns die Regierung weiszumachen versucht. Alles hängt davon ab, dass die beginnende Rezession kurz bleibt.

Ein Land, das aus dem Euro »gemobbt« wird (Westerwelle), steht vor drastischen ökonomischen und sozialen Konsequenzen: Auslandsschulden werden unbezahlbar, Energiepreise vervielfachen sich, überhaupt alle Importwaren verteuern sich, und wahrscheinlich würde auch das Bankensystem kollabieren. Niemand übersieht alle Konsequenzen. Aus Sicht des deutschen Kapitals sollte Griechenland in der Eurozone gehalten werden, gleichzeitig aber so lange wie möglich als Erpressungsmittel, als »Exempel« (Söder) für alle ArbeiterInnen in Europa benutzt werden. Deshalb wird den GriechInnen selber immer wieder mit dem Rausschmiss gedroht. Das geht nur, wenn die »Brandmauern« hoch genug sind. Die »Schutzschirme« sind allerdings mit den vereinbarten 100 Mrd. Hilfszahlungen an spanische Banken bereits ausgereizt, sollte Spanien *insgesamt* Hilfe beantragen, wäre die Option auf dem Tisch, Griechenland fallen zu lassen, um Spanien (und Italien) auffangen zu können.

Die oder Wir

»Brandmauern« funktionieren selbstverständlich nicht rein finanztechnisch. Die Hauptfrage bei einem Staatsbankrott oder bei einem Rausschmiss aus dem Euro ist, ob die dann ausbrechenden Unruhen auf andere Länder übergreifen. Hier quält die Herrschenden mehr und mehr ein Gedanke: »Auf den Finanzmärkten geht ein Gespenst um: Was, wenn das Heer von Arbeitslosen und Armen die Politik der Mächtigen nicht mehr abnickt?« schrieb die *Financial Times Deutschland* im April 2012 – als die Lage mal wieder für ein paar Tage beruhigt schien. »Die Straße könnte das Establishment überwältigen« schrieb Martin Wolf im selben Monat in der *Financial Times*.

Mitte Juli, der »globale Schwächeanfall« hatte begonnen, warnte die ILO vor einer massiv steigenden Arbeitslosigkeit und möglichen Unruhen in der Euro-Zone. Nach einem gesamtwirtschaftlichen Einbruch von rund acht Prozent würde die Arbeitslosenquote in der Eurozone im Durchschnitt auf über 17 und in den nördlichen Euro-Ländern über 12 Prozent steigen.

Der oben zitierte Sablowski kommt am Ende seines Artikels zu der Schlussfolgerung: »Die Linke hat in dieser Situation einen Zweifrontenkrieg zu führen: Sie muss auf der einen Seite die Verteidigung der subalternen Klassen gegen die herrschende Verarmungspolitik organisieren... Sie muss auf der anderen Seite die nationalistischen, rassistischen und faschistischen Kräfte bekämpfen, die sich gegen die europäische Integration wenden, und deutlich machen, dass ein anderes, demokratisches und solidarisches Europa möglich und notwendig ist.«

Zweifrontenkrieg ist immer schlecht! Die ArbeiterInnen in der BRD werden tatsächlich zweimal für den Euro zahlen müssen. In den ersten zehn Jahren haben sie mit sinkenden Löhnen bezahlt, nun sollen sie die offenen Rechnungen bezahlen, auf denen die deutsche Exportindustrie sitzen bleibt. Die sollte man nicht unbedingt für die »europäische Integration« zu begeistern versuchen!

Die FTD, Martin Wolf, die ILO und Sablowski gehen allesamt von den »Armen«, den »Arbeitslosen«, den »Subalternen« aus. Denen Sablowski helfen will, denen die ILO bessere staatliche Hilfe zukommen lassen will... Da sind die Bewegungen schon weiter, sie suchen nach der eigenen Kraft! Und weil die Krisenpolitik ein Angriff auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Einkommen ist, muss die Antwort auf die Eurokrise eine soziale sein, von unten kommen – nur so kann etwas »Solidarisches« entstehen. Aber sicherlich nicht im Rahmen des »Klassenkampfprojekts« EU!

Die »*Food Riots*«, der Aufschwung der Klassenkämpfe in China, die Aufstände in Nordafrika, die *Occupy*-Bewegung in den USA, die Streikwellen in Indien, Vietnam und Bangladesch, der Kampf der Bergarbeiter in Südafrika... Bewegungen fangen an einem Ort an, hören womöglich wieder auf, zuvor sind aber am nächsten Ort andere Bewegungen entstanden. *Occupy Wallstreet* hat bisher nicht die großen Hoffnungen erfüllt, der Aufstand in Ägypten hat die Macht des Militärrats noch nicht erschüttert, usw. Aber auch wenn die Bergarbeiter ind Südafrika sich wahrscheinlich nicht als Teil der *Occupy*-Bewegung sehen – warum auch? -, so macht es durchaus Sinn, das alles als globalen Prozess einer Bewegung gegen die kapitalistische Krise zu begreifen, die voneinander lernt und sich oft auch direkt aufeinander bezieht.

Diese Bewegung entsteht in einer Situation, in der es in fast keinem Land mehr – in Europa vielleicht mit Ausnahme von Griechenland und der BRD – eine institutionelle Linke gibt. Das ist ein Vorteil, denn so können spontane, pragmatische Versuche zu Lernprozessen führen. Nach mehreren Jahren Dauerkrise ist der Kapitalismus in Südeuropa und vielen anderen Teilen der Welt gründlich entlegitimiert. Die erneute Rezession wird neue Dynamiken in den Kämpfen entwickeln. Dass die meisten Leute, in dem Moment, wo sie merken, dass es nicht so weitergeht wie bisher, erstmal dafür kämpfen, dass alles so bleiben soll, wie es ist ... wird sich im weiteren Verlauf verändern. Wenn die Krise gleichzeitig ganz Europa erfasst, wenn sie wieder als globale Krise eines ganzen Systems wahrgenommen wird, sind wir in einer neuen Phase. Wir sollten diesmal besser drauf vorbereitet sein. ■

Auto slaves: What if they learn

Eine europaweite und branchenübergreifende Entlassungswelle beschleunigt sich gerade, die Arbeitslosenzahlen im Süden Europas sind auf Rekordhöhen. Massenentlassungen gibt es aber auch in der BRD: Siemens, RWE, Schlecker, Neckermann, Deutsche Bank, Werften... Auch die Autoindustrie rauscht erneut in die Krise, vorneweg PSA,FIAT und Opel. Seit 2007 wurden bereits 800 000 Jobs in der europäischen Autoindustrie abgebaut, trotzdem glaubten viele festangestellte Autoarbeiter in der BRD bis vor kurzem, dass sie vom erneuten Kriseneinbruch nicht betroffen wären. Bochum war 2009 schließlich nur kurz in Gefahr – bis der Staat mit Abwrackprämien, Konjunkturprogrammen und Sozialplänen einsprang. Während die 25 000 Schlecker-Arbeiterinnen ohne weiteres entlassen wurden, war die drohende Schließung einer Autofabrik eine nationale Angelegenheit. Doch diese Verhältnisse kommen an ein Ende. Mittlerweile drohen trotz vieler Verzichte und extremer Arbeitsintensivierung nun auch Massenentlassungen der festangestellten Autoarbeiter. Sie gehören nicht mehr zum besonders garantierten Kern der Klasse; ihre Situation wird immer mehr derjenigen der »Dienstleistungsarbeiter« angeglichen. Alles, was die Alten sich erkämpft hatten (sicherer Arbeitsplatz bis in die Rente, höhere Löhne, längere Pausen, kürzere und geregelte Arbeitszeiten, damit verbunden die Möglichkeit von »Hobbies« und Sozialleben außerhalb der Fabrik...), steht in Frage oder wird gerade abgeschafft. Gewaltige Erschütterungen in den und um die Autofabriken stehen an.

Von der Montage in die Pflege?

Als die Unternehmer in den 60er Jahren anfingen, Zechen und ab den 70er Jahren Werften zu schließen, wurde dies von militanten Kämpfen der alten Belegschaften begleitet. Neben hohen Abfindungen war – vor allem für junge Arbeiter – die Aussicht auf eine weniger schmutzige (und weniger tödliche) Arbeit in den neuen Autofabriken der wichtigste Hebel, um diese Kämpfe zu brechen. Opel z.B. errichtete 1962 sein Werk in Bochum auf einem ehemaligen Zechengelände. In Bremen wurden seit 1978 viele frühere Werftarbeiter in der neuen PKW-Produktion beschäftigt. Sehr schnell entstand aber in den Kämpfen der mehrheitlich migrantischen Autoarbeiter ein neues kollektives Subjekt, das den Gang der Dinge in der BRD wesentlich bestimmte (Ford Köln, Pierburg Neuss 1973). Um die Kämpfe dieses industriellen Massenarbeiters politisch zu entschärfen, hat das Kapital die Produktion räumlich zersplittert und automatisiert, vor allem Presswerke und Gießereien wurden ausgelagert, Rohbau und Lackiererei mit Robotern bestückt. Einzig in den Montagehallen klappt das bis heute nicht. Zuletzt kam es weltweit und auch in der BRD genau dort zu wilden Streiks: bei Daimler in Sindelfingen 2009[1], in China 2010[2], bei Maruti Suzuki in Indien[3]...

Zugleich ist die Autoproduktion eine derjenigen Industrien, die quer über den Globus organisiert ist und viele Branchen drumherum zusammenhält. Ihre Krise spielt sich nicht in einigen wenigen Regionen, wie dem Ruhrgebiet oder Wales in den 80ern ab, sondern trifft gleichzeitig viele Regionen und Wirtschaftszweige. Das Kapital kann seinen Problemen in diesem stagnierenden und überakkumulierten Sektor nicht in neue Länder, eine neue Produktionsweise oder ein neues Produkt entfliehen; nirgendwo ist ein neuer Sektor in Sicht, der die Arbeiter wieder in einen produktiven Zyklus zwingen könnte. Alles läuft auf einen Frontalzusammenstoß zu.

Das Kapital hat sich darauf vorbereitet und die betrieblichen und sozialen Spaltungsmechanismen auf die Spitze getrieben: Die einen (bei den »Billigherstellern«) fliegen raus, die anderen (Festbeschäftigte der »Premium-Hersteller«) bekommen Rekordprämien; in bestimmten Regionen werden neue Fabriken hochgezogen und bestehende ausgebaut, in anderen drohen Arbeitsplatzverlust und Werksschließungen.

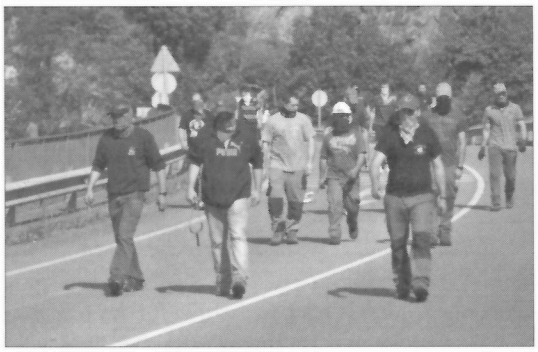
In der medialen Debatte geht es nur um die Frage, wie viele weitere Verschlechterungen sich die »Opelaner« gefallen lassen müssen, um erneut die Arbeitsplätze zu retten. Oder sollten sie gleich

[1] *Wildcat* 86: Das Ende des Massenarbeiters im Stuttgarter Raum

[2] http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-29001/03_WangKan_Strike.pdf

[3] *Wildcat* 91 und 92: Kampf bei Maruti Suzuki

to hate?



Auto Slaves
(Graveyard Shift – Stamping Plant)

With automatic movements timed to great
Machines, these metal-workers seem to reel
In some weird dance. Like marionettes they wheel
With some insane music at a maddening rate.

Automatons... What if they learn to hate
Machines whose hungry maws demand a meal
Of metal-piece upon piece of sweat-stained steel?
They work. Monotony and madness wait...

For these are human beings racked with pain,
Grotesquely hued by blue-green mercury lights...
Monotony within this noisy hell
Will breed maggots of madness in the brain-
Stop the tongue so it never tell
Of torturing toil through these unending nights

Das Gedicht des Detroiter Autoarbeiters Louis Burgar erschien 1933 – drei Jahre vor dem Flint Sit-Down-Strike! – im Industrial Worker, der Zeitung der IWW.

in schlechter bezahlte sogenannte Dienstleistungsjobs wechseln – »Umschulen für die Gesundheitswirtschaft«, wie es D. Grönemeyer vorschlug? Auch den Arbeitern ist die Krise des Autos bewusst, deshalb suchen sie inmitten kurzfristiger Jubelstimmung und Kater, Rationalisierungen und Arbeitsintensivierung vor allem nach individuellen Auswegen: Soll ich einen besseren Posten ergattern oder die Abfindung nehmen? Aus der Fabrik abhauen oder einen Kredit aufnehmen? Aus dieser Individualisierung heraus können sie der öffentlichen Drohkulisse bisher keinen gemeinsamen Kampf entgegen setzen. Schon gar nicht werfen sie die Frage nach einer anderen Gesellschaft auf und wie sie diese selber und kollektiv gestalten könnten. Sie haben keine Vorstellung, woher sie die Macht dafür nehmen sollten. An der (medialen) Oberfläche erscheint immer nur das kapitalismusimmanente Gewerkschafts- und Betriebsrats-Wischiwaschi.

Um die Bedingungen und Möglichkeiten von Kämpfen auszuloten, blicken wir im Folgenden von zwei Seiten auf die Autoindustrie: *Das Kapital* bekämpft die Absatzkrise mit noch mehr Überkapazitäten und Zersetzung der Arbeitskraft. Seine Produktivitätsgewinne beruhen allein auf der Intensivierung der Ausbeutung: Verkürzung der Taktzeiten und Verlängerung der Arbeitszeiten, sowohl der allgemeinen (Maschinenlaufzeiten) in die Nacht und das Wochenende hinein als auch der individuellen Arbeitszeit durch Flexibilisierung. *Die Arbeiter* haben die intensivere Unterwerfung mit Schweigegeld (»Rekordprämien«) runter gewürgt, stehen nun aber vor drastischen Einschnitten – während ihre KollegInnen in Asien bereits neue Kampferfahrungen sammeln.

Auf Kapitalseite: Überkapazitäten

Im fünften Jahr mit sinkenden Absatzzahlen in Europa laboriert das Kapital an der Frage, *wie* und wie schnell »Kapazität abgebaut« werden kann. Im Juli sanken die Verkäufe um 7,3 Prozent zum Vorjahr, im ersten Halbjahr um 6,3 Prozent. Griechenland hatte die niedrigsten Neuzulassungen seit es Aufzeichnungen gibt. Der PKW-Absatz in Europa hat den tiefsten Punkt seit 1995 erreicht. Auch das vielgepriesene China-Geschäft geht bergab.

Im Zuge sinkender Kaufkraft der Arbeiterklasse wird sich diese Absatzkrise verschärfen. Gleichzeitig werden die Überkapazitäten durch den Bau neuer Werke massiv vergrößert. Während seit 2000 die Produktion in den USA um mehr als die Hälfte und in Japan um knapp ein Viertel abnahm, hat sie sich in China bis 2009 versiebenfacht – unterm Strich eine Ausweitung der Kapazitäten um zwei Millionen Kraftfahrzeuge!

Aktuelle Autofabriken sind erst ab 80 Prozent Auslastung profitabel – wobei die Profitabilität relativ ist; historisch sind die Durchschnittsprofite von 20 Prozent in den 1920er Jahren über 10 Prozent in den 1960er Jahren bis auf weniger als 5 Prozent im Jahr 2004 gefallen.

Die italienischen FIAT-Werke sind nur noch zu 50 Prozent ausgelastet, in Deutschland lag die

Auslastung 2011 bei 89 Prozent, in Europa bei 78 Prozent, wenn man die BRD rausrechnet. 2012 liegt die durchschnittliche Auslastung der Autofabriken in Japan bei 69 Prozent, in China bei 60 Prozent. In Europa liegt Ford nun unter 70 Prozent, Opel nochmal darunter; im weiteren Verlauf des Jahres wird die durchschnittliche Auslastung europaweit in diesen Bereich absinken. Anfang des Jahres waren sie in ihren *worst case*-Szenarien noch von 69 Prozent ausgegangen – das wird nun nach unten korrigiert. Europa steht vor der »Marktbereinigung«, die in Nordamerika von 2005 bis 2012 durchgezogen wurde – die Kapazitäten wurden um fünf Millionen Autos auf 8,7 Millionen reduziert. In Europa ist laut Management-Experten »jede vierte Autofabrik in Europa überflüssig« (*PwC*), das würde die Schließung von 61 Fabriken in den 27 EU-Staaten bedeuten.

Der Boom der deutschen Autoindustrie 2010/11 war ein Aufzucken in einer langfristigen Abwärtsspirale, er hing an staatlichen Konjunkturprogrammen und der Blasenökonomie in China. Die Verkaufserfolge in den Schwellenländern lassen sich nicht in die Zukunft weiter rechnen. In Brasilien verhindern nur Steuer-Rabatte einen Einbruch. Auch das unternehmernahe CAR-Institut sagt, dass die BRIC-Länder ihr »theoretisches Potential« realistisch gesehen erst in 50 Jahren erreichen und die erhoffte »zweite Wachstumswelle« über die Next-15 nur »langsam Gestalt annimmt«[4].

Tatsächlich ringt das Autokapital auf fünf miteinander kombinierte Arten mit seinem Niedergang.

Zer- und Neuzusammensetzung der Arbeitskraft

Die (weltweite) Beschäftigtenzahl im Autosektor ist schwer zu ermitteln, weil in den Angaben Leiharbeiter, Arbeiter mit Werkverträgen[5] und Arbeiter in ausgelagerten Bereichen (Transport, Reinigung, Kantine, Entwicklungs- und Instandhaltungsarbeiten, ...) nicht mitgerechnet werden. Laut Weltautomobilverband OICA arbeiteten Mitte der 70er und im Jahr 1980 neun bis zehn Millionen im Fahrzeugbau und in den Zulieferbetrieben (die Senkung der Fertigungstiefe in den Hauptwerken war *die* Rationalisierungsstrategie seit den 80er Jahren). 2005 waren es weniger: 8,5 Mio. Beschäftigte, die aber doppelt so viele Autos produzierten, also »steigende organische Zusammensetzung des Kapitals« bei »sinkender Beschäftigung«.[6] Aber die Aufteilung der ehemaligen großen Kombinate in vielschichtige Zulieferketten und das Einsetzen bunt gemischter Formen von »Personaldienstleistern« lässt einen großen Teil der Arbeiter verschwinden.[7] Mit den neuen Fabriken in den BRIC-Ländern, in Zentralasien, in Teilen Osteuropas und in Nordafrika[8] arbeiten heute noch viel mehr Arbeiter für und rund ums Auto. *Global gesehen* hat die Beschäftigung – vor allem in Klitschen mit verhältnismäßig wenig konstantem Kapital – zugenommen.

Standorte global gegeneinander ausspielen

Der entscheidende nächste Schritt für das transnationale Autokapital ist Kapazitätsabbau und Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen in Europa. Durch mehr Leiharbeit, mehr Werkverträge, mehr Verzichtserpressung und ständiges Hin- und Herschicken soll die Arbeitskraft verbilligt und politisch ausgeschaltet werden.

Die Kapitalisten arbeiten zusammen, tun aber vor den Arbeitern so, als würden sie sich im schärfsten Konkurrenzkampf befinden. »Wettbewerbsfähigkeit« und »Standortsicherung« sollen uns gegeneinander ausspielen und immer wieder »motivieren«, Verschlechterungen in Kauf zu nehmen. Diejenigen Belegschaften oder Standorte, die den meisten Verschlechterungen zustimmen, erhalten den Zuschlag für ein Modell, für eine Fabrik, für Investitionen. Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeiten waren die deutschen Gewerkschaften in den letzten 30 Jahren die Vorreiter – mittlerweile ziehen die englischen Autofabriken nach: Die Astra-Produktion in Ellesmere Port hängt an einem vierjährigen Tarifvertrag, der für die ersten zwei Jahre keine Lohnerhöhung, im dritten und vierten Jahr ein Prozent Erhöhung auf den Verbraucherpreisindex vorsieht; außerdem die Bereitschaft zur Produktion in 51 Wochen pro Jahr, wenn das Management es wünscht. Bei Mini in Oxford werden die Teepausen ersatzlos gestrichen, »dafür« investiert BMW in eine zweite Produktionslinie.

Fusionen

In Krisen haben sich die Autobauer immer in Fusionen geflüchtet. Dabei sind Multis entstanden, die zeitweise die größten Konzerne der Erde waren.

[4] Die zweite Wachstumswelle der Autoindustrie, *ifo-Schnelldienst* 07/2012 (April 2012).

[5] BMW gibt z. B. für das Werk in Leipzig 2700 Arbeiter an. Tatsächlich aber kommen noch 1100 Leiharbeiter und 2200 Arbeiter mit Werkverträgen dazu. BMW beschäftigt dort Arbeiter von 26 Leiharbeitsfirmen und »Personaldienstleistern«, die bis zu 1000 Euro brutto weniger verdienen.

[6] Winfried Wolf: Weltwirtschaftskrise und Krise der weltweiten Automobilindustrie, in: *Marxistische Blätter* Nr. 109, 2009.

[7] Auf einen direkt Beschäftigten kommen fünf indirekte. Im Jahr 2005 sind das bei 8 397 451 direkt Beschäftigten 42 Mio. indirekte. Aktuell kommen in der BRD auf einen direkt im Fahrzeugbau beschäftigten 1,2 Arbeitsplätze; jeder siebte hängt daran, wenn man Straßenbau, etc. mit rein rechnet. Das gilt mittlerweile auch für China: »Cluster« mit hunderttausenden von Arbeitern, Leiharbeitern, etc. sind schon länger Standard (vgl. Zhang Lu: Chinas Automobilindustrie – Schlanke Produktion und Kontrolle der ArbeiterInnen in einem Zeitalter der Globalisierung, in: Pun Ngai u. a.: *Aufbruch der zweiten Generation*, Berlin 2010).

[8] GM in Usbekistan, der chinesische Autobauer Great Wall hat vor kurzem in Bulgarien eine CKD-Fabrik errichtet, Renault-Nissan in Marokko.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es 50 Autokonzerne, in der Krise in den 70ern halbierte sich die Zahl, nach der Fusionswelle Anfang der 90er sind es heute noch 17. Die Autobauer rechnen damit, dass sich die Zahl der Konzerne wieder halbiert; und gehen kreuz und quer »Allianzen« ein, kaufen einen Aktienanteil hier, betreiben eine gemeinsame Fabrik dort.[9]

Die Schlagworte »Synergieeffekte« und »Kostenreduzierung« meinen eine Rationalisierung und Vereinheitlichung der Produktion, durch Verwendung gleicher Teile und Anwendung gleicher Arbeitsschritte soll die Gesamtbeschäftigtenzahl reduziert werden.

Druck auf die Zulieferer

80 Prozent der Wertschöpfungskette eines Autos bestehen heute aus Vorleistungen. Gummi- und Glasindustrie, Gießereien, Hersteller von Kunststoffwaren, Lacken, Metallen und Elektrotechnik sind die wichtigsten Zulieferer. Über sie läuft ein immer wesentlicherer Teil der Produkt- und Prozessentwicklung – und der Lohnsenkung (Toyota verlangt z.B. für neue Modelle von seinen Zulieferern 30 Prozent billigere und 30 Prozent leichtere Teile).

Immer mehr Gleichteile verändern aber auch die Produktion. Es entstehen Fabriken, die unter hohem Druck produzieren müssen. Sinkt die Vielfalt der Produkte und somit auch die Zahl der nötigen Arbeiter einerseits, steigen andererseits die Stückzahlen und die Lieferwege. Die Geschäftsbereiche der Zulieferer werden ausgeweitet, bis hin zur Vorproduktion für andere Industrien (Flugzeug, Raumfahrt…). Viele dieser Betriebe stoßen allein angesichts des logistischen Aufwands an Grenzen – es macht einen gewaltigen Unterschied, wenn nicht nur zwei (Auto-)Modelle in einer Fabrik, sondern eine Vielzahl von *Produkten* mehrerer Konzerne und für verschiedene Sektoren in verschiedenen Fabriken beliefert werden müssen.

An dieser Front experimentiert die gesamte Industrie. Sie ist ein wesentlicher Punkt im Kampf um Profite. Es geht nicht nur um produktive Fabriken, sondern um ganze Regionen und Lieferketten. An dieser Stelle holen die Autobauer ausgelagerte Bereiche wieder näher an die eigene Produktion heran (die sog. »Cluster«). Hier entstehen Firmen, deren Anteil über »Vorleistungen« hinausgeht, weil sie strategische Teile liefern und von ihnen erwartet wird, dass sie von Anfang an Entscheidendes zur Entwicklung beitragen (»Module« wie Antriebsstränge, Motoren).

Die Zulieferer stehen nicht nur unter Druck, immer billiger produzieren und ihre Produktpalette ausweiten (»diversifizieren«) zu müssen, sondern sie sind auch die ersten, bei denen Stellen abgebaut oder Fabriken geschlossen werden. Das trifft vor allem für die Auftragsfertiger zu. Zum Beispiel muss Magna Steyr die G-Klasse für Daimler jedes Jahr erheblich billiger produzieren – sonst kann Daimler den Vertrag einseitig kündigen. Und trotz schlechter Absatzaussichten, trotz der neu hochgezogenen Produktion in Deutschland, trotz der geplanten Verdopplung der neuen Fabrik in Ungarn vergab Daimler gerade einen Auftrag über 100 000 Autos der A-Klasse an den finnischen Zulieferer Valmet – deutlicher lässt sich die Rolle der Auftragsfertiger beim Ausspielen der verschiedenen Standorte gegeneinander nicht machen!

Subventionen, Kredite, Rabatte, »Steuertricks«…

Die Abwrackprämien fingen den letzten Krisenein-bruch kurzfristig auf – und sorgen jetzt für nachhaltige Marktsättigung und Verschärfung der Absatzkrise. Der aktuelle Streit zwischen dem französischen Staat und PSA einerseits, EU-Kommission und deutschen Autobauern andererseits, dreht sich darum, dass es keine solchen Subventionen mehr geben soll, sondern sichergestellt sein muss, dass Subventionen lediglich Arbeitsplatzabbau ermöglichen oder Lohnverzicht erpressen. Konzernen (ob nun Banken oder Industrie) wird eine Übergangsphase subventioniert, in der sie ihr Kapital sichern können.

60 Prozent der Neuzulassungen in der BRD sind Dienstwagen, 30 Prozent sind »taktische Zulassungen«, die die Hersteller und Händler selber vornehmen, und nur zehn Prozent werden privat gekauft; kaum ein Arbeiter kann von seinem Lohn ein neues Auto bar bezahlen, das geht nur auf Pump oder Leasing – falls er einen festen Arbeitsvertrag hat. Die Autoindustrie hängt am Staat und an der Finanzbranche. Zwei Drittel aller Neuwagen werden über Kredit gekauft, jeder zweite Euro der Auto*händler* kommt aus Finanzierungsgeschäften. Diese machen einen immer größeren Anteil vom

[9] Nur ein Beispiel ist das Karussell GM/Opel-PSA-Toyota-BMW/Mini-Mitsubishi-FIATChrysler-Suzuki. GM hält nun 7 Prozent an PSA Peugeot-Citroën. psa wiederum bauen zusammen mit BMW Motoren für Mini. Die gemeinsame Entwicklung von Hybrid-Motoren scheiterte an dem Jointventure PSA-GM, dafür beschloss BMW eines mit Toyota. Die haben wieder einen Vertrag mit PSA für leichte Nutzfahrzeuge in Arbeit. Mit Mitsubishi baut psa Geländewagen, mit Toyota betreiben sie eine Fabrik in Tschechien (wo gerade 1000 Arbeiter gekündigt werden), mit FIAT bis zuletzt in Frankreich. Letztere fusionieren mit Chrysler und betreiben in Ungarn mit Suzuki und Opel eine Fabrik?

Gewinn der Autokonzerne aus. 2011 wurden laut Bankenfachverband (deren Mitglieder auch Autofinanzierer wie die *VW Bank* sind) Verbraucherkredite in Höhe von 100,6 Mrd. Euro vergeben – 13 Prozent mehr als im Vorjahr. Die zehn Prozent Neuzulassungen an Privatpersonen werden mit so hohen Rabatten verscherbelt, dass die Unternehmer ihre Gewinne nur über zukünftige Service- und Wartungsleistungen erzielen können. Die Automultis konstruieren »Geschäftsmodelle«, mit denen sie bei ihren zahlreichen Rückrufaktionen aufgrund immer schlechterer Qualität auch noch Geld verdienen. Sie sind versichert und subventionieren somit die eigenen Werkstätten und Händlernetze.

Zudem hilft ihnen der Staat im großen Stil mit »Gesetzeslücken« und Wegschauen; aktuelles Beispiel die Fusion VW-Porsche: VW gab beim Finanzamt die Übernahme der restlichen Aktienanteile von Porsche als »Umstrukturierung« aus. Bei einer »Übernahme« wären 1,5 Milliarden Euro Steuern fällig gewesen, für die »Umstrukturierung« zahlt VW nur 100 Millionen.

Ende des Pakts

Mit Ausnahme von *Borgward* in den 60er Jahren hat in der BRD noch nie eine größere Autofabrik dicht gemacht. Es gab einen Pakt zwischen Autoindustrie-Gewerkschaft-Parteien-Staat, der das verhinderte, und den Arbeitsplatzabbau – die Zahl von Opel-Arbeitern in der BRD z.B. ging von 57 000 Anfang der 90er Jahre auf heute 22 000 zurück – »sozialverträglich« gestaltete. Deshalb haben sie die Ankündigung, dass **Opel Bochum** 2016 schließen soll, so lange hinausgezögert. Der GM-Verbund ist nicht mehr von der Teileproduktion des Bochumer Werkes abhängig. Die Gewerkschaften tun so, als ließe sich der Pakt verlängern, sie appellieren an die Politik, argumentieren mit der »Region« – und schlagen vor: Aussetzen der tariflichen Lohnerhöhungen gegen Standortgarantie bis 2016! Sie werden nicht mehr als Vermittler zwischen der Arbeitermacht und dem Kapital gebraucht, sondern nur noch als Abwickler. Und dementsprechend verhalten sie sich.

Flexibilisierung und Intensivierung

Grafik:
Kleinhaenz u.a.: Das BMW-Werk Regensburg. Wirtschaftliche und soziale Vernetzung in der Region. Passau 2006

Die Kapitalisten flexibilisieren die Arbeitszeit mit den unsäglichsten Schichtmodellen. Der Acht-Stunden-Tag ist Geschichte, neun und mehr sind mittlerweile Standard. In vielen Autofabriken gibt es Abteilungen mit dauerhaften Überstunden, unregelmäßig freien Tagen und Wochenendschichten. Die eine Woche arbeitet man mehr, die andere weniger. Mit Hilfe der Kurzarbeitsregelungen 2008/2009 wurden bereits flexible, kurzfristig festgelegte Arbeitszeitmodelle (Jahresarbeitszeitkonten) geschaffen. Nun kommen mehrjährige »Durchrechnungszeiträume«, in denen die gesetzliche Normalarbeitszeit gemittelt wird. In diesen Zeiträumen wird je nach »Marktlage« bereits Kurzarbeit, Urlaub, Auf- und Abbau der Stunden auf den Arbeitszeitkonten, Vier-Tage-Woche, Entgeltverzicht, usw. eingerechnet. Auch die kollektiven Schichtwechsel werden zugunsten individueller

Schichten aufgelöst. Der Samstag wird zum Normalarbeitstag, die Arbeiter werden flexibel zwischen den Abteilungen eingesetzt. BMW – schon in den 80ern Vorreiter in Bezug auf »innovative« Arbeitszeitmodelle (Regensburg 1988 und 2003, siehe Grafik) – will jetzt Leiharbeiter in den Pausen der Festangestellten und in deren Urlaubszeiten ans Band stellen.

Als Teil der Rationalisierungsstrategie drückt das Kapital den Bandarbeitern weitere Aufgaben auf wie Wartungs- und Instandhaltungstätigkeiten. Dass sie auch die Qualitätsprüfung übernehmen sollen, hatten wir schon mal mit der Gruppenarbeit. Und es ist Propaganda, die vor allem den Arbeiter zwingen soll, sich mit »seinem« Produkt zu identifizieren. Auch wenn das Management in Videos und Flugblättern immer wieder betont: »Jeder ist für Qualität verantwortlich«, bringen die Anlagen immer andere Fehler hervor; und die Meister haben die Anweisung, in jedem Fall die Stückzahlen über die Qualitätsstandards zu setzen.

So weiter wie bisher oder erste Anzeichen von Widerstand?

Die Zurückhaltung der Autoarbeiter im letzten Kriseneinbruch war fatal: Als die Firmen 2009 in hohem Bogen Leiharbeiter rauswarfen, gab es dagegen keinen gemeinsamen Widerstand. Die wenigen Ansätze, wie der Hungerstreik der bei VW beschäftigten Leiharbeiter 2009[10], sind vor allem am Desinteresse sowohl der festangestellten Kollegen, aber auch an dem anderer Leiharbeiter gescheitert. Nach fünf Jahren Krise arbeiten nun auch immer mehr Festangestellte zu Bedingungen und in einer Intensität, die sich niemand vorstellen konnte.

Die breiten Kämpfe in China und in Indien werden von den KollegInnen hier kaum wahrgenommen. Und wenn, dann »das geht dort, aber hier nicht«. Warum nicht? Die Bedingungen ähneln sich weltweit immer mehr – alle haben mit Leiharbeit, Fluktuation, höheren Takt- und längeren Arbeitszeiten, Kapazitätsauf- und -abbau, Flexibilisierung, künstlichen Boomphasen (kurzfristige Sonderschichten), usw. zu kämpfen.

Als bekannt wurde, dass **Daimler** in Bremen versucht, 20 Prozent der Belegschaft durch die Senkung der Fertigungszeit pro Auto von 43 auf 30 Stunden einzusparen, gab es Anfang des Jahres kurze Arbeitsniederlegungen und Flugblätter. 400 wütende Arbeiter zogen in die Chefetagen, um dagegen zu protestieren. Der Werkschutz vertrieb Arbeiter vom Gelände, die das neue *Kollegeninfo*[11] verteilen wollten.

In Rastatt und Sindelfingen kam es aufgrund steigender Arbeitsintensität zu unangekündigten Besuchen der Arbeiter beim Betriebsrat; das Management gab sofort nach, verringerte die Taktzeit und stellte zusätzliche Arbeitskräfte ein. Allerdings: Trotz der offensichtlichen Angst des Managements bleibt es in der Masse jedoch bei Frust und individueller Verweigerung, die Krankenstände sind sehr hoch, viele versuchen den Absprung mit Ausbildungs- oder anderen Stellenangeboten... Auch deshalb blieb gemeinsamer Widerstand bislang eine Ausnahme.

Alles muss man selber machen!

Alle ahnen zumindest, dass es beim bevorstehenden Einbruch um mehr als weiteren Lohnverzicht und »sozialverträglichen« Stellenabbau geht. Aber so lange nicht sichtbar wird, woher wir die Macht nehmen sollen, um für eine ganz andere Welt zu kämpfen, versuchen die allermeisten, die historische Dimension der Auseinandersetzung zu verdrängen.

Woher könnte diese Macht kommen?

In einer Situation von kapitalistischer Krise des zentralen Produkts und der weltweiten Angleichung von Arbeitsbedingungen könnten zum ersten Mal in der Geschichte sich Abwehrkämpfe entwickeln, die nicht nur eine Manifestation des Widerstandswillens einer einzelnen Belegschaft, eines einzelnen »Standorts«, einer einzelnen Branche, usw. bilden, sondern gesellschaftliche Fragen nach der Art und Weise der Produktion und des »Warum?« aufwerfen.

Zweitens haben die Streiks in China und bei Maruti Suzuki in Indien gezeigt, dass ein Kampf in einer voll ausgelasteten Fabrik schlagartig erhebliche Veränderungen durchsetzen kann. Er wirkt sich auch auf andere Fabriken, Belegschaften und Zulieferer aus![12]

Drittens, und das wäre der entscheidende Schritt, könnten diese beiden Kampfbewegungen (die defensiven in den alten Metropolen und die offensiven in den sogenannten Schwellenländern) zusammenkommen. Auch die zuvor angesprochenen kleinen Widerstandsversuche in den Werkshallen bei uns können sich erfolgreich durchsetzen; siehe z.B. die Streiks in Sindelfingen 2009 – nicht auszudenken, wenn sich da auch ArbeiterInnen dranhängen, die von Entlassung betroffen sind! Die Krisendynamik wird auch unter den AutoarbeiterInnen zu grundsätzlichen Debatten über den Kapitalismus führen. In denen wird sich zeigen, ob wir uns weiterhin von den Unternehmern und deren Staat ruinieren lassen oder ob aus der Entlassungs- eine Streikwelle wird. ■

[10] *Wildcat* 84: Demo und Hungerstreik von entlassenen Leiharbeitern bei vw.

[11] Nachzulesen hier: http://bremerfeierabend.blogsport.eu/2012/06/19/daimler-behindert-kritische-torverteilungen

[12] Bis zu 80prozentige Lohnerhöhungen, abgesagte Überstunden, niedrigere Taktgeschwindigkeiten, ... auch in umliegenden Betrieben sind Ergebnisse des Maruti-Streiks. In China haben die Arbeiter bis zu 30prozentige Lohnerhöhungen bei Honda, Toyota, Hyundai, ... und Zulieferern durchgesetzt.

Bergarbeiterstreik in Spanien

La Marea Negra – die kohlschwarze Flut

Die neuen, erdrückenden Sparpläne, die mit der Bankenrettung und mit den von der EU gestellten Bedingungen einher gehen, haben in Spanien ArbeiterInnen, Angestellte, Arbeitslose, Beamte, SchülerInnen und Studenten zusammengebracht. Die großen Demonstrationen vom 19.07.2012 sind bis jetzt der Höhepunkt einer sich ausbreitenden Protestwelle in Form von spontanen Blockaden, Märschen und Kundgebungen. Nach dem Abklingen der 15M-Bewegung machten sich insgesamt Resignation und Lähmung breit. Die Kämpfe der Bergarbeiter haben dem Ärger der Bevölkerung neue Impulse gegeben; die Haltung, mit der auf die Krise sowie soziale und ökonomische Einschnitte geantwortet wird, bekommt einen neuen Charakter.

Diese Kämpfe sind die Neuauflage eines Konfliktes, der im Jahr 1991 mit der Besetzung der Zeche *El Barredo* bei *Mieres* (Asturias) anfing und sich gegen die Aufgabe des Bergbaus in den Steinkohlegebieten (Asturias, Leon, Palencia, Teruel und in kleinerem Maß die andalusische Provinz Córdoba) richtete. Im Zuge der Streiks 2005 unter der Regierung Zapatero erkämpften sich die *Mineros* einen Beihilfeplan für die Steinkohlegebiete, den Plan *Nacional de Reserva Estratégica del Carbón* 2006-12.

Im Staatshaushalt für 2012 sollen die Gelder für diesen Plan plötzlich um ca. 64 Prozent gekürzt werden. Damit entfallen in diesem Jahr 190 Millionen Euro an direkten Hilfen. Dazu sind andere Posten von starken Einsparungen betroffen, z.B. die sogenannten *Fondos Mineros* (für den Aufbau von Infrastrukturen), die Stipendien-, Bildungs- und Umschulungsfonds, die Partie für Arbeitssicherheitsmassnahmen und die Unternehmensgründungshilfen. Von den laut Plan zugesicherten 703 Millionen Euro werden nur 253 Millionen ausbezahlt. Diese Einsparungen bedeuten mehr oder minder das plötzliche Aus für Gebiete, die seit mehr als 150 Jahre fast ausschließlich vom Steinkohlebergbau getragen werden. Ein Aus, das schon seit 20 Jahren in langsamer, abgefederter Form eingeleitet wird, aber erst im Jahre 2018 mit dem EU-Verbot weiterer Subventionen komplett vollzogen werden sollte. Die Zahl von Menschen, die von den Einsparungen betroffen sind, wird auf 200 000 geschätzt. Davon sind ca. 4 000 Menschen fest angestellt, ebenso viele arbeiten über Subunternehmen und ungefähr 30 000 weitere Arbeitsstellen hängen direkt mit dem Bergbau zusammen.

Nach dem großen Streik von 2005 gingen die Konflikte und Kämpfe in den betroffenen Regionen weiter. Die versprochenen Hilfen wurden nicht vollständig ausgezahlt und kamen zum Teil wegen Korruption und Veruntreuung nicht an; die Minenbesitzer behielten die Subventionen und drückten gleichzeitig die Löhne. Außerdem warfen Bergarbeiter und ihre Gewerkschaften der Regierung vor, sich in der EU nicht genug für die Kohle einzusetzen. Aber trotz dieser vertrackten ökonomischen und politischen Situation hatten viele die Hoffnung, den Sektor über das Jahr 2018 hinaus zu erhalten, da heimische Steinkohle eine gewisse Unabhängigkeit der spanischen Energieversorgung vor Preisschwankungen bei Öl und Gas bieten sollte.

Auf den neuen Staatshaushalt wurde am 28., 29. und 30. Mai mit Arbeitsniederlegungen im gesamten Bergbau reagiert, die schließlich in einen zweimonatigen Streik mündeten. Am 17. Juni fand zudem ein Generalstreik in den Bergbaugebieten statt, der von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde. Auch im Mai schlossen sich Bergarbeiter in drei Schächten Asturias' und Leons ein. Sie wollten so lange unter Tage bleiben, bis die Kürzungen der Subventionen rückgängig gemacht würden. Nach mehr als 50 Tagen verließen Sie auf ärztlichem Rat die feuchten, dunklen Stollen.

Die sehr lange Dauer des Ausstandes macht die große Wut und Entschlossenheit der Bergarbeiter deutlich. Im Spanien gibt es kein Streikgeld, zwei

Monate Streik bedeuten zwei Monate ohne Einkommen. Die Sozialbeiträge aus der eigenen Tasche einzuzahlen, ist den ArbeiterInnen während des Streiks untersagt. Durch die »verlorenen« Arbeitstage haben jetzt einige ihre Ansprüche auf den Sozialplan zum Vorruhestand riskiert. Die Regierung zeigte absolut keine Verhandlungsbereitschaft. Da der August in Spanien traditionell der Urlaubsmonat ist, in dem kaum gearbeitet wird und politisch selten was passiert, legten die Bergarbeiter am 31. Juli den Streik zunächst bei, kündigten aber sofort neue Aktionen für den Herbst an.

Um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, errichteten die *Mineros* in Asturias täglich Barrikaden auf Autobahnen, Landstraßen und Bahngleisen, mit denen sie stundenlang die Verkehrsverbindungen zwischen der bergigen, nordspanischen Region und Zentralspanien unterbrechen konnten. Die Barrikaden aus brennenden Reifen und Holz wurden von den vermummten ArbeiterInnen beim Anrücken der *Guardia Civil* mit Zwillen und selbst gebauten Raketenwerfern verteidigt. Wenn sie in die Enge getrieben wurden, flohen sie in die Wälder oder Kleinstädte der Gegend, wo sie für Ihre militanten Aktionen einen großen Rückhalt hatten und führten dort den Kampf weiter. In mehreren Orten wurde der Sitz der konservativen Partei mit Steinen angegriffen. Nach kurzer Zeit haben die Bergarbeiter die Blockadeaktionen jedoch eingestellt. Einerseits gab es zu viele Festnahmen und Verletzungen, andererseits wollten sie nicht die Unterstützung der Bevölkerung mit stundenlangen Staus und Verspätungen aufs Spiel setzen.

Eine weitere wirksame Aktion war die Marcha Negra (der schwarze Marsch). Ab dem 22 Juni liefen in mehreren Kolonnen über 400 BergarbeiterInnen von den nordspanischen Bergbauregionen zu Fuß nach Madrid. Der Marsch ließ die Kumpel in zahlreichen Städten und Dörfern die Solidarität und Sympathie der Bevölkerung spüren und wurde mit großer Teilnahme von der Öffentlichkeit verfolgt. Nach 19 Tagen wurden sie am 10. Juli kurz nach Mitternacht auf dem zentralen Platz der Puerta del Sol in Madrid von einer riesigen Menschenmenge begeistert empfangen. Die Beteiligung an der Demonstration am nächsten Tag in Madrid übertraf alle Erwartungen. Zehntausende Menschen kamen in Bussen und Autos aus den weit entfernten Bergbauregionen, weitere Zehntausende aus Madrid schlossen sich der Demo an (siehe den Demobericht unten). Als die Busse schon wieder auf dem Heimweg waren, fand in Madrid eine gut besuchte Solidemo statt.

Die Aktionen der letzten Monate haben eine Debatte über die Legitimität militanter Protestformen herausgefordert. Die Gewerkschaften distanzieren sich stets von diesen Aktionen, wissen aber wiederum, dass die Kämpfe von ihrer eigenen Basis mitgetragen werden und zeigen sich abseits der Mikrophone durchaus verständnisvoll. Viele Menschen solidarisieren sich mit ArbeiterInnen, die aufgrund der vermeintlich hohen Löhne und Rentenansprüche lange als »privilegiert« galten. Ihre Straßenblockaden und Scharmützel mit der Polizei werden als berechtigte Antwort auf die Gewalt des Staates und der Politik mitgetragen.

Im Jahr nach der 15M-Bewegung ist die Empörung trotziger und widerständiger geworden. Unter dem Druck der Einsparungen werden die Forderungen nach Demokratie und Bürgerpartizipation leiser. Stattdessen breitet sich die offene Ablehnung der herrschenden ökonomischen und sozialen Zustände aus. Die Entschlossenheit und Militanz der Bergarbeiteraktionen hat wieder frischen Wind gebracht. Entscheidend für den angekündigten ‚heißen Herbst' wird aber nicht nur der Grad an Militanz sein, sondern es wird sich zeigen müssen, ob diese neue Entschlossenheit auch die Kämpfe in Fabriken, Kliniken, Schulen, Büros, Wohnblocks... belebt.

Demo in Madrid am 10. Juli

Wir waren im Juli in Gijón, Asturias, und neugierig, was wir von den Kämpfen gegen die Krise mitbekommen würden. Bei unserer Ankunft deutete zunächst wenig auf die Auseinandersetzungen. Wir sahen keine Plakate, ganz selten Graffitis und auch in den Bars keine Flugblätter. Auf der *Semana Negra*, einer alternativen Kulturwoche in Gijón, gab es zwar eine Fotoausstellung, aber keine Veranstaltungen oder Diskussion zum Kampf der BergarbeiterInnen, nicht mal Spendenbüchsen. Wir versuchten über private Kontakte u.a. zu einem *Minero* von den Hintergründen der Kämpfe zu erfahren.

Die Bergarbeitergewerkschaft SOMA charterte Busse und wir hatten Glück, dass es noch wenige freie Plätze gab. Abfahrt war am Tag der Demo 2.30 Uhr. Mit uns im Bus waren viele Bergarbeiter – aktive und welche im Ruhestand – sowie einige GewerkschafterInnen. Die Stimmung war sehr locker; während wir regelmäßig einnickten, wurde hinter uns viel erzählt und gelacht.

Wir kamen mit unzähligen Bussen vor dem Stadion von Real Madrid an. Die Demo begann um 11 Uhr und führte ca. 3,5 km über den *Paseo de la Castellana*, das ökonomische und administrative Zentrum Madrids, zum Industrieministerium. Wunderbar war das Chaos der Marschblöcke: Gewerkschaftsordner versuchten lust- (und oft genug erfolg-)los Platz zu machen für die Bosse. Die UGT- und CCOO-Oberen wurden mit lauten Böllern beworfen. Knallkörper unterschiedlicher Art gehören traditionell zu den Bergarbeiterdemos und sie verhallten bis zu Rückreise nicht.

Schätzungsweise waren 150 000 Menschen an der Demo beteiligt; viele reihten sich vom Straßenrand aus ein, z.B. Feuerwehrleute, die durch die Sparmaßnahmen harte Einschnitte zu verkraften haben. Wir sahen RentnerInnen, Arbeitslose, Leute von der Flüchtlingshilfe, ReinigungsarbeiterInnen und welche aus dem Bildungsbereich, die seit längerem eigene Kämpfe gegen Kürzungen führen. Die Demo verwandelte sich von einer Bergarbeiterdemo in einen Marsch der Solidarität.

Wir zogen Richtung Abschlusskundgebung weiter. Bevor diese anfing, attackierte ein kleiner Teil der Demo das Gebäude des Industrieministeriums, oder viel mehr die davor stehenden Bullen und so kam es dann auch zu den bekannten Bildern. Alle waren sauer über die mit Gummibällen schießenden Polizisten, die trotz der auch für sie geltenden Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst weiterhin fest auf der Seite des Staates stehen. Steine werfende Linksradikale stießen teilweise auf Ablehnung, ihnen wurde vorgeworfen, für das frühzeitige Ende der Demo verantwortlich zu sein. Auf unserer Rückfahrt sahen wir viele Spuren verbrannter Reifen, und 5 000 BergarbeiterInnen, die in einer Raststätte Kaffee trinken, zusammenkommen und reden, bleiben ein beeindruckendes Bild. Wir sprachen über Spaltungslinien zwischen so genannten *Antisistemas* und den *Mineros* bei der Aktion rund um das Ministerium. Wie können wir die Kämpfe der Mineros unterstützen? Wo gibt es Anknüpfungspunkte für andere Kämpfende?

In Gijón zurück, sahen wir an einer Bankfiliale die Aufschrift »Betrüger«. Den Zorn auf die Wände zu schreiben ist vielleicht ein erster Schritt. Noch sind Spaniens Fassaden ganz schön sauber. ■

»Evo decía, que todo cambiaría –
Mentira, la misma porquería!«

»Alles wird sich ändern, hat Evo versprochen –
Lüge, immer noch der gleiche Mist!«

Bolivianisches Reisepuzzle vom Frühjahr 2012

Der »Wasserkrieg 2000« in Cochabamba gilt als beispielhafter Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Versorgungsleistungen, auch im »Krieg ums Gas« 2003 und den breiten Bewegungen in dieser Zeit wurden der Anspruch aller Menschen auf die natürlichen Reichtümer lautstark geäußert. Damit wurde Bolivien zum Bezugspunkt für die internationale linke Debatte. Die Politik der Regierung Morales stellt für die staatsorientierte Linke, aber auch viele vom Zapatismus inspirierte GlobalisierungskritikerInnen einen zwar holprigen und widersprüchlichen, aber dennoch an den Bewegungen ausgerichteten Prozess dar. Viele wollen dabei gar nicht so genau hinter die Kulissen des *Buen Vivir* oder des »Gehorchenden Regierens« blicken.

Arbeiterbewegung und »Indigenismo«

Die bolivianische Arbeiterbewegung bzw. die bolivianische Linke insgesamt lässt sich grob in zwei Richtungen unterteilen, die beide endlich das »koloniale Erbe« überwinden wollen. Die einen wollen den »Sozialismus«, die anderen beziehen sich auf traditionelle Formen der Vergemeinschaftung. »Arbeiterbewegung« ist hier vor allem als Trotzkismus angekommen, die Gewerkschaft, die Partei als Avantgarde, aber auch die »industrielle Entwicklung« sind die zentralen Kategorien. Auf der anderen Seite gibt es unterschiedliche Ausprägungen des *Indigenismo*, der ein »am Westen« ausgerichtetes Geschichts- und Politikverständnis kritisiert und den Bezug auf lokale, traditionelle Formen der Vergemeinschaftung dagegen setzen will. Beiden Richtungen steht ihre politisch-ideologische Ausrichtung bei der Analyse der aktuellen Kräfteverhältnisse häufig im Weg.[1]

Mit der Regierungsübernahme 2005 gelang es der Partei von Evo Morales, praktisch alle linken/sozialen Gruppierungen in ihr Regierungsprojekt einzubeziehen. Seit zwei, drei Jahren entwickelt sich aber so etwas wie eine Absetzbewegung von einer Politik, die verdeckt vom modernen linken Diskurs des »Gehorchenden Regierens« zum autoritären Projekt geworden sei, das mittels Korruption und Klientelismus um Zustimmung ringe.

Sie kritisiert den »unsozialistischen Sozialismus«: Die »Nationalisierung der Gas-/Ölreserven«, die Landreform[2] und eine Politik, die viel von Ernährungsautonomie redet, aber die agrarischen Kleinproduzenten wenig unterstützt. Die fehlende industrielle Entwicklung wird bemängelt (wie diese angesichts der Weltwirtschaftskrise aussehen soll, bleibt allerdings offen). Die vom Indigenismus beeinflusste Linke wiederum beklagt den Verrat an der indigenen Basis.

Bolivien

...vier mal so groß wie Deutschland, keine zehn Millionen EinwohnerInnen, von denen je nach Quelle zwischen 60 und 70 Prozent zu den über 25 Indígena-Gruppen gehören. Über 60 Prozent leben in den Städten. Die Abwanderung vom Land hält an, aber die Häfte der MigrantInnen bewegt sich heute zwischen den urbanen Zentren La Paz, El Alto, Santa Cruz und Cochabamba. Bolivien wird gerne als »geografische Synthese« der Welt beschrieben: Hochland, Tiefland, Steppen, Weideland, Berge, Wälder, fruchtbare Hänge, Dschungel, Flüsse (nur der Zugang zum Meer wurde in einem Krieg an Chile verloren). Es gibt prinzipiell alles an Obst, Gemüse, Getreide und Fleisch, was mensch sich so vorstellen kann.

Umso absurder, dass Nahrungsmittel importiert werden, was zum einen an der Exportausrichtung der Agrarindustrie liegt, zum anderen an der schlechten Infrastruktur. Es ist billiger, »von nebenan« zu importieren, als die zeitintensiven Transportwege in Bolivien zu nutzen.

Alte Ökonomie...

Die Ökonomie des Landes ist von der Zeit der »spanischen Eroberung« bis weit in die Gegenwart hinein von der brutalen Ausbeutung der Bodenschätze (Silber, Zinn und andere Mineralien, Gas) und einer extrem ungleichen Landverteilung gekennzeichnet. Über Jahrhunderte bedeutete dies für die Bevölkerungsmehrheit ein Leben zwischen Subsistenz auf dem Land, Arbeit auf den großen Ländereien und im Minensektor.

[1] Diese Einteilung ist tatsächlich sehr grob, allein über »Indigenismo« – eher ein Projekt nicht-indigener Intellektueller – bzw. »Indianismo«, ein Projekt indigener Intellektueller, ließe sich viel sagen.
Es gibt in den Städten einige wenige »autonome« Linke, die sich quer zu diesen groben Linien zu organisieren versuchen. Auch eine feministische Linke gibt es, z.B. die *Mujeres Creando* in La Paz, die auch immer wieder inhaltlich und praktisch eingreifen, siehe www.mujerescreando.org.

[2] Zur Landreform sei die Lektüre des Artikels von *Sven Schaller, Ländliche Armut, Dualismen und die indigene Frage, Ein halbes Jahrhundert Agrarreform in Bolivien*, empfohlen. Nachzulesen in dem Doppelband *Bolivien im Umbruch*, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2010. Ein lesenswerter Doppelband, allerdings mit Artikeln sehr unterschiedlicher Qualität.
Sven Schaller liefert nicht nur einen guten Überblick, sondern auch eine interessante These: die Regierung Morales würde die mit der Agrarreform 1952 begonnene kapitalistische Umgestaltung der bolivianischen Landwirtschaft zu Ende führen – die vollständige Proletarisierung der Minifundistas.

...in neuen Schläuchen

Die Kritik an der Regierung zielt auf den sogenannten »Neuen Extraktivismus«: Der Export von Rohstoffen sei neben der exportorientierten Landwirtschaft die Haupteinnahmequelle des Staates. Die »neue Ökonomie« sei der »alten« gar nicht so unähnlich, sie verkaufe vor dem Hintergrund der weltweiten Krise Rohstoffe und seltene Metalle zu guten Preisen auf dem Weltmarkt. Die Regierung Morales habe gegenüber den transnationalen Firmen zwar höhere Preise durchgesetzt – aber im Kern nichts geändert: Bolivien bleibe eine »Rohstoffökonomie«, abhängig von den Preisen auf dem Weltmarkt und der Technologie der multinationalen Firmen.

Gemessen am BIP sind die Staatseinnahmen seit 2005 um 20 Prozent gestiegen. Der Anteil der Einnahmen aus dem Erdöl-/Gasverkauf am BIP stieg von 5,6 Prozent 2004 auf 25,7 Prozent 2008 an. Damit konnten beträchtliche Reserven aufgebaut werden.[3]

Die Ausgaben für Infrastruktur und Sozialprogramme[4] sind unter der Regierung Morales gestiegen, von ca. sechs Prozent am BIP 2004 auf knapp über 20 Prozent 2009. Der Anteil der Sozialausgaben daran ist zwischen 2005 und 2008 inflationsbereinigt in absoluten Zahlen um 6,3 Prozent gestiegen, gemessen am gestiegenen BIP jedoch leicht gesunken. Das wird der Regierung regelmäßig »von links« vorgeworfen, und von der Regierung ebenso regelmäßig mit dem Hinweis zurückgewiesen, höhere Ausgaben würden nur die Inflation anheizen.

In den Armutsstatistiken zählt Bolivien noch immer zu den ärmsten Ländern des Kontinents, aber diese bilden nur einen Teil der Realität ab. Die Armut ist auch ohne offizielle Zahlen überall sichtbar, die Ökonomie dahinter ist komplizierter. Das Nebeneinander von prekärsten Wohn-/Lebensverhältnissen und relativ komfortablen Häusern in *El Alto*[5] erklärt sich auch mit der Schmuggel- und Drogenökonomie, die neben den offiziellen Wirtschaftssektoren eine schwer bezifferbare, aber bedeutende Rolle spielt.

Nicht zuletzt aufgrund des Widerstandes der *Cocalero*-Gewerkschaften im *Chapare* gehört der mörderische Drogenkrieg der 1980/1990er Jahre, unterstützt und vorangetrieben von den USA, inzwischen der Vergangenheit an. Momentan sind von der Regierung 12 000 Hektar für die traditionelle Kokablätter-Produktion freigegeben. Bebaut werden schätzungsweise 30 000 Hektar, davon werden auf ca. 19 000 Hektar Pflanzen für die Kokainproduktion angebaut – mit steigender Tendenz. Der Umsatz der Kokainproduktion in Bolivien wird auf zwei Milliarden Dollar geschätzt – bei einem BIP von ca. 17 Mrd. Dollar (2011).

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kokainproduktion und ihre Verbindung zur *Cocalero*-Basis der Regierung Morales ist wohl der Hauptgrund dafür, dass die Regierung am umstrittenen Straßenbau im TIPNIS eisern festhält (siehe Kasten). Im Juli 2012 wurde Evo Morales als Präsident der *Cocalero*-Gewerkschaften wiedergewählt.

Streiks, Rebellionen und Aufstände...

Die »nationale Revolution« von 1952 änderte im Grundsatz nichts an der ungleichen Landverteilung un dder Ausbeutung in den Minen, weshalb es eine schier ununterbrochene Geschichte von Kämpfen und Aufständen gibt. Erst in den letzten Jahrzehnten wird die ganze Breite der »indigenen« Aufstände gegen die »Kolonisierung« wieder entdeckt. Bekannter sind die Kämpfe der Minenarbeiter und des gewerkschaftlichen Dachverbandes COB (*Central Obrero Boliviano*), einer der stärksten Arbeiterbewegungen des Kontinents. Auch die BäuerInnen und LandarbeiterInnen der Hochebene (*Altiplano*) organisierten sich gewerkschaftlich. Sie gehören meist den beiden größten indigenen Gruppen, *Quechua* und *Aymara*, an – die vielen kleineren indigenen Gruppen im Tiefland sind bis heute weitaus zersplitterter und werden durch verschiedene Verbände vertreten.

In der sogenannte neoliberalen Phase ab Mitte der 1980er Jahre wurden viele Minen geschlossen, staatliche Unternehmen privatisiert und eine exportorientierten Agrarindustrie entwickelt. Sie wirkt bis heute fort: die Abwanderung vom Land zersetzte die vom COB dominierte Gewerkschaftsbewegung, aus Bergarbeiterfamilien wurden Koka-BäuerInnen mitsamt dazugehöriger Gewerkschaft. In den Städten wuchs der informelle Sektor, geprägt durch StraßenhändlerInnen und andere kleine Selbstständige.

Seit dem »Wasserkrieg« in Cochabamba, als es einer Koordination von Basisinitiativen gelang, die Privatisierung der Wasserversorgung zu verhindern[6], entwickelten sich immer wieder breite Kämpfe, die 2003 im »Krieg ums Gas« ihren Höhepunkt hatten: Präsident Sanchez de Lozada musste in die USA fliehen, und Ende 2005 übernahm Evo Morales und die MAS die Regierungsgeschäfte.[7]

... Gasolinazo und Streikwelle

Nicht wenige hatten nach der Regierungsübernahme der MAS mit Putschversuchen der rechten Oligarchie gerechnet. Gerüchte in diese Richtung und auch Angriffe auf »Verbündete« der Regierung gab es immer wieder. Aber die Regierung Morales wurde von einer sehr breiten Mehrheit getragen, während sich das rechte Lager uneinig und zerstritten

[3] Zahlen aus der Studie Weisbrot, Rebecca, Johnston, Bolivia, The Economy during the Morales Administration, 2009. Zusammenfassung in: *Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*; Hrsg.: FDCL e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2012.

[4] Die *Renta Dignidad* erweiterte 2008 das schon bestehende Programm für über 60-Jährige: ein Zuschuss von 1800 Bs (ca. 210 Euro) im Jahr als Rentenzuschuss, 2400 Bs für Menschen ohne feste Rente. Der *Bono Juana Azurduy* ist ein Programm für nicht-versicherte Schwangere: 50 Bs wenn alle Voruntersuchungen wahrgenommen werden, 125 Bs bei der Geburt, 125 Bs für jeden Arztbesuch mit dem Kind bis zum 2. Lebensjahr.
Der *Bono Juancito Pinto* zahlt 200 Bs im Jahr für den regelmäßigen Schulbesuch bis zur 6.Klasse Grundschule.

[5] Zu *El Alto* siehe die Buchbesprechung in *Wildcat* 87, Antistaatliche Bewegungen und theoretische Puzzlestücke, Raul Zibechi, Die Zersplitterung der Macht / Nautilus Flugschrift 2008.

[6] Leider nur auf Englisch und Spanisch, *Nosotros somos Coordinadora*, Fundación Abril, 2008, bzw. *Cochabamba! Water War*, 2004; Zum Thema auf deutsch z.B. *Lateinamerikanachrichten* 406 / 2008, http://ln-berlin.de/index.php?/artikel/2735.html

[7] Unter www.wildcat-www.de/dossiers/latina/movimientos.htm findet Infos zu den Kämpfen zwischen 2000 und 2005

[8] Schon im Sommer 2010 war es in Potosi zu breiten Protesten und Demonstrationen gekommen. Auslöser waren nicht umgesetzte Wahlversprechen: Investitionen in dieser armen Region des Landes, in der die Regierung 2009 fast 80 Prozent Stimmenanteil hatte. Die Regierung war überrascht, dass sich in einer ihrer Hochburgen solch breite Proteste entwickelten.

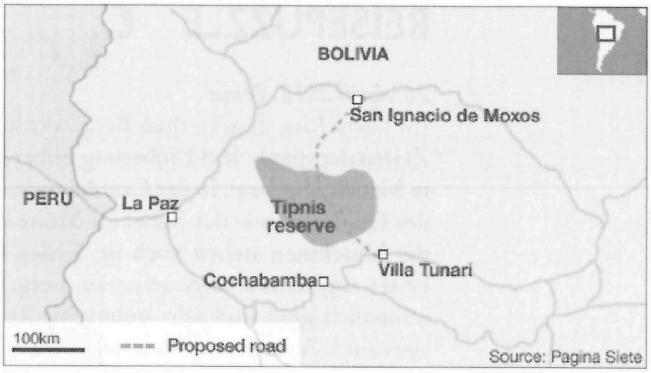
zeigte. Die landbesitzende Fraktion merkte schnell, dass ihr keineswegs die Privilegien genommen wurden, und auch die obere Mittelschicht in den Städten ließ ihre anfängliche Bestürzung bald fallen.

Natürlich sehen viele in Morales immer noch abwertend den »Indio-Präsidenten«, aber da es ruhig ist im Land, die Geschäfte gut gehen und sogar mehr Geld für die Infrastruktur »ihrer Viertel« da ist, hat sich bald ein gewisser Pragmatismus durchgesetzt.

Die Bewegungen der Jahre 2000-2005 beteiligten sich fast unisono am entwurf einer neuen Verfassung und der Neubesetzung von Ämtern und Institutionen. Bolivien scheint eine »normale Demokratie« zu werden, in der Konsens und Zustimmung aufwendig produziert und konstruiert werden. Ein Großteil der Menschen hoffte, dass sich diese Veränderungen auch in ihren Lebensverhältnissen bemerkbar machen würden. Der Stolz, endlich die »Kolonisatoren« vertrieben zu haben, das neue Selbstbewusstsein und die Freude, dass nun »einer von uns« die Geschäfte betreibt, bestimmte die Gemütslage.

Spätestens mit der Benzinpreiserhöhung im Dezember 2010 änderte sich diese Situation.[8] Seit Monatsanfang hatten sich Meldungen über die Preisunterschiede in Bolivien und den umliegenden Ländern bzw. Hinweise auf den Schmuggel mit Treibstoff gehäuft. Am 26.12., also quasi als Weihnachtsgeschenk, erhöhte die Regierung die Preise für Benzin um 72 Prozent, für Diesel um 82 Prozent. In den folgenden Tagen kam es landesweit zu breiten Protesten, und die Regierung musste zurückziehen. Die einmal in Gang gesetzte Preissteigerung ließ sich allerdings nicht einfach rückgängig machen: Da die Treibstoffpreise direkt oder indirekt in viele Waren des täglichen Bedarfs eingehen, haben sich seitdem die Lebenshaltungskosten deutlich erhöht. Im Frühjahr 2012 kommt es in fast allen Städten zu Streiks und Demonstrationen von Taxifahrern, GesundheitsarbeiterInnen, LehrerInnen, StudentInnen...

Viele Menschen haben in den letzten Jahren wieder die Erfahrung gemacht, dass sie nichts »geschenkt« bekommen, auch nicht von der Regierung Morales. Es gab wieder vermehrt Kämpfe, aber im Vergleich zu 2000-2005 sind sie isoliert, mit Ausnahme der landesweiten Proteste gegen die Energiepreiserhöhung Anfang 2011 kommt es an keinem Punkt zu einer breiten Bewegung. Von unten müssen viele Fragen neu gestellt werden – das ist momentan vielleicht die schwierigste, aber auch die wichtigste Aufgabe.

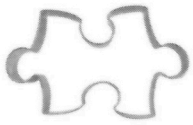


Der TIPNIS-Konflikt...

...ist kein Konflikt zwischen »dem ersten indigenen Präsidenten« und der indigenen Basis, wie er international oft dargestellt wurde. Der 12000 Quadratkilometer große Nationalpark Isiboro Sécure wurde 1990 zum indigenen Territorium (TIPNIS) erklärt und wird seither von drei indigenen Gruppen des Tieflandes verwaltet, den Yuracaré, Moxeno und Chíman. Die Pläne für die Straßenverbindung zwischen Cochabamba und dem Norden bzw. Brasilien sind alt, sie wurden von der Regierung Morales 2009 nur abgeschlossen. Möglich war das aufgrund von Kreditzusagen aus Brasilien, der Bauauftrag ging an eine brasilianische Firma. Gegen das Gesetz wurden mit zwei Ölkonzernen Vorverträge zur Erdölexploration abgeschlossen. Die Straße ist zum einen für die »anti-imperialistische« Achse Venezuela-Bolivien-Brasilien und ihren Handel mit China wichtig. Auch für die Innenpolitik ist sie von Bedeutung: Bislang muss ein Großteil der Fleischversorgung aus den nördlichen Gebieten den Umweg über das Tiefland um Santa Cruz nehmen. Die dortige Fleischindustrie, die in den Händen der (Rechts-)Opposition ist, hatte damit einen starken ökonomischen Hebel.
Die Cocaleros setzen sich für den Straßenbau ein, der Marsch der Straßengegner Richtung La Paz im Mai 2012 war unterwegs mit Drohungen und Blockaden der Straßenbefürworter konfrontiert. Die zwischen Cochabamba und dem TIPNIS gelegene Region Chapare ist das zweitwichtigste Gebiet für den Koka-Anbau und die Kokain-Produktion, hier sind mehrere Ernten im Jahr möglich. In diesem »Siedlungsgebiet der Kolonisatoren« genannten Teil des TIPNIS leben um die 20 000 Migranten-Familien aus dem Hochland, angeschlossen an die sechs Cocalero-Föderationen im Chapare. Im restlichen TIPNIS leben ca. 12 000 Menschen. Trotzdem ist es zu einfach, die »Kokain-Ökonomie« gegen die »traditionelle Ökonomie« zu setzen. Auch »im Park« leben viele nicht mehr allein von der Land-/Forst-/Fischwirtschaft und haben schlicht die Hoffnung, dass mit der Straße auch Einkommensmöglichkeiten kommen.

Aufgrund dieser verwickelte Situation fällt es der Regierung leicht, die Gegner des Straßenbaus mit absurden Vorwürfen zu attackieren. Als Morales im Frühjahr 2012 im Park herumreiste, Außenbordmotoren verschenkte und um Zustimmung warb, brandmarkte er die Straßenbaugegner immer wieder als Agenten des US-Imperialismus.

REISEPUZZLE



26. April 2012, Potosí

Im *Cerro Rico*, dem reichen Berg, werden seit den Zeiten der spanischen Eroberung Silber und andere Metalle abgebaut. In der *Casa Moneda*, dem Haus des Geldes, wurde das Silber zu Münzen geprägt, die Maschinen stehen noch im Keller. Heute arbeiten sogenannte *cooperativas* im Berg, die unterschiedlich groß und sehr unterschiedlich organisiert sind. Aber alle arbeiten mit prekärster Technologie und unter schlechten Bedingungen. Eine Minderheit von Ihnen wird von Ex-*Mineros* mit etwas Eigenkapital geführt, der überwiegende Teil ist ein organisatorischer Zusammenschluss von *Mineros*, die auf eigene Rechnung ein Stück Stollen bearbeiten. Von noch insgesamt 70 000 Minenarbeitern in Bolivien sollen heute 60 000 in »Kooperativen« arbeiten, aber sie liefern nur ca. 20 Prozent der Bergwerksproduktion: die ertragreicheren Stollen und die bessere Technologie gibt es im noch verbliebenen staatlichen Bereich. Dies führt immer wieder zu handfesten Auseinandersetzungen.

Ende April 2012,
Städtisches Krankenhaus Oruro

Elena und Milena, zwei Krankenschwestern, und der Gewerkschaftssekretär Ruben berichten über die Proteste in den Krankenhäusern. Auslöser war die Erhöhung der Arbeitszeit von sechs auf acht Stunden. Die »sechs Stunden« sind ein alter Kompromiss, um die Unterfinanzierung des Gesundheitswesen und die schlechten Löhne ein wenig zu kompensieren. Wir sind in einem Krankenhaus des öffentlichen Sektors, der für 60-70 Prozent der Bevölkerung zuständig ist. Zugang haben im Prinzip alle, aber nicht umsonst. Für Kinder und Schwangere gibt es Programme, ansonsten ist jede Krankheit eine Herausforderung für die Familie und das soziale Netz. Im Gang stehen Verwandte und Freunde an den Schaltern, um die verordneten Medikamente zu kaufen.

Der zweite Sektor wird aus Beiträgen der festbeschäftigten ArbeiterInnen und Angestellten zur Krankenkasse, *Caja de Salud*, finanziert. 25-30 Prozent der Bevölkerung haben so Zutritt zu besseren Krankenhäusern, die ihren Beschäftigten auch höhere Löhne zahlen: eine Krankenschwester kann hier ca. 6000 Bs (ca. 700 Euro) verdienen, im öffentlichen Sektor ist es die Hälfte. Der dritte Sektor sind Privatkrankenhäuser für unter zehn Prozent der Bevölkerung. Ruben erklärt, dass der öffentlichen Sektor von prekären Selbständigen, Straßenhändlerinnen, ArbeiterInnen ohne feste Beschäftigung genutzt wird.

Die Krankenhausarbeiterinnen haben im Prinzip gar nichts gegen die Erhöhung der Arbeitszeit, sie arbeiten meist sowieso länger. Aber dass von der »Verbesserung der Gesundheitsversorgung« ausgerechnet eine Lohnkürzung übrig geblieben ist, macht sie wütend. Zumindest das *Ley General del Trabajo*, das in den beiden anderen Sektoren des Gesundheitswesens Überstunden und Zuschläge regelt, solle endlich auch für sie gelten.

Eine Stunde später im Versammlungsraum der Gewerkschaften hinter dem Krankenhaus: 2-300 ArbeiterInnen diskutieren am Vortag des 1. Mai das weitere Vorgehen. Die Regierung ist stur, schimpft über die »faulen Ärzte«, die sechs Stunden im öffentlichen Sektor arbeiten, um den Rest des Tages viel Geld in Privatpraxen/-Kliniken zu verdienen – eine allgemein bekannte Realität, aber hinter dieser populären Schelte verschwindet die Situation der ArbeiterInnen. Die Regierung versucht, die ArbeiterInnen moralisch ins Unrecht zu setzen. Besonders aktiv zeigt sich hier Vizepräsident Garcia Linera, der Intellektuelle mit Guerilla- und Knasterfahrung in den 1970ern, er ruft die Bevölkerung dazu auf, den Streikenden mal Bescheid zu stoßen.

Vier, fünf Stunden lang wird diskutiert, viele beteiligen sich, es gibt Ermahnungen, wenn es zu laut wird, eine konzentrierte Diskussion, eine gewerkschaftliche Versammlung im besten Sinne. Soll es Blockaden der zentralen Straßen oder Ausweitung der Hungerstreiks geben? Beides sind »normale« Mittel der politischen Auseinandersetzung. Nach stundenlanger Debatte zieht sich die Führung nochmal für eine Stunde zurück, erst um 17 Uhr ist Schluss, es sitzen wieder fast alle im Raum. Man hat sich für Blockaden entschieden, aber vorher ist 1.-Mai-Demo.

1. Mai in Oruro

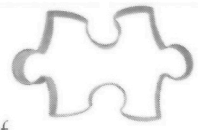
Oruro, 240 000 Einwohner, eines der verbliebenen Zentren des COB, *Central Obrero Boliviano*, des Dachverbandes eines Großteils der Gewerkschaften. Der ohrenbetäubende Knall explodierender Dynamitstangen, zum Glück mit Vorwarnung, ist der Sound der Demo – neben den sich meist reimenden Parolen gegen die Regierung Morales: *Evo decía, que todo cambiaría – Mentira, la misma porquería!; Evo antés bloqueador – hoy dictator...*

Der Block der GesundheitsarbeiterInnen ist der lauteste, aber das Ganze erinnert sehr an eine gewerkschaftliche 1.-Mai-Demo bei uns: viele Fahnen, viele Reden, nach der Anschlusskundgebung löst sich die Demo schnell auf. Nachfragen klären mich über den geschickte Schachzug des erfahrenen Gewerkschafters im Präsidentenamt auf: da der 1. Mai auf einen Dienstag fiel, hat Morales in einer Ansprache an die »tapferen ArbeiterInnen des Landes« den Montag kurzerhand zum Feiertag erklärt und ein extralanges Wochenende verordnet.

Wütende Kommentare aus Kreisen der Streikenden, die Regierung solle sich nicht einbilden, so einfach die Mobilisierung schwächen zu können...

7. Mai, La Paz - Blockaden

Wir sitzen auf dem *Prado*, nur ein paar hundert Meter entfernt vom Regierungspalast auf der *Plaza Murillo*. Die Transportarbeitergewerkschaften haben zu einer dreitägigen Blockade aufgerufen und die zentralen Verkehrsachsen der Stadt mit alten Bussen zugestellt: Es geht nichts mehr. Der Bürgermeister will einen alten Plan umsetzen und die *trufis* (*taxi ruta fija*, Taxi mit fester Route), die die Straßen oft mehr verstopfen als dass sie für Mobilität sorgen, aus dem Zentrum verbannen und durch Großbusse ersetzen. Die Fahrer und die Frauen, die Routen ausrufen und kassieren, fürchten um ihre Einkommen. Zunächst misstrauische Mienen, nicht wenige Passanten beschimpfen die Streikenden, es war zu Handgreiflichkeiten gekommen, weil Leute versucht hatten, die Blockaden zu umfahren. Die Streikenden sehen durchaus die Transportprobleme, aber sie möchten Alternativen – und gefragt werden.



9. Mai, El Alto - Großdemonstration

Der COB will den Druck auf die Regierung erhöhen. GesundheitsarbeiterInnen, (Medizin-)StudentInnen und Transportarbeiter bilden den Kern der Demo. Ich bin mit TrotzkistInnen der LORCI unterwegs, sie setzen auf ein »Wiederauferstarken« des COB in der aktuellen Streikwelle und wollen sich an den Versuchen beteiligen, aus dem COB eine Partei zu machen, um das »politische Loch« links von der MAS füllen und den ArbeiterInnen eine politische Führung zu geben. Kaum eine Woche später hat sich das erledigt, der COB schließt mit der Regierung ein schlechtes Abkommen für den Gesundheitssektor ab.

Am Ende der Demo kommt es zu Straßenschlachten am Regierungspalast. Hauptsächlich StudentInnen attackieren das Gebäude mit den Materialien, die während der Demo aus Bussen heraus verteilt worden waren. Die Polizeieinheiten bleiben passiv, z. B. werden keine Gefangenen gemacht. Die Regierung weiß, dass die Kämpfe momentan relativ isoliert sind. Gefangene, Verletzte oder gar Tote könnten das aber schnell ändern, wird mir nach der Demo erklärt.

Mitte Mai, Cochabamba – Mobilisierung gegen den Straßenbau

AktivistInnen der *Kasa Kamasa*[9], eine Art »Autonomes Zentrum«, im Kern von einer Frauengruppe organisiert, haben einen Aktionstag gegen die Straße durch den TIPNIS (siehe Kasten) organisiert. In den letzten Tagen war der Marsch der Straßengegner immer wieder auf Probleme gestoßen: starke Regengüsse, fehlende Lebensmittel, Angriffe der Regierung, Drohungen von Straßenbefürwortern, den Marsch nicht passieren zu lassen....

Ende Mai, Cochabamba, Fundacion Abril[10]

Oscar Olivera, »alter« gewerkschaftlicher Basisaktivist und einer der Mitbegründer der Wasserkoordination in Cochabamba, und Carlos Crespo aus der anarchistischen Szene der Stadt wählen harsche Worte zur Beschreibung der aktuellen Situation. Die Regierung betreibe eine »arbeiterfeindliche Politik«. Ökonomisch setze sie auf die Entwicklung einiger Schlüsselsektoren – Bergbau, Soja, einige wenige andere Exportnischen, perspektivisch Lithium. Sozial komme bislang nicht mehr heraus als ein paar dünne Sozialprogramme. Politisch wende die Regierung eine Taktik an, die in einem immer noch rassistischen Land wie Bolivien alt bewährt sei: verschiedene gesellschaftliche Sektoren gegeneinander auszuspielen. Dies sei zum ersten Mal deutlich geworden beim Konflikt 2006 in der Mine Huanuni zwischen staatlichen Bergarbeitern und *Cooperativistas*. Da sei es wenig überraschend, dass die Regierung versuche, die »NutzerInnen« gegen die GesundheitsarbeiterInnen aufzubringen.

»Wir müssen von vorne anfangen«, so die bittere Analyse von Olivera und Crespo. Das gesellschaftliche Netz, aus dem die Bewegungen zwischen 2000 und 2005 entstanden seien, gebe es nicht mehr. Auf die Gewerkschaften oder den COB zu setzen, führe zu nix: in den 1970er Jahren seien über 70 Prozent der ArbeiterInnen gewerkschaftlich / innerhalb des COB organisiert gewesen, heute seien es vielleicht noch 15 Prozent. Hauptgrund sei die Entwicklung der informellen, selbständigen, prekären Bereiche. Abgesehen von diesem materiellen Hintergrund – oder genau deshalb! – seien die Gewerkschaften, einschließlich des COB, mehr an Posten interessiert als an einer wirklichen Organisierung der ArbeiterInnen. In den letzten Jahren gingen die Menschen wieder für »alltägliche Bedürfnisse« auf die Straße – Wasser, Wohnen, Rente, Gesundheit, Löhne, Lebenshaltungskosten. Das zeige, dass ein Neuanfang möglich sei.

»Komm mit besseren Nachrichten ›von da drüben‹ wieder« – laden mich meine Gesprächspartner ein. Mit »besseren Nachrichten« meinen sie Berichte von breiten Kämpfen gegen die Krisenauswirkungen. Sie haben recht. »Wir« kommen mit vielen Fragen in diese Länder oder erwarten Ermutigung oder gar Lösungen, dabei kann nur eine Gleichzeitigkeit von Kämpfen eine »Lösung« sein. Und vor allem auch Kämpfe in den kapitalistischen Zentren! ■

[9] Das Kasa Kamasa hat eine Webseite, siehe http://kasakamasa.blogspot.de/2012/03/kasa-kamasa.html

[10] Die Fundacion Abril wurde aus der Wasserkoordination mit internationalen Preisgeldern gegründet. »Abril« bezieht sich auf den entscheidenden Monat der damaligen Kämpfe. Das Wasser und prekäre Arbeitsverhältnisse sind die Arbeitschwerpunkte. Hier versuchen AktivistInnen mehrerer Generation, von unten auf die Gesellschaft zu schauen und sich einzumischen.

PS:
Im Juni kommen Putschgerüchte auf: der Marsch der GegnerInnen des Straßenbaus im TIPNIS ist in La Paz, zeitgleich gibt es Proteste der »unteren Polizeiränge«, schlecht bezahlte Jobs für MigrantInnen vom Land. 2004 war es dabei zu Plünderungen und Toten gekommen. Diesmal werden staatliche Gebäude besetzt und beschädigt. Die Regierung spricht vom »Plan Tipnis«, der von rechts initiiert die Regierung destabilisieren soll. Europäische linke Intellektuelle starten eine internationale Unterstützungsinitiative. Bolivianische Genossen halten das Ganze für ein ein Konstrukt der Regierung. Gleichzeitig sehen sie in solchen Manövern die Gefahr, im Falle eines tatsächlichen Putsches nicht mehr genügend Unterstützung mobilisieren zu können.

An dem ausführlichen Artikel im letzten Heft kam aus der antideutschen Ecke die Kritik, wir würden damit behaupten, es gäbe keine Nazis. Das ist so doof und staatstragend, dass darauf gesondert einzugehen ist. (Wir erzählen nicht nochmal die ganze Geschichte; zum Verständnis solltet Ihr den Artikel in der *Wildcat* 92 nachlesen, von dem wir auch eine stark gekürzte Fassung online gestellt haben.) Eine andere Kritik war, wir betrieben »Verschwörungstheorie«. Das trifft insofern zu, als wir nicht von »Pleiten, Pech und Pannen« ausgehen, sondern hinter den Morden des sogenannten NSU das »zielgerichtete, konspirative Wirken von Personen« sehen – das ohne aktive Beteiligung staatlicher Stellen nicht möglich gewesen wäre. Das nicht sehen zu wollen, ist ein Abwehrreflex von revolutionären Linken gegen die Kränkung, nicht mehr der Hauptfeind des Staatsschutzes zu sein.

www.wildcat-www.de/wildcat/92/w92_staatsnazis.html

NSU und Staat

Spätestens seit Schily 1998 den »Null-Toleranz«-Innenminister Kanther ablöste und unglaubliche Verschärfungen gegen MigrantInnen sowie gewaltige »Sicherheitspakete« durchdrückte, wurde »Migrationsbekämpfung« zu einer der Hauptaufgaben des Staatsschutzes – während das Schröderregime verbal eine zuwanderungsfreundliche Politik betrieb, Schröder sich sogar als »die besserer Antifa« positionieren konnte (eine Doppelzüngigkeit, die genauso im Umgang mit Murat Kurnaz betrieben wurde; s.u.). Forciert wurde diese Politik mit dem Schlagwort von der notwendigen Auflösung der »Parallelgesellschaften in unserer Mitte«, kombiniert mit dem Kampf gegen den »Islamismus«. Der 11. September 2001 »bestätigte« diese Frontstellung und vervielfachte die Ressourcen, die in diesen Kampf flossen.

Wir hatten auch die Behauptung *dargestellt*, bei der Ermordung der Polizistin in Heilbronn seien mehrere Geheimdienste am Tatort gewesen. Dazu kamen einerseits Kritiken, wir hätten diese »Geheimdienstpistole« gar nicht erwähnen sollen – andererseits wünschte sich jemand, genau diese Spur hätten wir vertiefen müssen, da läge doch der eigentliche Knackpunkt! Womöglich liegt da auch ein Knackpunkt – wir wissen aber noch nicht, *welcher*. Die Mordserie hat danach aufgehört. Die Schäfer-Kommission fand heraus, dass Tino Brandt vor dem Mord ein Haus in der Nähe von Heilbronn gekauft hatte. Mitte August recherchierte die *taz* einen weiteren Zusammenhang: Zwei Kollegen von Kiesewetter waren zeitweise in einem deutschen Ableger des Ku-Klux-Klan. Ein weiteres Mitglied – von insgesamt 20! – war der Nazi Thomas Richter. Seinen Namen hatte sich Uwe Mundlos als Kontakt auf einer Adressenliste notiert, die den Bullen bereits im Januar 1998 in die Hände gefallen war – der sie aber »keine besondere Beachtung geschenkt« hätten. Auf dieser Liste stand auch Ralf Wohlleben, der letzte noch in U-Haft sitzende Unterstützer des »NSU«, sowie viele weitere, die inzwischen als Unterstützer bekannt geworden sind. Thomas Richter war Ende der 90er Jahre einer der führenden Neonazis Sachsen-Anhalts. Er war u.a. Herausgeber der Zeitung *Nationaler Beobachter* und hostete das Nazi-Fanzine *Der Weisse Wolf*. In dessen Ausgabe 18 im Jahr 2002 stand im Vorwort fettgedruckt, ohne weitere Erläuterung: »Vielen Dank an den NSU«.

Zu Thomas Richter und der Connection KKK – Der weisse Wolf – NSU vgl. auch: http://aargb.blogsport.de/2012/07/15/der-nsu-und-seine-helfer/

Spur ins Ministerium

Bereits Ende Mai waren durch die Veröffentlichung der Schäfer-Kommission weitere Steine ins Rollen gekommen. Unter anderem wurde am 31. Mai ein Zielfahnder entlassen, weil er 2001 einen Aktenvermerk geschrieben hatte, eine/r der drei Untergetauchten sei offensichtlich V-Mann des VS.

Das *Neue Deutschland* veröffentlichte Recherchen, wonach Beate Zschäpe am 4. November, als in Jena das Wohnmobil abbrannte, insgesamt 18mal von staatlichen Stellen angerufen wurde. Der erste Anruf(versuch) erfolgte um 12:11 Uhr! »Die offizielle Version von Böhnhardts und Mundlos' »Selbsttötung« besagt, dass sich zwei Polizisten gegen 11:30 Uhr dem verdächtigen Wohnmobil näherten, zwei knallartige Geräusche vernahmen und in Deckung gingen. Die Eisenacher Feuerwehr musste kommen, das brennende Fahrzeug löschen. Erst danach wurden die zwei Toten aufgefunden. Das passt so gar nicht mit dem Anruf um 12:11 Uhr zusammen.« (*Neues Deutschland*, 30.5.2012) 90 Minuten später steckte Zschäpe das Haus in der Frühlingsstraße an. Es deutet alles daraufhin, dass sie »geheimdienstlich geführt« wurde.

Um den brennenden Wohnwagen rum sind sich die Geheimdienstler gegenseitig auf die Füße getreten (VS, MAD, BND). BND-Leute machten den

ermittelnden Polizisten Vorgaben – »dabei waren Mundlos und Böhnhardt an diesem 4. November 2011 in der Öffentlichkeit nur zwei tote Bankräuber.« (*Neues Deutschland* 17.8.2012 »Mit Nazis nicht nur in der Muckibude«)

Ab dem 4. November arbeiteten Geheimdienste, Innenministerien und BKA genauso koordiniert daran, Spuren zu verwischen, wie sie vorher koordiniert das Auffliegen des »NSU« verhindert hatten. So war z.B. Ende 2011 bekannt geworden, dass das BKA die Verbindungsdaten von André Emingers Handy, der ersten Anlaufstation Zschäpes am 4. November, gelöscht hatte.

Trotz all dieser Bemühungen kam Anfang Juli noch heraus, dass der italienische Geheimdienst dem VS im März 2003 gesteckt hatte, dass die Nazis an Anschlägen auf Migranten und Dönerbuden sitzen..., also mitten in der Mordserie!

Gemischtes Doppel: »Operation Rennsteig« und der »Thüringer Heimatschutz«

Eine der größten Nebelkerzen, die nach dem 4.November gezündet wurden, war die Behauptung der »mangelnden Koordinierung der Dienste«. Das wissen wir nun aktenfest besser: Mitte Juni wurde bekannt, dass die Zusammenarbeit mit den Nazis direkt aus dem Bundesinnenministerium gesteuert war. Die dazu eingerichtete Zentrale hieß »Operation Rennsteig«. Hier hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsam mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) sowie den Thüringischen und Bayerischen Landesämtern für Verfassungsschutz von 1997 bis 2003 den 1996 gegründeten *Thüringer Heimatschutz* »unterwandert«, der dann zur Keimzelle des sogenannten NSU wurde. Offiziell hatten die drei Dienste zehn Informanten, das heißt in Wirklichkeit steuerten sie den THS, dessen Vorsitzender Tino Brandt bereits vor seiner Gründung, 1994, als V-Mann angeworben worden war.

Man ging selbstverständlich vorsichtig zu Werke, die Akten zu den V-Leuten wurden nicht vorschriftsmäßig geführt. Andreas Förster zitierte in der FR aus einem geheim eingestuften Bericht des BfV an den Generalbundesanwalt vom Dezember 2011, dass die »Werbungsdatei nicht alle tatsächlich durchgeführten Werbungsfälle« enthielt; »einige Fälle« seien schlicht »nicht in die Datei eingetragen worden«, während andere »aus operativen Gründen« herausgehalten worden seien. (*Geheimoperation in Thüringen*, FR 18.6.2012)

Was trotzdem vorhanden war, wurde zu vernichten versucht, als der »NSU« aufflog. Laut demselben BfV-Bericht wurden Fallakten aus den Jahren 1997 bis 2001 geschreddert, da sie »dienstlich nicht mehr notwendig waren«. Sieben dieser Fallakten betrafen die »Operation Rennsteig«.

Die *Rheinpfalz* berichtete am 29.6.2012: »Es war ein Freitag, an dem die Waffe dem Zwickauer Trio zugeordnet werden konnte, die an allen neun Tatorten im Spiel war. Und es war klar, dass nun die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen an sich ziehen werde. Tags darauf, an einem Samstag [die meisten anderen Artikel sagen fälschlicherweise am 11.11., das wäre ein Freitag] trat beim Verfassungsschutz der Reißwolf in Aktion. Darin verschwanden die Akten der *Operation Rennsteig*.... Die Behörde bietet nun großzügig an, die Akten zu rekonstruieren, die aus dem Verkehr zu ziehen sie es so eilig hatte. Wer rekonstruiert, hat jede Möglichkeit zu (ver-)fälschen.«

Mitte Juli wurde bekannt, dass am Sonntag, 13. November auf Weisung des Bundesinnenministeriums (!) nochmal Akten geschreddert worden waren.

Strategie der Spannung

Dass der THS eine verkappte staatliche Organisation war, sollte auf gar keinen Fall rauskommen. Das war die strategische Linie seit dem Auffliegen des »NSU« – alles drum rum war Ablenken, Vertuschen und Hinhalten. So bekam der Referatsleiter, der die Akten geschreddert hatte, ein Disziplinarverfahren – was für ihn die rechtliche Grundlage war, vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Aussage zu verweigern.

Inzwischen ist ein *NSULeak* online gestellt, in dem alle nachlesen können, wie dicht die verschiedenen staatlichen Dienststellen die Nazis beobachtet, bzw. ihnen zugearbeitet haben:

https://nsuleaks.wordpress.com/2012/07/13/erkenntnisse-lfv-thuringen-30-11-2011/#more-88

Das sind Dokumente der Polizei »Nur für den Dienstgebrauch«, die das als gemeinsame Verteidigungslinie zusammenstellen, was sowieso nicht mehr zu leugnen ist. Es fällt auf, dass die Datei mit dem ersten Mord aufhört, die einzigen beiden Einträge danach gehen nur um die angeblich erwogene

Ausreise nach Südafrika. Selbstverständlich ist es völlig unglaubwürdig, dass die Dienste bis dahin dermaßen detaillierte Daten haben, und ab da gar nichts mehr.

Zum *Verstehen* hilft Nachdenken oft mehr als Daten*leaks*, wie man zuweilen an der Kolumne von Mely Kiyak in der *Berliner Zeitung* sieht, sie schrieb dort z.B. am 14. Juli:

»Wer glaubt eigentlich ernsthaft daran, dass drei Menschen alleine Bundesländer betreten und verlassen haben, Autos gekauft, angemeldet, Waffen und Munition besorgt, Waffen benutzt und versteckt haben, Bomben gebaut, transportiert und gezündet, Wohnungen angemietet und aufgelöst, Wohnmobile gekauft und verkauft, Pässe besorgt, Identitäten getauscht haben, Banken überfallen und Geld versteckt, Hunderttausende von Euro erbeutet und ausgegeben, Opfer ausgekundschaftet, beobachtet, ausfindig gemacht, angetroffen, abgefangen und erschossen haben, Fotos von Opfern und Tatorten angefertigt, archiviert, zu einem Film geschnitten haben, Fahrräder von einem Bundesland ins nächste transportiert, das Aussehen nie verändert, Haushalte gegründet, geführt, Urlaube gemacht haben, 14 Jahre lang mal vom Verfassungsschutz beobachtet, mal nicht, angeblich kontaktlos und scheu, mordend, raubend und bombend so vor sich hin gemacht haben? Drei Einzeltäter. Wer glaubt das? – Wenn die drei dem NSU angehörten, dann gibt es diesen NSU noch. Dann handelt es sich um ein Netzwerk. Dann sind es viele Menschen, bestehend aus Informanten, Geldbeschaffern, Organisatoren, Mitwissern. Aus der Szene und in Behörden. ... Der Terror lebte nie im Untergrund.«

Haben wir einen besseren Begriff als »Strategie der Spannung« dafür, dass NSU-Mörder und Staatsapparat ideologisch (der Begriff »Dönermorde«), geheimdienstlich (»Operation Rennsteig«), polizeilich (Terrorisierung des »Umfelds«) und bewaffnet zusammenarbeiten? Dass sie damit Mißtrauen säen, »Bevölkerungsteile« gegeneinander ausspielen, Menschen ihre ökonomische Grundlage zerstören, sie in Todesangst versetzen und ihr soziales Umfeld vergiften?

Es ist offen- und aktenkundig, dass es kein systemweites »Versagen« gab, sondern dass Teile des Systems bis ins Bundesinnenministerium hinein mit voller Absicht finanziert, gedeckt und vertuscht haben. »(Der damalige hessische Innenminister und heutige Ministerpräsident) Bouffier habe die polizeiliche Ermittlungsarbeit im Fall Yozgat* schlichtweg behindert« sagte der Vorsitzende der Parlamentarischen Untersuchungskommission; und anders lässt sich nicht bezeichnen, was seit dem Auffliegen der drei Nazis im November passiert ist. (*Welt.online* vom 3.7.12) Die peinlichen und unangemessenen Reaktionen v.a. der Grünen Partei beim Bekanntwerden dieser Zusammenhänge zeigen, dass die »Parteiendemokratie« der nächste Puffer ist, sollten weitere Details bekannt werden und Minister zurücktreten müssen.

Parteiendemokratie lässt sich auch am EnBW-Skandal beobachten, wo ein System als Fehlverhalten von zwei Männern juristisch und parlamentarisch kleingearbeitet wird.

»He can kill Angela«

Ein Abschnitt des Artikels in der *Wildcat* 92 ging auf die grassierende Korruption in der BRD ein. Die »eine Hand wäscht die andere«-Mentalität, wie sie im Thüringer Verfassungsschutz medial ausgebreitet wurde, ist nur die Spitze des Eisbergs. Mit der Deregulierung der Finanzmärkte, der Privatisierungswelle, dem Ankauf »strukturierter Finanzprodukte« durch Kommunen, der Privatisierung der Altersvorsorge, usw. entstanden Milliardenvermögen in privater Hand (Maschmeyer ist ein bekanntes Beispiel). Diese Superreichen begannen sehr aktiv, sich Politiker und sogar Regierungen zu kaufen. In den Affären um den zurückgetretenen Präsidenten Wulff wurde ein Teil des »Hannover-Systems« bekannt, eine Mischung aus Versicherungswirtschaft, Immobilienspekulation, Rotlichtmilieu und Mafia, zu dem nicht nur Wulff, sondern auch Ex-Bundeskanzler Schröder beste Beziehungen unterhielten.

Genauso haben die großen *Public Private Partnership*-Projekte zu einem korrupten Geflecht aus Finanzbranche, Bauindustrie und Politik geführt (Roland Koch ist hier das bekannteste Beispiel).

Im Zusammenhang mit dem EnBW-Ankauf durch Mappus kam ein weiteres Geflecht zutage. Mappus und Notheis, der damalige Chef von *Morgan Stanley Deutschland* hatten diesen Deal gesetzwidrig und unter Ausschaltung des Parlaments durchgezogen. Sie waren alte Kumpel aus *Junge Union*-Zeiten. Notheis war zudem 2005 Wahlkampfhelfer und Spendensammler der CDU-Vorsitzenden Merkel und ihres Gehilfen Kauder gewesen. Das hatte sich für Notheis und seine Firma gelohnt. *Morgan Stanley* besorgte den Börsengang der Postbank, die Verstaatlichung der HRE und war an einer Reihe anderer Geschäfte mit dem Staat beteiligt, auch beim Versuch der Privatisierung der Bahn. Auch die Verfügbarkeit (und Erpressbarkeit?) der Bundeskanzlerin wird im SMS- und Mail-Verkehr von Notheis und Mappus sichtbar. »He can kill Angela with his troops«, schrieb Notheis an seinen französischen Kollegen, um Mappus' Bedeutung in der CDU zu zeigen.

* Im April 2006 wurde in Kassel Halit Yozgat in seinem Internetcafé ermordet. Zum Tatzeitpunkt war der Verfassungsschützer Andreas Temme anwesend, der kurz vor und nach dem Mord mit einem V-Mann aus der rechtsextremen Szene telefonierte. Als die Polizei versuchte, mehr über diesen V-Mann zu erfahren, wurden diese Ermittlungen vom Landesamt für Verfassungsschutz unterbunden, auch ein Tötungsdelikt sei kein ausreichender Grund, mehr über eine Quelle preiszugeben. 2007 stellte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen daraufhin ohne Ergebnis ein, obwohl in Temmes Wohnung Papiere neonazistischer Gruppierungen, Auszüge aus ›Mein Kampf‹ und Schriften zum Dritten Reich sowie vier Schusswaffen und Munition, die nicht zu den gefundenen Waffen gehörte, gefunden wurden. Und in seiner Dienststelle fand man ein Waffenreinigungsgerät, was nicht zur Dienstausrüstung zählte.
Als Ermittler darauf bestanden, weitere Zeugen in diesem Fall zu befragen, bekamen sie als Antwort vom heutigen hessischen Ministerpräsidenten: »Ich bitte um Verständnis dafür, dass die geplanten Fragen ... zu einer Erschwerung der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz führen würden.« (Brauner Terror – Blinder Staat – Die Spur des Nazi-Trios, ZDF-Sendung vom 26.6.2012)

Die enge Verflechtung von Merkel und Kauder mit dem Zirkel um Mappus und Notheis und die politische Korruption wird im EnBW-Skandal so gut wie nicht thematisiert oder recherchiert. Notheis musste zurücktreten, Mappus hatte eine Hausdurchsuchung, aber der Bank und der Partei wird kein Haar gekrümmt.

Auch die Linken müssen von dem chauvinistischen Ross runter, in der BRD herrsche der »Rechtsstaat«, in Russland Putins Geheimdienste, in Italien die Mafia und in der Türkei der »tiefe Staat«! Seit 15-20 Jahren hat sich in der BRD eine neue »Regulationsweise« herausgebildet, in der systematische Korruption, Überwachungsstaat, das Sich-unter-den-Nagel-Reißen von ehemaligem Staatseigentum und Mafia eine zentrale Rolle spielen. Dabei wurden faschistische Strukturen, die nie ganz ausgeschaltet, in den Jahrzehnten davor aber marginalisiert worden waren, durch den VS »in eine neue Form der staatlichen Verwaltung« überführt. Kampf gegen Faschismus macht nur Sinn, wenn er diese ganzen Strukturen aufs Korn nimmt.

Markus Mohr in *Vier Tage im August*, Standpunkte 12/2012; http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_12-2012_Web.pdf

Kurzkritik des AIB-Info Nr. 94 (Frühjahr 2012)

Antifa in Not! Innerhalb von wenigen Monaten sind mit dem »NSU« und den neuen Erkenntnissen zum Mord an Benno Ohnesorg zwei große Fälle bekannt geworden, in denen deutsche Sicherheitsbehörden nicht »versagt« haben, sondern Akteure waren. Beide Male wurde damit ein Jahrzehnt deutscher Geschichte geprägt (1967-1977 und 2001-2011). Zu beiden Fällen ist ein Interview mit Hans-Christian Ströbele im Heft, der sich allerdings extrem vorsichtig äußert.

Die Gruppe *Lobbi e.V.* aus Rostock setzt sich damit auseinander, warum sie den Mord in ihrer Stadt nicht als faschistischen Anschlag kapiert hatte. Sie sieht »das Problem im offenbar noch nicht ausreichend ausgeprägten Misstrauen gegenüber polizeilichen Aussagen« (S. 36 »Konsequenzen ziehen«). Aber die »Konsequenz«, die *Lobbi* am Ende ihres Artikels ziehen (»Nicht zuletzt ist die stärkere Beachtung der Opferperspektive nach rechten Gewalttaten, als politische Forderung an ermittelnde Behörden wie auch an Antirechtsinitiativen voranzutreiben« (S. 37) rennt im Kreis – wie das ganze Heft.

Im Editorial hatte man betont, die Vorgänge rund um den »NSU« stellten eine »schwerwiegende Zäsur« dar, das Heft wolle deshalb zu einer »politischen Bewertung« kommen. Das wird auch im Heft immer wieder betont, man entschuldigt sich schon fast bei den LeserInnen, dass man diesmal so »politisch« argumentiert. Die Leute sind wirklich bestürzt darüber, als Antifa in diesem Fall so versagt zu haben; sie sind aber unfähig, daraus politische Konsequenzen zu ziehen. – Und was einem Nicht-Antifa'ler ganz sauer aufstößt: Während sie sehr sorgsam mit Sprache umgehen in Bezug auf Genderproblematik und sprachimmanente Rassismen, übernehmen sie völlig unreflektiert die Bullensprache wie ein »Vorgang« sei »noch nicht ausermittelt« u.ä.

Im letzten Heft hatten wir behauptet, einige bürgerliche Interpretationen der »NSU-Affäre« seien radikaler als »die hilflose linke Kritik«. Warum ist das so? Warum strahlt das ZDF einen Beitrag zum »NSU« aus, der wesentlich kritischer ist als das, was die Antifa von sich gibt?

Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt es in der BRD keine ernsthafte Diskussion über den Staat im Staat – ziemlich irre angesichts der deutschen Geschichte und ihrer Kontinuitäten! Die Diskussion darüber ist dermaßen tabuisiert, dass die baden-württembergische Integrationsministerin Öney richtiggehend Abbitte leisten musste, weil sie in zwei Beiträgen nach dem Auffliegen der Mordserie davon gesprochen hatte, in der BRD gebe es, so wie auch in der Türkei, einen »tiefen Staat«.

Kann eine staatlich finanzierte Antifa sich aus strukturellen Gründen das vielleicht gar nicht vorstellen? Will sie sich gar nicht vorstellen, wie dieser Staat verfasst ist, und dass auch gegen ihn zu kämpfen ist?

Ein Beispiel wäre der neue VS-Präsident Hans-Georg Maaßen, ein typisch deutscher Bürokrat. Als die USA Murat Kurnaz nach Guantanamo verschleppt hatten, aber bald merkten, dass er mit Terror nichts zu tun hatte, war Maaßen Leiter des Referats »Ausländerrecht« im Bundesinnenministerium. Kurnaz war damals türkischer Staatsbürger mit unbegrenztem Aufenthaltsrecht in der BRD. Dieses verfällt aber, wenn man länger als sechs Monate außerhalb Deutschlands ist – Kurnaz saß in Guantanamo, und die sechs Monate waren abgelaufen. Das Kanzleramt entschied zusammen mit dem BND, die Einreise abzulehnen, und Maaßen lieferte die rechtliche Begründung dafür. Auch als er das 2007 vor dem BND Untersuchungsauschuss erklären musste, beharrte er auf der Rechtsstaalichkeit seiner Entscheidung: »Es handelt sich um ein Erlöschen kraft Gesetzes... Nicht entscheidend ist, ob der Auslandsaufenthalt freiwillig erfolgt«. Eine Auffassung von Recht und Gesetz, die sehr gut in die »tausendjährige« deutsche Tradition passt. Dass dieser Mann zum neuen VS-Präsidenten gemacht wurde, ist eine deutliche Ansage! Der »NSU« ist nicht tot. ■

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Neues aus der »Weißen Fabrik«

In den 80er Jahren sagten wir zum Krankenhaus »weiße Fabrik«, um die Veränderungen im Krankenhaussektor *und* die damaligen Kämpfe zu verstehen und eingreifen zu können.

Diese These zielte nicht »nur« auf die fließbandmäßige Abfertigung von Patientinnen ab, sondern auf eine »Produktion«, die unter einem zentralisierten Kommando die Arbeit von (de)zentralisierten Pflegeeinrichtungen, Kliniken und Stationen ausbeutet – aber gerade deswegen auch zum Ort von Kämpfen wurde! Heute werden die Fallpauschalen (DRG) als die Durchsetzung eben solch eines Kommandos diskutiert: vereinfacht ausgedrückt, zahlen die Krankenkasse feste Preise für bestimmte »Fälle«, nicht mehr wie früher die Liegetage im Krankenhaus. Das bringt die Kliniken dazu, ihre »Abläufe zu optimieren«: Auslagerung von Reinigungsdiensten, Schließung unrentabler Kliniken, Privatisierung von Häusern oder einzelnen profitablen Abteilungen, Rationalisierung von pflegerischen Tätigkeiten »am Bett«.

Dazu ausführlicher der Schwerpunkt in der *Wildcat* 67, besonders S.16ff, online unter http://www.wildcat-www.de/wildcat/67/w67weisse_Fabrik.htm

Siehe unter anderem:
Wildcat 67;
Express 5/2012 am Beispiel der Schweiz;
Dr. med Mabuse;
Eine neue »innere Landnahme« – wie öffentliche Krankenhäuser zu kapitalistischen Unternehmen werden, in: *Privatisierung von Krankenhäusern*, VSA Verlag 2009.

»Krankenhäuser mutieren zu Fabriken«...

... meint ein Artikel der aktuellen Nummer des *Dr. med. Mabuse, Zeitung für alle Gesundheitsberufe.* Einleitend stellt der Autor eine Steigerung der Krankenhausbehandlungen von 13 Prozent zwischen 2006 und 2011 fest – unter dem generellen Sparduck im Gesundheitswesen würden die Kliniken »in die Menge gehen«: jährlich werden ca. drei Prozent mehr Krankenhausleistungen abgerechnet, dreiviertel davon seien auf eine Steigerung der Fallzahlen zurückzuführen. Vor allem Behandlungen, die sich unter dem Fallpauschalensystem besonders gut abrechnen lassen, also – grob verallgemeinert – solche, bei denen der Maschineneinsatz die Handarbeit überwiegt, sowie intensiv-medizinische Behandlungen.

Diese aktuelle Beschreibung deckt sich mit den allgemeinen Entwicklungen im Krankenhaussektor: Seit unserer letzten ausführlicheren Bestandsaufnahme (siehe *Wildcat 67)* hat sich die Anzahl der privaten Krankenhäuser weiter erhöht, inzwischen machen sie fast ein Drittel aus und haben um die 17 Prozent der Betten (2000 waren es um die 20 Prozent der Häuser und knapp zehn Prozent der Betten). Seit Beginn der 1990er Jahre ist ein Viertel der Betten abgebaut worden – gleichzeitig ist die Verweildauer fast um die Hälfte gesunken, die Anzahl der stationären Fälle um 25 Prozent gestiegen, bei den ambulanten Eingriffen gab es gar Steigerungen von bis zu 200 Prozent.

Die »Experten des Gesundheitsmarktes« loben diese »Effizienzsteigerungen« und die Einführung der Fallpauschalen, die das erst möglich gemacht haben soll. Die meisten anderen reden angesichts der Rationalisierung der Arbeitsorganisation bis an die Bettdecke immer öfter von einer »Industrialisierung der Krankenhäuser«.

Diese »Industrialisierung« der Arbeit und die weitere Auslagerung der »Produktion« sind der Hintergrund für aktuelle Kämpfe in diesem Bereich:

»Unruhige Krankenhäuser«

... titelte das Forum *www.chefduzen.de* nach einer Demo in Kiel gegen die Kündigung von 1000 ArbeiterInnen der Service-Tochtergesellschaft ZSG der *Damp*-Krankenhausguppe. Die *Damp*-Gruppe war erst im März von der privaten Klinikkette *Helios* (*Fresenius*) geschluckt worden. In der Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag mit ver.di hatte *Helios* den ArbeiterInnen gekündigt. Anfang Juli kam es zu einer Einigung zwischen Helios und ver.di: 800 ZSG-Beschäftigte können während der Abwicklungsphase ihrer Gesellschaft in *neue regionale Helios-Servicegesellschaften* zu den bisherigen Konditionen (für 18 Monate!) wechseln. Die etwa 200 Mitarbeiter, die keinen neuen Job finden, können bis zu 18 Monate in einer von Helios finanzierten Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft unterkommen. Der Tarifvertrag für die 5600 ArbeiterInnen in Akut- und Rehakliniken richtet sich finanziell nach dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst vom Frühjahr. Aber nur an den Akutkliniken bekommt das Personal analog zum Tarifvertrag im öffentlichen Dienst ab August 2013 nochmals 1,4 Prozent mehr Geld, die ehemaligen ZSG-Beschäftigten sind von der Tariferhöhung ausgeschlossen!

Eine für die Entwicklung der letzten Jahrzehnte typische Auseinandersetzung: im Zuge einer Auslagerung und/oder weiteren Privatisierung versucht die Gewerkschaft einen Tarifvertrag durchzusetzen – der sich dann meist an den Spaltungen entlang hangelt, bzw. diese weiter zementiert. Mit

der Umstrukturierung der letzten 15 Jahre sind langsam zwei »Mauern« aufgebaut worden, die nur schwer wieder abzutragen sind: zum einen verallgemeinern sich die Kämpfe selten, und bleiben meist auf einen Betrieb beschränkt – nicht selten sogar auf einen ausgelagerten / privatisierten Bereich *innerhalb* eines Betriebes. Zweitens gelingt es nur selten, die enorme Arbeitsverdichtung zum Thema zu machen – dabei könnte dies genau der Hebel sein, um die »Betriebsgrenzen« zu sprengen. Die Wut z.B. der PflegerInnen verpufft mit dem Verfassen von sogenannten »Überlastungsanzeigen«, die meist folgenlos in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Bürokratie versacken.

Ver.di will mit der Kampagne »Der Druck muss raus« die Arbeitsbedingungen in den Kliniken thematisieren, mit phasenweise viel Propaganda und Medienrummel wurden kleinere Aktionen an den Kliniken gemacht – um dann doch davor zu kneifen, diese Arbeitsbedingungen mal wieder in einem Streik zum Thema zu machen, stattdessen wurde im Frühjahr schnell ein Tarifvertrag abgeschlossen (siehe dazu z. B. die Kritik im *Express* 4/2012).

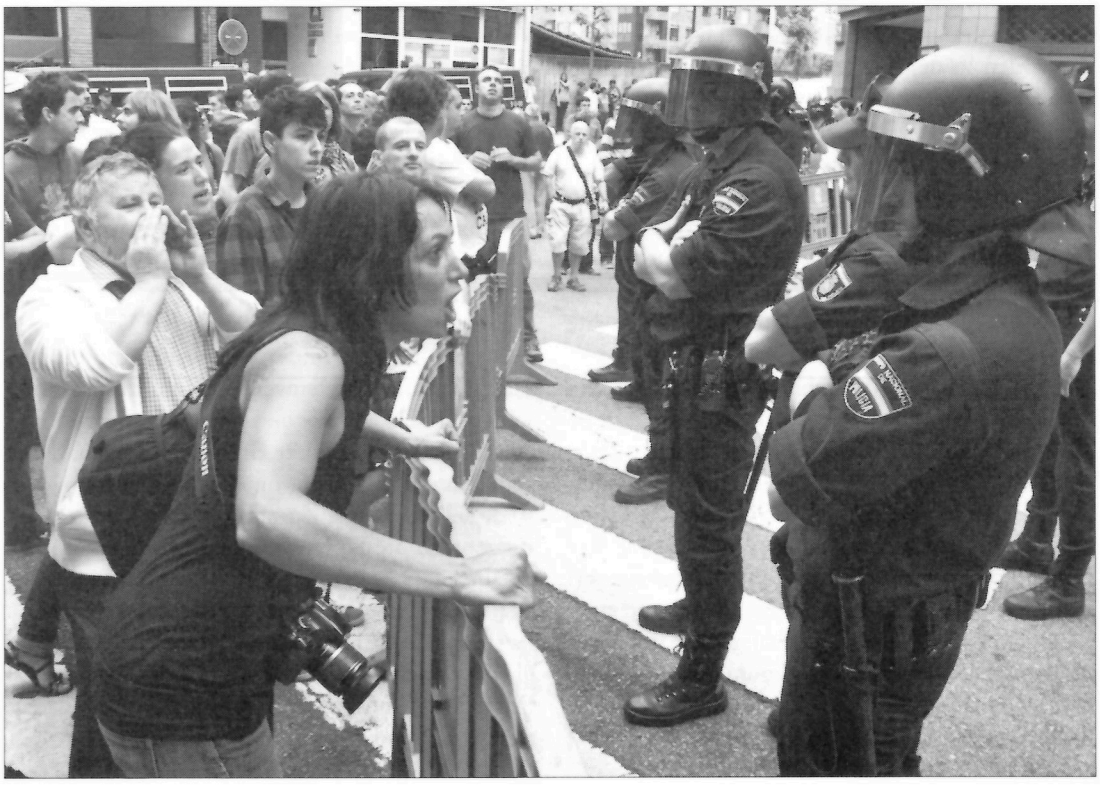
Seit einigen Jahren gibt es eine Mischung aus unabhängigen, aber auch links-gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, kleine Initiativen, manchmal Einzelpersonen, die über die beschriebenen »Mauern« schauen wollen: die Arbeitsbedingungen thematisieren, nicht in der (notwendigen) Gewerkschaftskritik stecken bleiben, sondern mit den KollegInnen die anstehenden Fragen diskutieren – um wieder Boden für längst notwendige Schritte wettzumachen.

Fast täglich kommt es irgendwo auf dem in den letzten Jahren entstandenen Flickenteppich Gesundheitswesen zu Auseinandersetzungen. Doch es ist nicht nur dem gewerkschaftlichen Co-Management geschuldet, dass es bislang noch nicht wieder für eine breitere Bewegung gelangt hat.

Das Interview in der beiliegenden Broschüre über die Unterschiede zwischen den 80er Jahren und heute spricht von »Verunsicherung und Angst« – aber vor allem davon, dass wir »mal wieder was ausprobieren müssten«!

Postscriptum

In Spanien organisieren die ArbeiterInnen an den Krankenhäuser den Widerstand gegen die Kürzungen im »Gesundheitswesen«: Anfang Juli trafen sich in einem Krankenhaus in Madrid ArbeiterInnen aus verschiedenen Kliniken und Gesundheitszentren der Stadt. Ein Thema waren die angedrohte Privatisierung und Auslagerung von Küchen, Werkstätten, den Wäschereien und anderen sogenannten » bettfernen« Bereichen – eine in Deutschland schon fast abgeschlossene Entwicklung. Noch im Juli sollten Aktionen und weitere Treffen in Kliniken und Gesundheitszentren stattfinden. ■



Niedriglohnsektor

Die Krisenpolitik hat die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Maloche extrem verschärft. Schon ab 2003 war die Leiharbeit als Form flexibler Arbeitsverhältnisse ausgebaut worden. Sie macht zwar weiterhin wenige Prozent aller Arbeitsverhältnisse aus, aber ihre Bedeutung als Druckmittel auf alle ist sehr groß. Bereits seit Ende der 90er Jahre wuchs der Niedriglohnsektor durch die Ausbreitung von Minijobs stark an. In der Krise hat er sich konsolidiert, die prekäre Beschäftigung wird stets ausgeweitet, umgeformt und angepasst. Die Stammbelegschaften werden dafür von Entlassungen bisher weitgehend verschont – allerdings ebenfalls um den Preis umfassender Flexibilisierung und Arbeitsverdichtung.

Leiharbeit

In der Krise wurden LeiharbeiterInnen als Puffer benutzt. Hunderttausende wurden nach dem Einbruch 2008 rausgeschmissen. Im folgenden »Aufschwung« wurden sie schnell in prekäre Billigjobs geschickt. Schon Ende 2010 gab es wieder so viele LeiharbeiterInnen wie 2007, im Juni 2011 waren es erstmals mehr als 900 000. Ein großer Teil aller seit 2009 neu entstandenen Jobs waren Leiharbeitsverhältnisse. Die Hälfte von ihnen dauerten nicht einmal drei Monate. 2009 hatten 28 Prozent der ArbeiterInnen unter 35 einen befristeten Job oder waren LeiharbeiterInnen, 2012 sind es bereits 32 Prozent.

Die Leute werden durch Arbeitsämter und Jobcenter in die Leiharbeit oder andere Billigjobs gedrängt. 2011 wurden neun Prozent mehr Sanktionen gegen ALGII-EmpfängerInnen verhängt als im Jahr zuvor. Außerdem wird es schwerer, mit ALGII über die Runden zu kommen. Die Hartz- IV-Sätze wurden in den letzten Jahren trotz steigender Preise nur um lächerliche Beträge erhöht, das Elterngeld im Zuge von Sparmaßnahmen gestrichen. Viele suchen sich Jobs, die vom Amt »aufgestockt« werden, so dass sie in der Kombination auf ein paar Euro mehr kommen. Ein Effekt dieser Praxis ist, dass die Höhe der Stundenlöhne dann eine untergeordnete Rolle spielt und diese immer weiter sinken.

Die Hälfte aller Vollzeit-Leiharbeiter musste 2010 mit weniger als 1419 Euro brutto auskommen. 1,3 Millionen Menschen müssen ihren Lohn mit ALGII aufstocken, davon arbeiten ungefähr 25 Prozent in Vollzeit, ca. 20 Prozent in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit (also über 400 Euro), die Übrigen in Minijobs. Die Situation im Osten ist dramatischer, dort stocken fünf Prozent ihre Löhne auf, im Westen 2,1 Prozent. Bemerkenswert ist, dass sich die Situation in Süddeutschland stark verändert und die Zahl der Aufstocker vor allem dort wächst. Der »Zwischenboom« wurde offensichtlich genutzt, um auch in ehemaligen »Hochlohn-Regionen« die Löhne zu senken (u.a. durch verstärkte Vergabe von Teilzeitstellen).

Der Niedriglohnsektor wird dementsprechend nicht kleiner. Rund acht Millionen Menschen (23,1 Prozent) arbeiten für weniger als 9,15 Euro die Stunde; rund 2,1 Millionen Menschen verdienen sogar unter sechs Euro. 86 Prozent der MinijobberInnen arbeiten für Niedriglöhne. Der Niedriglohnsektor spielt eine Vorreiterrolle bei der Ausdehnung der Arbeitszeit. Irgendwie muss der Lebenunterhalt ja zusammenkommen, daher arbeiten 900 000 GeringverdienerInnen mindestens 50 Stunden in der Woche. Eine Studie des DIW nennt als Beispiele Kraftfahrer, Lagerarbeiter und Leute in der Gastronomie. Im Durchschnitt arbeiten Geringverdiener mit voller Stelle 45 Stunden in der Woche, zwei Stunden mehr als andere.

Die Leiharbeit macht einen guten Teil des Niedriglohnsektors aus, im Durchschnitt werden hier niedrigere Löhne als anderswo bezahlt. Das Wachstum der Leiharbeit wird allerdings schwächer, nach vorläufigen Hochrechnungen macht es im Moment nur noch zehn Prozent des allgemeinen Jobwachstums aus. Einer der Gründe dafür ist der Mangel an geeigneten ArbeiterInnen, es wird zunehmend schwieriger für die Sklavenhändler, ihre Stellen zu besetzen. Der Anteil der Leiharbeit an den gemeldeten offenen Stellen lag zuletzt bei 35 Prozent.
Außerdem wird das Geschäft für die Verleiher durch den neuen Mindestlohn weniger profitabel. Hinzu kommen stufenweise eingeführte Lohnzuschläge in der Metall- und Chemieindustrie, die der DGB auch für andere Branchen anstrebt. Aber abgesehen davon, dass von »Equal Pay« keine Rede sein kann: die Zuschläge und auch die 4,3 Prozent für die Festangestellten wurden damit erkauft, dass Leiharbeiter und Azubis Manövriermasse bleiben. Leiharbeiter können weiterhin zwei Jahre im selben Betrieb arbeiten, bevor sie übernommen werden müssen. Azubis sollen »im Regelfall« unbefristet übernommen werden – aber nur im »Rahmen des Arbeitskräftebedarfs«.

Werkverträge und »Dienstleister«

Die Unternehmer versuchen auch, steigende Kosten und Regulierung für Leiharbeiter über andere Arbeitsverhältnisse zu umgehen, die als verdeckte Leiharbeit funktionieren. Auslagerungen gibt es schon seit Jahren in großem Umfang, aber viele Unternehmen haben im Kriseneinbruch und der Zeit danach erneut Abteilungen und Arbeitsschritte etwa per Werkvertrag an externe Unternehmen abgegeben. Diese »Dienstleister« werden für ein bestimmtes »Werk« beauftragt, also etwa das Ausladen einer bestimmten Zahl von Containern oder die Reinigung eines Gebäudes, und sie können dann wiederum ihren Leuten Löhne zahlen, für die nicht mal der Mindestlohn in der Leiharbeit gilt.

Dies wird mittlerweile in großem Umfang in Supermarktketten beim Regaleeinräumen praktiziert. Auch in großen Warenlagern, die tagsüber von den Festangestellten bestückt werden, machen nachts ArbeiterInnen externer Firmen genau dieselbe Arbeit zu niedrigeren Löhnen, ohne Nachtzuschläge und mit miserablen Arbeitsbedingungen. Allein im Einzelhandel sollen bereits 50 000 Beschäftigte betroffen sein, in der Nahrungsmittelindustrie sind nach Umfragen der NGG mehr als die Hälfte der ArbeiterInnen, die nicht zur Stammbelegschaft gehören, per Werkvertrag beschäftigt.

Auch bei Autokonzernen und -zulieferern wird auf diese Art zu viel schlechteren Bedingungen im selben Betrieb, zum Teil am selben Band gearbeitet, etwa bei BMW in Regensburg. Im Raum Ingolstadt sollen allein im Bereich der Elektro- und Metallindustrie bei Audi und Zulieferern mindestens 10-12 000 ArbeiterInnen mit Werk- oder Dienstleistungsverträgen beschäftigt sein. Der Umfang dieser Praxis kann jedoch kaum erfasst werden, da die Konzerne keine Angaben über solche vermeintlich unregelmässig anwesenden Dienstleister machen.

Dass die Gewerkschaften momentan verstärkt gegen »Werkverträge« schießen, muss man mit einer Prise Salz nehmen: sie lenken damit auch davon ab, dass sie die LeiharbeiterInnen mal wieder im Regen haben stehen lassen und schieben alles auf die »neuen« Tricks der Arbeitgeber – und das, wo sie Auslagerungen seit Jahren mindestens tolerieren, als Betriebsräte zum Teil sogar fördern.

Wenn BMW nun ankündigt, auf die Hälfte seiner LeiharbeiterInnen verzichten zu wollen, mögen zum einen solche Ausweichmanöver dahinterstecken. Zum anderen geht diese Entwicklung mit einer extremen Flexibilisierung und Arbeitsverdichtung für die Festangestellten einher. Die Arbeitszeitkonten werden auf 300 Stunden ausgedehnt. Damit werden die Stammbelegschaften immer mehr zu einer Arbeitskraft, die bei Produktionsrückgang nach Hause geschickt wird und im Aufschwung gnadenlos Überstunden machen muss. Die Bänder bei BMW sollen künftig in den Pausen nicht mehr angehalten werden – von anderen, weniger publik gemacht Formen der Arbeitsverdichtung ist auszugehen (siehe: *Krsie der Autogesellschaft* in diesem Heft).

Diese Flexibilität macht die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft aus. In der Krise konnten die ArbeiterInnen ad hoc und problemlos zum Abbau von Plusstunden nach Hause und später dann in Kurzarbeit geschickt werden. Im Zwischenboom konnten die Betriebe dann sofort durchstarten und die Produktion mit einer Geschwindigkeit hochfahren, die anderswo nicht möglich war. Die Flexibilisierung wird vor allem über die Betriebsräte durchgesetzt, die in der BRD stärker und fester verankert sind als in anderen Ländern. Das zeigt sich deutlich an der Tatsache, dass in Betrieben mit Betriebsrat Arbeitszeitkonten häufiger vorkommen als in solchen ohne Betriebsrat.

Studie von Hartmut Seifert, s. *Böckler Impuls*, Ausgabe 06/2012

Deregulierung in der EU

Der deutsche Standard übt schon über die Konkurrenz Druck auf die anderen EU-Länder aus, die Lohnkosten zu senken und die Ausbeutung zu verschärfen. Dazu kommt noch die an »Rettungspakete« geknüpfte Bedingung, zu sparen und zu reformieren. In mehreren Ländern sind Arbeitszeitkonten ausgedehnt und die Möglichkeiten für Überstunden erweitert worden, auch »atypische« Arbeitsverhältnisse werden gefördert, vor allem, indem die Regelungen für Befristungen gelockert werden. Neue Arbeitsverträge werden eingeführt und bieten weniger Schutz, etwa ein »Jugendvertrag« in Griechenland. Kündigungen und Massenentlassungen werden einfacher gemacht, die Gewerkschaften geschwächt, Tarifverhandlungen dezentralisiert.

Viele dieser Maßnahmen werden vermeintlich als vorübergehende Krisenpolitik eingeführt, aber ihre Umwandlungen in dauerhafte Regelungen ist schon im Gespräch. Die Art und Weise ihrer Durchsetzung per Dekret, Memorandum, am Parlament vorbei lässt auf die Krise der Demokratie schließen. Ein Paper des europäischen Gewerkschaftsinstituts fasst zusammen: »Ein wiederkehrendes Merkmal dieser Arbeitsrechtsreformen und Flexibilisierung ist die explosionsartige Zunahme der Ungleichheit und Unsicherheit in fast allen betroffenen Ländern.« ■

Stefan Clauwaert / Isabelle Schömann: Arbeitsrechtsreformen in Krisenzeiten – eine Bestandsaufnahme in Europa – Working Paper 2012.04 des Europäisches Gewerkschaftsinstituts

Mursis Zeitbombe

Ägypten nach den Wahlen

was bisher geschah

Der Wahlkampf um das Präsidentenamt wurde als Showdown zwischen dem Kandidaten des regierenden Militärrates (SCAF) und dem Kandidaten der Moslembrüderpartei (FJP) inszeniert. Die Wahlbeteiligung von zehn Prozent sagt einiges über die Haltung großer Teile der Bevölkerung aus. Gleichzeitig kam es zu einer neuen Protest- und Streikwelle; das *Egyptian Centre for Economic and Social Rights* stellt 38 Protesten in der ersten fast 120 größere Proteste in der zweiten Junihälfte entgegen. Für die Proteste gebe es neben »betrieblichen Forderungen« viele weitere Gründe: Stromabschaltungen, die Forderung, dass Gefangene freigelassen und die Verantwortlichen für die staatlichen Morde während der Revolte bestraft werden, Umweltverschmutzung und Unregelmäßigkeiten bei Uniprüfungen.

Wie bei jeder Protestwelle seit letztem Sommer hoffen viele Linke auf eine »zweite« (oder »dritte«) Revolution; nach den Unruhen im Dezember und Januar ruhte die Hoffnung auf einer Revolution der Hungrigen, bzw. »der Ultras«, diesmal auf einer Revolution der Arbeiter, die sich gegen die Illusion der demokratischen Wahlen und den neuen islamistischen Präsidenten wendet.

Die Protestwellen zeigen vor allem, dass es zwar eine nicht zu unterschätzende Konstanz des direkten und breit getragenen sozialen und politischen Protestes gibt, dieser aber von den aktuellen politischen und ökonomischen Entwicklungen bestimmt wird. Mursi hat einen »100-Tage-Plan« verkündet, der zeigt, wo sich die Muslimbruderschaft Loyalitäten sichern will, z. B. im Bereich der »Sicherheit«: die Polizei soll weiter aufgerüstet und besser bezahlt werden. Gleichzeitig setzt Mursi auf eine Aufwertung von Nachbarschaftskomitees, sofern sie mit der Polizei bei der Bekämpfung von »Kriminalität« zusammenarbeiten. Auch die Korruption innerhalb der staatlichen Verwaltung soll bekämpft werden, vor allem aber die verzweifelte »Selbsthilfe« von Armen, wie etwa die zunehmenden Angriffe von bewaffneten Patienten und Angehörigen auf Krankenhauspersonal, wenn dieses Geld für die Behandlung verlangt. Wie die Nachbarschaftskomitees sollen die bislang informellen Strukturen der Müllsammler anerkannt und damit offiziell zum zweiten Standbein der Müllentsorgung werden. Sie werden von NGOs vertreten, die zumeist von religiösen Stiftungen getragen werden und durch Kreditvergabe die Gründung genossenschaftlicher, aber auch privatwirtschaftlicher Kleinunternehmen forcieren. Die Müllsammler von Kairo haben in den letzten Jahren immer wieder durch Straßenproteste auf sich aufmerksam gemacht.

Die Entscheidung über die ökonomisch und politisch brisantesten Punkte hat der neue Präsident bislang verschoben: Die Zukunft der staatlichen Subventionierung von Energie und Brot. Um dringend benötigte Kredite vom IWF oder anderen, islamischen, Finanzinstitutionen zu bekommen, wird er diese Subventionen stark einschränken müssen. Bislang stellt er die Probleme bei der Versorgung allerdings als Probleme der Verteilung dar und verspricht eine bessere Kontrolle. Auch hier sollen NGOs als Aufsicht eingesetzt werden, außerdem werden Strafen angedroht und höhere Löhne als Prämie versprochen.

Im Kern ist die Strategie der Muslimbruderschaft also, die »konstruktiven Teile« der protestierenden Zivilgesellschaft in Entscheidungen einzubeziehen, ohne dass sie die Rahmenbedingungen bestimmen können.

Eine vergleichbare Strategie in Hinblick auf die Proteste in den Fabriken und Betrieben fehlt bislang – dort wird eher das Gegenteil zu erwarten sein. Von der in der Zeit der Illegalität geforderten Gewerkschaftsfreiheit ist die MB-Führung mittlerweile abgerückt und vertritt nunmehr die rechtliche Durchsetzung einer Einheitsgewerkschaft. Damit steht sie gar nicht in Opposition zu allen Teilen der unabhängigen Gewerkschaftsopposition, für die einzig die Frage zählt, wer die Macht in einem neuen (oder dem alten) Gewerkschaftsdachverband ausübt. Joel Beinin weist darauf hin, dass die »unabhängige« Gewerkschaftsbewegung erstens tief gespalten ist und sich zweitens kaum in dem Maße auf Basisstrukturen stützen kann, wie sie dies nach außen hin beansprucht. Ihre Führung setzt vor allem auf eine stärkere institutionelle Verankerung, deshalb haben einige ihrer Vertreter für das Parlament kandidiert oder machen »Runde Tische« mit dem Militärrat.

Der Knackpunkt für die neue Regierung wird sein, ob sie mit ihrem Versuch Erfolg hat, Aktivisten in letztlich bedeutungslose – zivilgesellschaftliche – Verwaltungsorgane einzubinden. Funktionieren könnte das allerdings nur in Verbindung mit einer zumindest partiellen materiellen Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen. Geld hat die Regierung jedoch keines, trotz Zusagen vor von allem saudischer Seite, Gelder für Kredite oder Investitionen bereitzustellen. Ihre »islamic loans« sind in der Öffentlichkeit nicht so negativ besetzt wie Kredite des IWF. Die zunehmenden Proteste vor der saudischen Botschaft gegen das Gebaren saudischer Investoren zeigen jedoch die Kurzlebigkeit der islamischen Ideologie. ■

Ein Beispiel für das Dilemma der Regierung ist die Situation der staatlichen Textilfabriken in Mahalla: Diese Fabriken sind maschinell auf die Verarbeitung von langfaseriger Baumwolle spezialisiert, wie sie traditionell in Ägypten wächst. Durch Abschaffung von Importzöllen und Hilfen für die Bauern geht der Anbau dieser Baumwolle seit Jahren zurück und wird durch importierte billigere Baumwolle u.a. aus den USA verdrängt. Um diese kurzfaserige Baumwolle zu verarbeiten, müsste der komplette (30 bis 40 Jahre alte) Maschinenpark in Mahalla erneuert werden. Privatinvestitionen wird es nur geben, wenn umfassend rationalisiert und entlassen würde, das lässt sich momentan aber nicht durchsetzen. Ohne solche Investitionen und ohne Rohstoffe bleiben die Fabriken stehen: Im Juli standen sieben von neun Fabriken des Kombinats still; die Arbeiter wiederum verlangen jetzt mehr Geld (und eine Verbesserung der Sozialleistungen). Ein Streik von den 25 000 Arbeitern in Mahalla im Juli hat so vor allem enorme symbolische Bedeutung gehabt.

Kein Interesse, außer dem zu atmen

Das vorliegende Buch des anarchistischen Ethnologen David Graeber wurde begeistert von der FAZ, der FT und anderen prokapitalistischen Zeitungen besprochen. Es fragt sich, warum das eigentlich so ist, denn aus jeder Zeile spricht Graebers Feindschaft gegen den Kapitalismus oder wenigstens gegen die ihn nach seiner Wahrnehmung umgebende Gesellschaftsordnung, was vielleicht nicht ganz dasselbe ist.

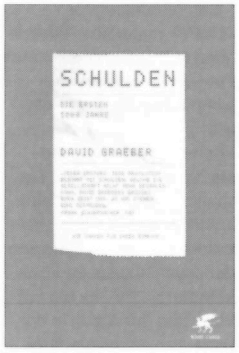
Ein Grund könnte sein, dass Graeber sich zur Urheberschaft an der Parole »Wir sind die 99 Prozent« bekennt. Natürlich lassen sich die tatsächlichen Praktiken, die die »Occupy-Bewegung« ausmachen, nicht so leicht abtun oder einer einzigen »Politik« zuordnen, aber um die tatsächlichen Praktiken geht es den Kommentatoren, die die im Namen von »Occupy« abgegebenen öffentlichen Statements wie auch Graebers Buch ernsthaft zu analysieren versuchen, auch gar nicht. Diese Journalisten – oder wenigstens einige von ihnen – sind keine Idioten. Technisch wissen sie über die Schuldenkrise Bescheid, also können sie die mit den »Schulden« verbundenen Widersprüche, das alle Grenzen sprengende Ausmaß der »Krise« und die damit verbundene soziale Konfrontation kaum ignorieren. Vielmehr bieten die Erklärungen von *Occupy* und das Buch von Graeber – auf jeweils etwas unterschiedliche Art – den Experten eine unwiderstehliche Gelegenheit, beliebig viel über soziale Widersprüche und Krise zu reden, ohne jemals Produktion, Arbeit oder Klasse zu erwähnen. Es ist leicht für die kapitalistischen Medien, darüber zu reden, dass der Kapitalismus nicht »nachhaltig« sei, wenn sie dabei alles ausblenden können, was spezifisch für das Kapital als solches ist.

All das hilft vielleicht verstehen, warum Graeber bei den professionellen Erklärern so beliebt ist, aber es macht ihn nicht verantwortlich für das, was sie sagen. Was *Schulden. Die ersten 5.000 Jahre* teilweise bedenklich macht, ist nicht die Zustimmung, auf die das Buch bei »reformistischen« Kolumnisten stößt, sondern dass seine radikalsten »antikapitalistischen« Momente einen »Kommunismus« beschwören, der sich kaum von der »Community« (Gemeinde) unterscheidet, d.h. der aktuellen Lieblingsbegründung für die polizeiliche Kontrolle der Gesellschaft, die der Autor ganz ehrlich hasst.

Der immaterielle Graeber

Es geht Graeber nicht um sektierisches Punktesammeln. Er will die ganze westliche politische Ökonomie beiseitefegen und durch etwas anderes ersetzen. So fragt er am Ende einer überzeugenden Widerlegung des »Mythos vom Tauschhandel« im Allgemeinen und bei Adam Smith im Besonderen ganz nebenbei, warum spätere Ökonomen diesen Mythos nicht einfach ebenso fallengelassen hätten wie andere offensichtlich peinliche Teile von Smiths Denken, z.B. *die Arbeitswerttheorie*. Dieser Einzeiler bekommt mehrere ethnographische und althistorische Kapitel lang erstmal Zeit, sich zu setzen, bevor der Autor bestätigt, dass er das wirklich ernst meint und auch belegen will. Aber dabei geht es dann gar nicht mehr um das Verhältnis der Arbeit zu Schulden, Geld oder Wert. Stattdessen greift Graeber das gesamte materialistische Kategoriengerüst an, innerhalb dessen so etwas wie eine »Arbeitswerttheorie« überhaupt entstehen konnte.

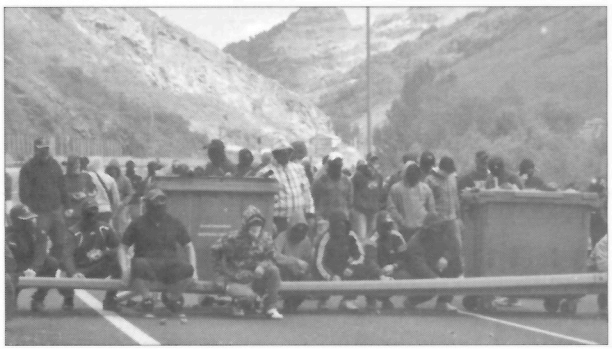
Der stärkste Teil des Buchs ist eine zwei Kapitel lange Beschreibung der reziproken Bestimmung von Formen von Geld, Staat und Religion/Ideologie in Asien, Europa und Teilen von Afrika zwischen 800 v. Chr. und 1450 n. Chr., d. h. zwischen der »Achsenzeit«[1] und dem »Mittelalter«. Die Behandlung der ökonomischen Formierung der Kultur und der kulturellen Artikulation von Ökonomien in diesem Abschnitt kommt dicht an die beste materialistische Geschichtsschreibung heran. Allerdings ließe sich Graeber nicht gern als Materialisten bezeichnen, und damit hätte er recht. Zum einen versteht er seit der Zeit vor 800 v. Chr. bis heute unter Wirtschaft fast ausschließlich den Austausch oder die Zirkulation. Zum anderen unterwirft Graeber seinen aufmerksamen Blick auf soziale Details völlig einer einzigen überhistorischen



David Graeber
Schulden.
Die ersten 5.000 Jahre
Klett-Cotta 2012
536 Seiten | 26,95 Euro
Originalausgabe:
Debt. The First 5,000 Years.
Melville House 2011

Diese Rezension für *Wildcat* wurde schon vor Erscheinen der deutschen Ausgabe auf Englisch verfasst. Für die deutsche Version haben wir die entsprechenden Zitate und auch die Übersetzung der wichtigen Begriffe aus der deutschen Ausgabe des Buches herausgesucht. Leider funktionieren dabei nicht alle Wortspiele wie im Originaltext, den ihr auf unserer Website nachlesen könnt.

[1] Der Philosoph Karl Jaspers bezeichnet so in seinem »Vom Ursprung und Ziel der Geschichte« (1949) den Zeitraum von 800-200 v. Chr. [Anm. d. Übers.]



Struktur, in der »historische Zyklen« überall für einen ständigen Wechsel zwischen persönlichen »Kredit«- und unpersönlichen »Münz«-Ökonomien (bzw. -Zirkulationssystemen) sorgen. In diesem Zusammenhang reduziert Graeber den »Materialismus« auf die ideologische Komponente der »Münz-Ökonomien«, was an die umgangssprachliche Bedeutung des Wortes in Zeitungspredigten erinnert: »Materialismus« als überzogene Fixierung auf bloße Waren oder einfach »Gier«. Wie in: »Bankster / Gangsta-Rapper / *wir* westlichen Konsumenten sind *oberflächlich und materialistisch* und müssen wieder geistige / gemeinschaftliche Werte beigebracht bekommen.« Im Gegensatz zu den professionellen und Amateur-Ideologen, die so etwas tatsächlich sagen, predigt Graeber nicht die spirituelle Erneuerung als *Ersatz* für die Befriedigung materieller Bedürfnisse. Aber er spricht sich ganz klar gegen den »Materialismus« im »vulgären« Sinne aus, auf den er das Wort reduziert: Er empfindet überhaupt keine Sympathie für das elementare Prinzip, *dass proletarische Gier gut ist*.[2]

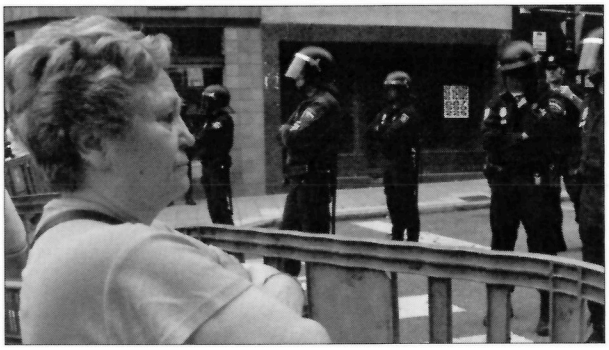
Das bloß atmende Interesse

Genauso verkürzt ist Graebers Begriff des »Interesses« oder der »Interessen«. Graeber beginnt mit dem »Eigeninteresse« bei Hobbes, macht eine Anmerkung zur Etymologie vom (römischen Rechtsbegriff) *interesse* zum *interest* (Zins) an einer Schuld und bleibt danach bei einer derart engen Definition, dass noch nicht einmal ein Vertreter einer Theorie der Angebotsökonomie oder rationaler Märkte widersprechen würde. Das »Selbst« ist strikt ein einzelnes Individuum ohne widersprüchliche Begierden und äußere Bindungen. Das »Interesse« unterliegt weder Schmerz und Lust noch Zerstörung und Bewahrung, sondern bedeutet strikt »Streben nach fortgesetztem Gewinn«.

Damit will Graeber beweisen, dass die in einer Tradition von Hobbes bis zu den heutigen Ökonometrikern »Eigeninteresse« genannte persönliche Kosten-Nutzen-Rechnung nicht im Entferntesten dem Gewirr von Bedürfnissen, Impulsen und Einschränkungen ähnele, das die soziale Interaktion der Menschen in Wirklichkeit bestimme. Das ist ja richtig, aber überhaupt kein Grund, subjektive (einschließlich kollektive) Interessen überhaupt nach dem Schema von Hobbes oder der Chicago School auf Gewinn- und Verlustrechnungen von Individuen zu reduzieren. Ein paar Seiten später heißt es, Adam Smith habe »die Rolle von Güte *und* Bosheit im Wirtschaftsleben« (S. 353) ignoriert. Einer Sphäre von engem, konkurrenzorientiertem, individuellem »Interesse« wird also einfach eine interessenlose Sphäre gegenübergestellt, die den ganzen Rest der persönlichen Moral enthält.

Graeber merkt an, Hobbes habe in seinem 1651 erschienen *Leviathan* das »Interesse« aus der Buchführung in die Sozialphilosophie übernommen, dies sei aber keineswegs eine »Eröffnungssalve« gewesen. Tatsächlich war das Wort Mitte des 17. Jahrhunderts fester Bestandteil des englischen politischen Vokabulars und gehörte ganz klar zur Ideologie der Besitzenden, hatte aber nicht nur die enge Bedeutung einer »Gebühr für die späte Rückzahlung eines Kredits«. Vielmehr behaupteten die Landbesitzer unter Vorwegnahme eines Arguments, das bis ins 19. Jahrhundert hinein immer wieder gegen die Abpressung von Zugeständnissen vorgebracht wurde, ihr *Interesse am Land [country]* – gegen die willkürliche Macht des Königs ebenso wie gegen den unnützen landlosen Pöbel. »Interesse« ist hier im heutigen finanziellen ebenso wie umgangssprachlichen Sinne von *Risiko* zu verstehen, wobei der letztere sich vom ersteren ableitet. Wer Eigentum an Land und/oder Handelskapital hat, für den steht im politischen Kurs des Staates etwas *auf dem Spiel*, der hat etwas zu verlieren und somit ein Recht, bei der Regierung mitzureden. Diese Doktrin, die so viel zur politischen Legitimität der Bourgeoisie beitrug, enthielt gleichzeitig schon den Keim zu ihrer Überwindung. Der Widerspruch bricht auf, als bei den *Putney Debates* von 1647 (vier Jahre vor dem *Leviathan*), wo für einen Moment mehr als eine einzige Zukunft greifbar nahe schien, Oliver Cromwell das Wort ergriff: »Wo gibt es noch Grenze oder ein Maß«, fragte er, wenn die Wahlen auch »Männern geöffnet werden, die *kein Interesse haben, außer dem zu atmen*«?[3] Das

[2] Die Verachtung für »bloße« materielle Befriedigung teilt Graeber mit vielen Post-Situationisten und einigen (wenngleich nicht allen) Theoretikern der »Kommunisierung«, die ebenfalls meinen, jede Revolution müsse zuerst eine anthropologische sein: eine kollektive Selbstheilung von der psychologischen »Entfremdung«, bei der die Entfremdung der Arbeit in der Ware sich als sekundärer Effekt von allein auflösen würde. Eine der besten Antworten auf diese Art von Denken hat schon vor langem ein satter bourgeoiser Professor gegeben, und zwar fast 30 Jahre bevor die kulturelle »Befreiung« als Antwort auf »die Ereignisse von 1968« zum ersten Mal in materielle Einschnitte verpackt wurde. »Zart wäre einzig das Gröbste: dass keiner mehr hungern soll.« Nur »einer Menschheit, welche Not nicht mehr kennt, dämmert gar etwas von dem Wahnhaften, Vergeblichen all der Veranstaltungen, welche bis dahin getroffen wurden, um der Not zu entgehen, und welche die Not mit dem Reichtum erweitert reproduzierten.« (T.W. Adorno, »Sur l'Eau«, *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt a.M. 1951, S. 295 ff.)



»Interesse zu atmen« ist keine ironische Redewendung: jede erfolgreiche bürgerliche Macht seit 1640 hat wie Cromwells Generäle das *Interesse am bloßen Atmen* ernst genug genommen, um ihm mit einer Mischung aus Repression, Spaltung und präventiver Korruption zu begegnen.

Auf Interessen zu schauen, ist auch nicht pessimistisch. Graeber ist ein erklärter Feind der »Unpersönlichkeit«, die er in der Geschichte immer wieder in Episoden von »Münzökonomie« auffindet, bis sie zum wesentlichen Merkmal von »kapitalistischen Imperien« werde. Ihm entgeht dabei aber völlig, dass die Unpersönlichkeit der Interessen – und der von ihnen konstituierten Klassen – die einzige Möglichkeit darstellt, den Krieg zwischen den Klassen zu überwinden, selbst wenn die Tiefe der miteinander im Konflikt stehenden Abhängigkeiten den Versuch sehr traumatisch macht. Ein Subjekt *gehört nicht* in dem Sinne zu seinen Interessen, wie man (so lange der Aberglaube anhält) glaubt, eine Person gehöre zu Identitätskategorien: Verwandschaft, Kaste, feudaler Stellung, Nationalität, psychologischem Profil usw. Ein Interesse verrät eher ein *Verhältnis*, eine Situation, als ein angeborenes persönliches Merkmal. Und als solches lässt es sich, anders als persönliche Eigenschaften, *verändern*, verwerfen oder – um es in der den Interessen oft übergestülpten Sprache der Identität zu sagen – *verraten*.

Ein kollektives Interesse ist auf ganz andere Weise möglich als eine kollektive Identität, denn ein Interesse bedingt die beteiligten Körper nicht vollständig: Es beschreibt *ein* gemeinsames Verhältnis zur gesellschaftlichen Totalität und lässt alle anderen Widersprüche weiter wüten. Solidarität in einem kollektiven Interesse muss sich gegen die widersprüchlichen Interessen *derselben* Subjekte durchsetzen, wenn sie nicht von den Widersprüchen aufgerieben werden soll (wie z.B. in einem Streik, der wegen der unmittelbaren Lebensgefahr für die Streikenden in einer Niederlage endet). *Selbstverrat* für ein kollektives oder ein erweitertes kollektives Selbstinteresse kann vorübergehend (wie beim »Waffenstillstand zwischen den Gangs«, über den letztes Jahr während der Riots in London berichtet wurde) oder überhaupt langsam und ungleichmäßig stattfinden und lässt sich immer wieder rückgängig machen (wie in den harten Klassenbildungsprozessen in der ganzen Geschichte). Seine verallgemeinerte, irreversible Form war bisher noch nicht zu sehen: Marx nannte sie die Selbstaufhebung des Proletariats.

Die Akkumulation der Armut

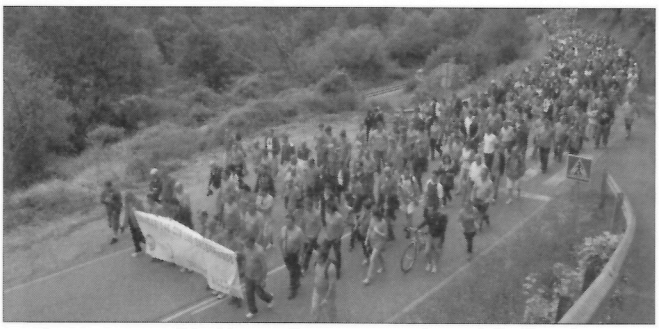
Den »kapitalistischen Imperien« ist ein eigenes Kapital gegen Ende des Buches gewidmet. Nach einem etwas beliebigen »Beginn der Entwicklung« (S. 363), dem Jahr 1700, sei zwar wirklich etwas Neues passiert, aber letztlich habe es sich dabei höchstens um eine radikale Neuzusammensetzung von Elementen früherer »historischer Zyklen« gehandelt.

»In der Entstehungszeit des modernen Kapitalismus [stoßen wir] auf einen gigantischen Finanzapparat von Kredit und Schulden, der in der Praxis dazu dient, aus fast allen Menschen, die mit ihm in Berührung kommen, mehr und mehr Arbeitskraft[4] herauszupumpen und damit eine unendlich anwachsende Menge materieller Güter zu produzieren.« (S. 363f.) Die Auspressung von Arbeit wird also als sekundäre Folge des »aus Krediten und Schulden bestehenden Finanzapparats« hingestellt, während es sich beim Inhalt der »Kredite und Schulden« wohl um etwas anderes handeln muss, selbst wenn der Sammelapparat ein ungeheures Maß an Plackerei aus den Verschuldeten herauspresst. Dann gibt es die »unendlich anwachsende Menge materieller Güter«: nicht unbedingt falsch, aber in dieser Formulierung hört sich das eher nach einem Überfluss von Konsumartikeln als nach der Akkumulation von toter Arbeit zum Zwecke erneuter Investitionen an.

Graeber verortet die »Ursprünge des Kapitalismus« in einer Geschichte, die davon handelt, »wie eine auf dem Kredit beruhende Wirtschaftsordnung in eine auf den Zinsen beruhende Wirtschaftsordnung verwandelt wurde. Es ist eher eine Geschichte der Verwandlung moralischer Netzwerke durch die Einmischung der unpersönlichen und

[3] Bei den *Putney Debates* im Rat der Parlamentsarmee handelt es sich um eine Reihe von Debatten über die Zukunft von England, die im Anschluss an den ersten Bürgerkrieg geführt wurden. Einer der zentralen Streitpunkte war die Frage des Wahlrechts. Während für die Fraktion um Cromwell der Besitz von ortsgebundenem Eigentum die Voraussetzung für das Wahlrecht eines Mannes war, forderten u.a. die Leveller als Kriterium den bloßen Besitz an der eigenen Arbeitskraft (und ein Mindesteinkommen). Schlussendlich setzte Cromwell seine Position mithilfe von Gewalt durch.
Vgl. Christopher Hill, God's Englishman, 1970.

[4] Tatsächlich schreibt Graeber »labour«, also »Arbeit«, was in diesem Fall deutlich näher an Marx ist als die irreführende Übersetzung »Arbeitskraft«. »Arbeitskraft« kann man nicht aus Menschen herauspumpen. Ob und inwieweit die Kapitalisten aus der »Arbeitskraft« der ArbeiterInnen tatsächlich »Arbeit« herauspumpen können, ist wiederum die zentrale Frage des Klassenkampfs im Kapitalismus. [Anm. d. Übers.]



oft rachsüchtigen Staatsmacht.« (S. 350) Die Schlüsselwörter lauten hier »unpersönlich« und »Einmischung«, wobei dies hier weniger eine einfache Ablösung als vielmehr eine *Übernahme* bedeuten soll: Wenn die Unpersönlichkeit, die bisher mit einfachen Geldgeschäften verbunden war, zeitlich ebenso elastisch wird und unter neuen militärisch-staatlichen Formen eine ebenso große gesellschaftlich bindende Kraft *annimmt*, wie sie bisher persönlich haftenden »moralischen Netzwerken« zugeschrieben wurde, dann fliegen die historischen Zyklen von der Achse.

Niemand wird Graeber widersprechen, wenn er behauptet, dass der Finanzapparat zeitlich der voll ausgebildeten industriellen Warenproduktion vorausging. Es überrascht höchstens, dass er diese Abfolge für ein »eigentümliches Paradox« und einen Widerspruch zur »herkömmlichen Theorie« hält. Denn: »Wir sind geneigt, die Fabriken und Werkstätten als die ›Realwirtschaft‹ und den Rest als Überbau zu betrachten, der auf diesen grundlegenden Bauteilen errichtet wurde. Doch wie kann es sein, dass der Überbau zuerst da war? Ist es möglich, dass die Träume des Systems seinen Körper hervorbrachten?« (S. 363) Nachdem er vorher jede Erwähnung der kapitalistischen *Produktion* als dummen Dualismus zwischen Basis und Überbau karikiert hat, legt er hier eine erschreckend vereinfachende Geschichtstheorie vor: Wenn der Finanzapparat vor den anderen mit dem »Kapitalismus« verbundenen Erscheinungen entstehe, dann müsse ihr Wesen schon in ihm enthalten sein.

Tatsächlich gibt sich Graeber beinahe selbst schon eine Antwort auf sein Pseudo-Paradox: In seiner Darstellung von Fortbestand und Transformation der »vorkapitalistischen« Gesellschaftsformen durch die Jahrhunderte beschreibt er viele Elemente eben der historischen Dialektik, die er in seiner Theorie verwirft, z. B. den Beitrag eines vorhandenen »Apparats« zur Entstehung einer Produktionsweise, die diesen »Apparat« selbst verändert und sich chaotisch unterwirft. So geht eine brillante Darstellung der historischen Wechselwirkung zwischen Lohnarbeit und moderner Sklaverei (»weil die meisten Techniken der wissenschaftlichen Betriebsführung, die in der Industriellen Revolution in den Fabriken eingeführt wurden, ihren Ursprung auf eben diesen Zuckerpflanzungen hatten«, S. 370) in eine Spekulation über eine abstraktes »Nahverhältnis« über: Sowohl Lohnarbeit als auch Sklaverei seien »grundsätzlich unpersönlich«. Dieses »Nahverhältnis« täuscht aber vollkommen. Während man die Lohnarbeit *theoretisch* »unpersönlich« nennen kann, lässt sich das über die Kaufsklaverei nur im Zusammenhang mit dem Sklaven*markt* behaupten. Der Sklave oder die Sklavin ist eine fungible[5] Ware mit einem Geldäquivalent – wie eine Stunde der Arbeitskraft jedes anderen Menschen – in einem Prozess, in dem sie *en gros* eingekauft, verschifft, *en détail* verkauft und später weiterverkauft wird. Aber das Verhältnis zwischen der Arbeitssklavin und dem Eigentümer, der ihr einen Namen gibt oder auch nicht, sie ernährt oder auch nicht, ihr ein Dach über dem Kopf gibt oder auch nicht, sie vergewaltigt oder tötet oder auch nicht, ist streng *persönlich*: die absoluten juristischen Rechte des Besitzers an der Person des Sklaven beziehen sich nicht auf die Sklavin eines anderen, und ebenso wenig hat irgendjemand anderes dieselben Rechte an dieser bestimmten Sklavin. Erst recht nicht könnte natürlich eine Sklavin, die gefoltert oder freigelassen werden soll, ihren Platz mit einer anderen tauschen. Die rechtlichen und logischen Konsequenzen der Sklaverei als einer Funktion persönlicher Identität bringt Mark Twains Roman *Knallkopf Wilson* auf den Punkt.

Tatsächlich ist die Kaufsklaverei die perfekte Verkörperung eines der zwei Merkmale der »humanen Ökonomien«, für Graeber das Gegenteil der »kommerzielle[n] Ökonomien – Marktwirtschaften, würden wir heute sagen«. Diese »humanen Ökonomien« »häufen in erster Linie nicht Wohlstand an, sondern kümmern sich darum, die Welt der Menschen zu schaffen, zu zerstören und neu zu ordnen.« (S. 138) Nicht alle Punkte dieser Liste treffen auf die Plantagen der amerikanischen Südstaaten und der kolonialen Karibik zu, denn sie häuften natürlich sehr wohl Reichtum an (bis er aus ihnen auszubluten begann), aber hinsichtlich ihrer direkten Praxis der »Erschaffung, Vernichtung

[5] Fungiblität bezeichnet die Austauschbarkeit eines Gutes oder einer Ware. Wenn ein Gut fungibel ist, kann es durch ein anderes »gleichwertiges« ersetzt werden.

und Umschichtung« von lebenden, *persönlichen* Körpern sind sie ein leuchtendes Beispiel der »Menschlichkeit«.

Graeber benutzt aber nicht das einschränkende Wort »direkt«; er scheint einfach zu glauben, dass es einige Ökonomien gibt, die »Menschen erschaffen, vernichten und umschichten«, während es irgendwo anders irgendwelche anderen gibt, die das nicht tun. (Und nicht zu vergessen: diese anderen sollen heute die Norm sein.) Was die Nicht-Akkumulation des Reichtums angeht, fällt auf, dass in Graebers sämtlichen Beispielen für menschliche Ökonomien – auf der Grundlage von Jahrhunderten ethnologischer und historischer Forschung – die Akkumulation von *Armut* zum Vorschein kommt. Daher möchte ich hier noch mal einen Allgemeinplatz wiederholen: Der Versuch, die Akkumulation in ihrer gegenwärtigen Form, d. h. in der Form des Kapitals, abzuschaffen, bedeutet nicht unbedingt die Ablehnung der *gesellschaftlichen* Akkumulation von Gebrauchswerten oder materiellem »Reichtum«. Auch wenn einige Leute die gesellschaftliche Akkumulation ablehnen und gerne im Zelt schlafen: Sie sollten vorsichtig mit ihren Wünschen sein, speziell mit ihren Wünschen für andere.

Verhaltenskommunismus

Graeber ist nicht automatisch ein Befürworter jeder Ökonomie, die er als »human« einordnet: Schon bei der Einführung des Begriffs gibt er zu, dass einige dieser Systeme »ziemlich menschlich, andere außerordentlich brutal« (S. 137f.) sind. Vielmehr scheint er die Merkmale einer »humanen Ökonomie« für eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung jeder wünschenswerten Form von gesellschaftlichem Leben zu halten. An der letzten Stelle im Buch, an der von »menschlichen Ökonomien« die Rede ist, wird als »typisch« gesehen, dass sie auf »einem Ehrencodex, auf Vertrauen, auf Gemeinsinn und gegenseitiger Hilfe« (S. 404) beruhen; diese Elemente langfristiger Interaktion zwischen miteinander bekannten Individuen sind auch wesentliche Bestandteile des informellen »Kommunismus« und schließlich der »Liebe«, die Graeber gern davor retten würde, auf »Zahlen« oder eine »Schuldenethik« reduziert zu werden.

Andererseits sind Graebers Attacken auf die strafende »Moral aus dem Schuldverhältnis« oft viel stärker als viele umständliche Ausführungen auf der Basis orthodoxer materialistischer Theorien des Kapitals. In einer scheinbar beiläufigen Bemerkung über die Verschuldung von Studierenden zeigt Graeber, dass am Ende des fürchterlichen »Fairness«-Fetischs der Bau von Gefängnissen steht. Erst recht stellt er sich gegen den Konsens, dass man »Schulden zurückzahlen muss«, wenn er die perverse Idee zurückweist, jemand könnte Schulden bei »der Gesellschaft« haben – ein Spruch, der wirtschaftliche Strafe und Strafjustiz zusammenbringt – oder, ganz ähnlich, »wir« hätten Schulden bei »der Natur«. Graeber findet genau die richtigen Worte: »Was könnte anmaßender oder lächerlicher sein, als zu glauben, man könnte mit den Grundlagen des eigenen Daseins verhandeln?« (S. 406) Er beschließt das Buch mit einer etwas zaghaften Verteidigung der »untüchtigen Armen« (»zumindest schaden sie niemandem«, S. 409) im Abschnitt mit dem Titel *Vielleicht [?!] schuldet uns die Welt tatsächlich ein Leben*. Hier ist er politisch völlig konsequent und ihm ist uneingeschränkt zuzustimmen. Meine Kritik soll vielmehr die wichtigen Wahrheiten, die sich durch das Buch ziehen, *verteidigen* – gegen ihre Einverleibung in eine kommunitäre Version des »Kommunismus« oder eine Welt, in der lokale »Netzwerke«, die auf »Ehrgefühl« beruhen, rohe mathematische Schulden durch radikal persönliche ewige Bande ersetzen.

Graeber verwendet das Wort »Gemeinschaft« (community) nur sehr sparsam. Er macht keinen Hehl aus dem patriarchalen und Zwangscharakter bestimmter menschlicher/gemeinschaftlicher Ökonomien, sondern macht auf diese Aspekte aufmerksam, wo sie vorkommen, um seine Argumentation von einer bestimmten Art von unkritischem, romantischen Primitivismus abzuheben. Aber ob er es so nennt oder nicht: So etwas wie »Gemeinschaft« ist die *Vorbedingung* für fast jeden im Buch als hoffnungsvoll oder erstrebenswert hingestellten Fall von »kommunistischer« sozialer Interaktion.

So wie Graeber den Begriff »Kommunismus« benutzt, bezieht er sich weder auf eine hypothetische Gesellschaftsstruktur noch auf irgendeine »wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt«. Vielmehr meint er damit eine »zugrundeliegende« Gewohnheit geselliger, kooperativer persönlicher Interaktion einschließlich unmittelbarem Teilen von materiellen Dingen (Arbeitswerkzeugen, einem Dorffest usw.) von Angesicht zu Angesicht. Dieses *Fundament des menschlichen Zusammenlebens*, das »Gesellschaft möglich macht« (S. 102) wird überlagert von ebenso überhistorischen Strukturen des »Tauschs« (der sich über »Unpersönlichkeit« und »Äquivalenz« definiert, als ginge das eine nicht ohne das andere) und der »Hierarchie« (in der »formelle Gleichheit« und »Gegenseitigkeit« nicht existieren und auf die die Katastrophen der Identität bequem verdrängt werden). Diese »grundlegenden« Elemente des gesellschaftlichen Lebens sind scheinbar ewig oder ziehen sich wenigstens durch 5000 Jahre hindurch, aber das Verhältnis zwischen ihnen wird als etwas veränderliches behandelt. Auch wenn das Buch keine

konkreten Vorschläge machen will[6], wird schon früh eine grobe politische Fragestellung deutlich: Wie lässt sich die Rolle, die der »elementare Kommunismus« im gesellschaftlichen Leben spielt, ausweiten und dadurch Tausch und Hierarchie soweit wie möglich verdrängen?

Aber diese Frage lässt sich eben nicht beantworten, da sich *Verhaltens*kommunismus oder Kommunitarismus per Definition nicht ausweiten lässt. Als einziges Beispiel für »kommunistisches« Verhalten zwischen *Fremden* erwähnt Graeber, dass man einem Passanten auf dessen Bitte Feuer oder eine Zigarette gibt. Selbst hier – und »elementarer« geht es wohl nicht – ist ein direkter persönlicher Kontakt nötig. »In großen, unpersönlichen städtischen Gemeinschaften geht solch ein Standard vielleicht nicht weiter als um Feuer zu bitten oder nach dem Weg zu fragen. Das erscheint als nicht viel, aber es legt den Grundstein für umfassendere gesellschaftliche Beziehungen.[7] In kleineren, weniger unpersönlichen Gemeinschaften – besonders solchen ohne soziale Klassenunterschiede – wird diese Logik noch viel breiter angewendet: zum Beispiel ist es oft praktisch unmöglich, die Bitte nicht nur um Tabak, sondern auch um Nahrung abzuschlagen – manchmal selbst die Bitte eines Fremden, ganz sicher aber die Bitte eines jeden, der als Mitglied der Gemeinschaft gilt.« (S. 104) Mit anderen Worten: je intimer die Gemeinschaft, desto kommunistischer das Verhalten. Dauerhafte persönliche Bekanntschaft wird mehrfach als Vorbeugung gegen Ausbeutung ins Feld geführt; höfliche anonyme Begegnungen gehören zur Welt des Geldes, der Sklaverei und des Krieges.

Mikroökonomischer Fundamentalismus von unten

Graeber gibt kein programmatisches Statement über die dauerhafte interpersonelle Intimität als Bedingung für den »Kommunismus« ab, sondern präsentiert einfach eine Reihe von wertenden Beispielen. Trotzdem hält er hartnäckig an dieser Prämisse fest. Graeber hätte etwas über die Ausweitung des »Kommunismus« auf eine überlokale – und damit notwendigerweise unpersönliche – Ebene schreiben können, wenn er die Frage für sinnvoll gehalten hätte. Aber sobald es nicht um die Zyklen der Vergangenheit, sondern um die Eventualitäten der Zukunft geht, verbietet Graebers mikroökonomischer Fundamentalismus »von unten« jeden überpersönlichen Standpunkt. Für ihn bedeutet ein größerer Maßstab einfach eine Menge von Beziehungen zwischen Individuen, keine andere Perspektive ist menschlich genug.

Von Anfang an definiert Graeber als »elementaren Kommunismus« die Annahme »jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen«. Solche rhetorischen Anleihen sind ja in Ordnung, aber irgendwie haut es einen um, wie er hier die Bedeutung dieses Slogans trivialisiert, wie es nicht mehr um die totale gesellschaftliche Umwälzung, sondern um *Verhaltensänderungen* in persönlichen Begegnungen geht.

Die Macht der Individuen, darüber zu entscheiden, ob sie etwas nehmen oder geben – je nach Fähigkeiten, Bedürfnissen oder sonstwie –, ist und bleibt objektiv erbärmlich – bis ganz nach oben zum allerreichsten wohltätigen Spender. Wenn die Logik von »Bedürfnissen und Fähigkeiten« jemals die Logik der Kapitalrendite überwinden soll, dann muss sie sich global, d.h. weit über den Bereich freundlicher Geselligkeit hinaus, und kollektiv, d.h. *unpersönlich* durchsetzen.

■

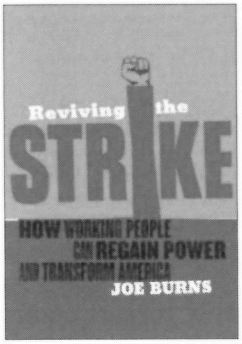
[6] Die einzige Ausnahme ist ein Aufruf für einen totalen Schuldenerlass (»jubilee«) im Einklang mit ähnlichen, wenn auch politisch anders begründeten Forderungen von Michael Hudson und Autoren aus dem Umfeld der *Midnight Notes* und später *The Commoner*. Graeber hat ein gespaltenes Verhältnis zu den *Midnight Notes*. In seiner Darstellung des nichtentlohnten Bestandteils des Kapitals bedient er sich ausgiebig bei dem Buch von Peter Linebaugh und anderen (nicht in der Literaturliste erwähnten) Arbeiten des Kollektivs, aber eine polemische Fußnote watscht sie für ihre »ökonomistische« Fixiertheit auf die Reproduktion der Arbeitskraft ab, ohne zu bemerken, dass sie im Gegensatz zu ihm über eine spezifische Charakteristik des Kapitals sprechen.

[7] »Nach dem Weg fragen« bezieht sich nicht auf einen zweiten Fall von Kommunismus zwischen Fremden, sondern auf einen Vorfall, bei dem Nuer-Hirten im südlichen Sudan dem Ethnologen E.E. Evans-Pritchard auf die Frage nach dem Weg eine falsche Auskunft gaben – aus dem guten Grund, dass er ein Agent der britischen Regierung war.

Wer kriegt den Vogel?*

Linksgewerkschaftliche Debatten in den USA

Die Proteste in Wisconsin im Frühjahr 2011 und das partielle Zusammenkommen der Occupy-Bewegung mit Streiks vor allem in Kalifornien letzten Herbst haben ein neues »linkes Interesse« an Arbeiterkämpfen hervorgerufen. Vor diesem Hintergrund besprachen verschiedene linke Zeitschriften in den USA das Ende 2011 erschienene Buch »Reviving the Strike« von Joe Burns sehr wohlwollend. Ein Anlass für uns, einen Blick auf die darin dokumentierte linksgewerkschaftliche Debatte zu werfen.



Joe Burns:
Reviving the Strike: How Working People Can Regain Power and Transform America.
New York: IG Publishing, 2011

Zur Person:
Joe Burns, »Gewerkschaftselternhaus«, Collegestudium, in den 90ern Krankenhausangestellter, Präsident eines *union local*. Nach Abschluss eines Jurastudiums in den späten 90ern Verhandlungsführer verschiedener Gewerkschaften und Rechtsanwalt. Neben publizistischer Tätigkeit für *Labor Notes* und *In These Times* versucht er an seinem Wohnort (Minnesota) in regelmäßigen Diskussionskreisen eine Debatte unter linken Gewerkschaftsaktivisten von IWW, Worker Centers und Angehörigen der AFL-CIO-Gewerkschaften zu initiieren und damit die Debatten »von der Uni zu den Arbeitern zu bringen«.

Mit *organizing march* wurde der vor allem von den United Mine Workers betriebene massenhafte Einsatz von (oft kommunistischen) Organizern in den großen Industrien bezeichnet.

*»Wer bekommt den Vogel, der Jäger oder der Hund??« John L. Lewis, Präsident der United Mine Workers und später des CIO, zu den kommunistischen Organizern im CIO.

Burns' Buch ist weniger eine politische Analyse der vergangenen und aktuellen Epochen des Klassenkampfes als ein pädagogisch aufbereitetes Handbuch für den engagierten Gewerkschafter. Dem Autor geht es um die Wiederbelebung alter Traditionen der amerikanischen Arbeiterbewegung: Den *wirklichen* Streik und die Solidarität. Er will keine Kopie alter Kämpfe propagieren, sondern den Blick für mögliche Antworten auf alte Probleme öffnen. Mit »Arbeiterbewegung« meint er die Gewerkschaften, vor allem AFL und CIO, neben wohlwollend erwähnten heroischen Randerscheinungen wie IWW und Kommunisten. Burns stellt abschnittsweise unterschiedliche Aspekte der Hoch-Zeit der US-Gewerkschaften ab den 30er Jahren dem desaströsen Bild der heutigen Gewerkschaften entgegen. Das Buch schließt mit der Darstellung einiger in seinen Augen hoffnungsvoller Ansätze von Arbeiterkämpfen der letzten 25 Jahre.

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Bedingungen und Grenzen der »spontanen« Militanz von ArbeiterInnen und ihrer auch von den Gewerkschaften betriebenen Unterdrückung vermeidet er jedoch. Inhaltlich setzt er »*labor*«, »*labor movement*« und »*union / unionists*« gleich. Daher verwundert die durchweg positive Resonanz auf das Buch auch in linksradikalen Zeitschriften wie dem »*Industrial Worker*« der IWW umso mehr.

Burns sieht einen engen Zusammenhang zwischen der historischen Kampferfahrung von Millionen ArbeiterInnen und ihrem damaligen Alltagsbewusstsein, dass ernsthafte Streiks als Mittel legitim und sinnvoll sind, ihren Lebensstandard in Form von Löhnen und sozialer Absicherung zu heben.

Am prägnantesten drückt sich das bei ihm in der Kontrastierung zweier Zahlen aus: Während 1952 den Unternehmern ca. 49 Millionen Arbeitstage durch Streik verloren gingen, waren es 2008 nur noch zwei Millionen. Dagegen sind die durchschnittlichen wöchentlichen Reallöhne zwischen 1972 und 2006 von 314 auf 274 Dollar gefallen und die Sozialsysteme für viele zusammengebrochen. In den 80ern war dieses Alltagsbewusstsein verschwunden; die meisten Gewerkschafter vergaßen das alte Wissen von der »Ökonomie des Produktionsstopps« und wandten sich einer managementorientierten Sichtweise von der Arbeitskraft als Ware zu, deren Verkauf man zurückhalten kann, um den Preis, also den Lohn, zu erhöhen. Ähnlich wie die AFL-Gewerkschaften in der Großen Depression sind die heutigen Gewerkschaften aber ohne ernsthafte Streikposten und Blockaden nicht mehr in der Lage, zu verhindern, dass die Arbeitskraft ihrer eigenen Klientel durch schlechter gestellte Arbeiter (MigrantInnen z.B.) ersetzt wird. Die Streiks wurden zahnlos. Die Verbetrieblichung der Tarifpolitik steht für einen Verlust von »Solidarität«: Statt der Organisation ganzer Industriezweige, um die Löhne anzugleichen, handelt heute jedes *Local* eigene Tarife aus. Diese Schwäche hat die Gewerkschaften in der Privatwirtschaft nahezu verschwinden lassen. Gewerkschaften, so Burns, sind heute überwiegend im Öffentlichen Dienst relevant, wo sie sich ihren Einfluss letztlich durch Schmiergeldzahlungen sichern können. Statt jedoch die Frage anzugehen, *warum* sich diese neue Ideologie durchgesetzt hat, führt Burns der Leserin im nächsten Kapitel die taktischen Neuerungen vor Augen, welche die Arbeiterbewegung in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts entwickelt hat, etwa den *Sit-down-Streik*, d.h. eine Besetzung des Arbeitsplatzes von innen und die massenhafte Absperrung des Betriebes von außen, oder industrieweite Solidaritätsstreiks.

Stichwortartig tauchen bei ihm mehrere Ereignisse auf, die symptomatisch für den Übergang vom betrieblichen Streik zum lokalen Generalstreik und Aufruhr Anfang der 30er Jahre waren: der *Minneapolis Teamsters Streik*, der Hafenarbeiterstreik an der Westküste, der *Auto-Lite* Streik in Toledo und der große nationale Textilarbeiterstreik. Sie fanden alle 1934 statt, zwei Jahre vor dem *organizing march* der bis 1936 in der AFL organisierten Gewerkschaften. Burns weist damit (implizit) die falsche linksgewerkschaftliche Prämisse eines kausalen Zusammenhangs zwischen gewerkschaftlicher Organisierung und Widerstand zurück.

Anschließend stellt Burns dar, wie ab 1935 mit dem *National Labor Relation Act* (NLRA) die (juristische) »Ächtung der Solidarität und der Niedergang des Streiks« begann. Die so begonnene Illegalisierung von Solidaritätsaktionen und allen Formen effektiven Streiks wurde durch den *Taft Hartley Act* von 1947 und weitere Gesetze bis in die 80er besiegelt. Dieses juristische Korsett bot den Unternehmern eine effektives System zur Kontrolle über die Arbeit, aus dem laut Burns legal kein Weg heraus führt. Inmitten seitenlanger Erörterungen von Gerichtsentscheidungen und »erbitterten Debatten« um Parlamentsabstimmungen finden sich einige wenige Sätze, die deutlich machen, dass auch ihm klar ist, dass der Niedergang der Arbeiterkämpfe nicht allein durch die juristische Ächtung erklärt werden kann – vor allem, da alle wichtigen Kampfformen auch schon vor dem NLRA illegal waren. Burns kommt nicht umhin, zu konstatieren, dass die Gewerkschaften in dem Prozess ihrer institutionellen Konsolidierung selber während der Laufzeit von Tarifverträgen bereitwillig Streiks ächteten.

Diese drei Sätze verpuffen allerdings gedanklich folgenlos – Kalkül? Der Pragmatiker Burns verschiebt die Geschichte der Massenmilitanz - die er auch nur in ihren Organisationen wie IWW und CP fassen kann, nicht als Alltagsmilitanz – in eine Vorgeschichte der CIO.

Die Konflikte in den Fabriken drehten sich zu der Zeit nicht nur um Löhne, sondern waren zuallererst Konflikte um die Intensität der Arbeit – die Geschwindigkeit des Bandes, das Arbeitspensum, mit dem der Lohn verbunden war usw. Auch diesen Teil des »Deals« – Lohnerhöhungen gegen Durchsetzung des Produktivitätsprimats – verschweigt Burns. Unausgesprochen vertritt er die Position, dass sich die Klasse in letztlich bürokratischen Gewerkschaften organisieren *muss*, um sich einen Teil des Kuchens zu sichern. Damit dreht er die vom »labor-historian« *Jeremy Brecher* (den er bei der Darstellung konkreter Kämpfe häufig zitiert) sehr pointiert vertretene Sichtweise komplett um. Der verwies auf mehrlei: Die fast religiöse Hoffnung vieler Arbeiter Anfang der 30er Jahre in den *New Deal* F. D. Roosevelts, der die gesetzliche Privilegierung der Gewerkschaften unter staatlicher Aufsicht beinhaltete; ihr massenhaftes Eintreten in die Gewerkschaften in der Hoffnung, dass diese quasi staatlichen Organe nun den Weg zur Besserung der Verhältnisse bedeuten würden; die aktive Unterdrückung ihrer Kämpfe durch eben diese Gewerkschaften und ihre z. T. erbitterten Kämpfe *gegen* die Gewerkschaften, ohne jedoch letztlich den Weg daraus zu finden.

James P. Cannon, ehemaliger Militanter der IWW und ab den 20er Jahren einer der führenden Trotzkisten der USA, sah die Tragödie des amerikanischen Klassenkampfes der 30er und 40er Jahre an diesen Punkten ähnlich. Für ihn hatte sich nach der Oktoberrevolution die Möglichkeit einer Revolution aufgetan: sie *und* der Aufstieg der Großindustrie habe ab den 20er Jahren die Frage der Eroberung der Staatsmacht auf die Tagesordnung gesetzt. Diesen beiden Herausforderungen habe sich allerdings auch die IWW als Organisation mit ihrer apolitischen, aber nicht antistaatlichen Haltung entzogen. Ihre in den abgeschlossenen *Laborcamps* der Holzindustrie und an ähnlichen Orten erfolgreiche Strategie, über eine kompromisslose Haltung von Individuen Kämpfe zu entfachen, sei den Herausforderungen von großindustriellen Fabrikkomplexen und der mit dem Staat verbundenen Macht der Fabrikherren nicht mehr gewachsen gewesen; sie habe die historische Chance verstreichen lassen, weil sie sich weigerte, sich als das zu betrachten, was sie Cannons Meinung nach eigentlich war: die bolschewistische Organisation par excellence. Damit habe sie ihre Aktivisten in den Großfabriken den Bürokraten in der Kommunistischen Partei überlassen.

Weniger als seine Antwort ist seine Frage interessant: Wie kann sich aus der spontanen Organisierung in den Betrieben eine gesellschaftliche Revolution entwickeln? Die damals vorherrschende Vorstellung ging den Weg über die Staatsmacht. Dieser Weg ist nicht nur in den USA obsolet geworden. Welches Verhältnis haben heute Bewegungen von ArbeiterInnen zur Staatsmacht? Gibt es nur die Burns'schen Alternativen »Zivilgesellschaft« und »Trade-Unionism«, wobei den Gewerkschaften die Rolle zufällt, Druck auf den Staat auszuüben, ohne ihn abzuschaffen?

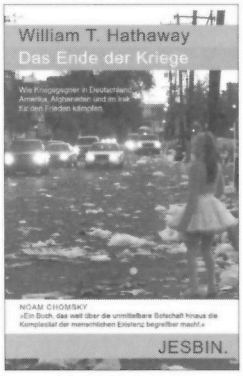
In seinem Ausblick zeigt sich seine (links-)gewerkschaftliche Beschränkung: Zwar charakterisiert er den »Tag ohne Immigranten« am Ersten Mai 2006 als den »wichtigsten Streik der letzten Dekade«, aber statt sich die Organisationsformen der beteiligten ArbeiterInnen (Landarbeiterinnen, ArbeiterInnen in der Lebensmittelindustrie und Trucker in den Häfen) anzuschauen, reduziert er den Tag auf einen Protest gegen die Verschärfung der Einwanderungsgesetze, der quasi als Kollateralschaden einen Stillstand vieler Produktionsbereiche hervorgerufen habe. Wichtiger sind ihm fünf richtungsweisende gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe der letzten 25 Jahre (nicht zufällig *Abwehr*kämpfe), denen er jeweils innovative taktische Ideen und Lernprozesse zuordnet (obwohl nur einer für die Belegschaft mit einem gewissen Erfolg und zwei im Fiasko geendet sind). Sein Buch endet so sentimental, wie es rhetorisch kämpferisch gestartet ist – beim »*Spirit*« von Wisconsin. ■

Jeremy Brecher: Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1877-1970. Frankfurt 1975

»Das Ende der Kriege«

Die Geschichte vom Putzmann haben wir dem Buch von William T. Hathaway entnommen, US-*Special-Forces*-Kriegsveteran, Friedensaktivist und aktuell Dozent an der Uni Bremen. Es erzählt 15 Geschichten über Frauen und Männer, die auf sehr unterschiedliche Weise die US-Kriegsmaschinerie bekämpfen. Deutsche PazifistInnen befreien einen US-Soldaten aus den Klauen der Army und bringen ihn über die Grenze nach Schweden. Ein Ex-Straßenkämpfer und Vietnam-Veteran zieht nach Jahren politischer Abstinenz nun nachts los und zerstört systematisch Militär-LKW. Eine entschiedene Pazifistin glaubt, als Militärgeistliche der Sache am besten dienen zu können. Eine kleine Organisation hilft speziell weiblichen Soldaten bei der Desertion und der Bewältigung ihrer Vergewaltigungserfahrungen. *Grannies for Peace* kämpfen gegen die Anwerbebüros... Man muss nicht alle Ansätze oder Lösungswege sympathisch finden, manche vielleicht sogar für etwas naiv halten. Das Buch erlaubt jedenfalls den Blick über den Tellerrand der Linken hinaus auf ein breites Spektrum von AktivistInnen verschiedenster Herkunft, die sich zum Teil ziemlich militant und mit ihrer ganzen Existenz dem Kampf gegen den Krieg widmen.

Hathaway selbst sucht nach den »Wurzeln der Gewalt« in Patriarchat und Imperialismus. Seine persönlichen Gewalterfahrungen konnte er durch Transzendentale Meditation aufarbeiten, in die er auch große Hoffnungen setzt, um den Stress im »kollektiven Bewusstsein« aufzulösen und Kriege zu beenden. Bei alldem vergisst er allerdings nie, wo der Feind steht.



William T. Hathaway
Das Ende der Kriege
Aus dem Amerikanischen von Melanie Tönies und Daniela Rommel.
Oldenburg 2011 (Jesbin), 14,90 Euro

Auszüge sind veröffentlicht auf http://www.jesbin.de/Buecher.html#panel-4.

W. T. Hathaway ist Kriegsveteran der US *Special Forces* und Friedensaktivist, jetzt wegen des *Patriot-Acts* im deutschen Exil. Er war Gastprofessor für Amerikanistik an den Universitäten Bonn und Oldenburg. Sein erstes Buch, *A World of Hurt*, erhielt für seine kritische Darstellung des US-Militärs den *Rinehart Foundation Award*. Weitere Infos: http://www.peacewriter.org

Der Putzmann und sein Transformator

Einer meiner ehemaligen Studenten arbeitete nach seinem Universitätsabschluss als Marktforscher und Werbekaufmann. Aber die Arbeit machte ihm keinen Spaß, er konnte mit dieser Welt nichts anfangen. Er hasste seine Position – und den Gedanken, Karriere zu machen, hasste er noch mehr.

Heute arbeitet er als Reinigungskraft und fühlt sich gut dabei. Er wird in Ruhe gelassen, hat wenig Stress - und was er tut, verbessert die Welt anstatt ihr zu schaden. Der Lohn ist niedrig, aber das ist heute überall so. Er liebt Musik, also lädt er seine Songs auf den MP3-Player und geht beschwingt seinen Arbeiten nach. Obwohl seine Tätigkeit viel Routine bedeutet, gibt es immer wieder nette Abwechslungen: benutzte Kondome im Mülleimer der leitenden Angestellten, Reste eines Joints auf der Feuertreppe, ein Zwanzig-Dollar-Schein unter einem Schreibtisch. Seine Schicht geht von 18 Uhr bis 2 Uhr – danach stürzt er sich ins Nachtleben. Er arbeitet für eine Hausmeisteragentur, und einer der Kunden ist ein Zulieferer der Rüstungsindustrie – keine Waffenproduktion, sondern normaler Nachschub.

Der Mann ist Pazifist. Anfangs war er überzeugt, dass Demonstrationen, Petitionen und Aufmärsche helfen, die Öffentlichkeit gegen den Krieg aufzubringen – und, wenn das erst einmal erreicht wäre, auch die politischen Vertreter gegen den Krieg stimmen würden. Denn so funktioniert ja Demokratie. Der erste Teil stimmte: Umfragen zeigten, dass die Mehrheit der US-Bürger gegen den Krieg war und wollte, dass die Truppen nach Hause kommen. Als die Demokraten im Wahlkampf 2006 versprachen, genau dies zu tun, wurden sie mehrheitlich ins Repräsentantenhaus und in den Senat gewählt. Aber anstatt ihr Versprechen einzulösen, genehmigten sie weitere Gelder für die Kriegsführung und schickten zusätzliche Soldaten in den Irak, die nun endgültig den Widerstand der Rebellen brechen sollten. Aber das klappte natürlich immer noch nicht – und so flossen einige Monate später Milliarden Dollar in die nächste Truppenoffensive. Im Jahr 2008 wählten die Menschen Barack Obama, weil er versprochen hatte, endlich Frieden zu schaffen. Aber der Krieg ging immer noch weiter – gegen den Willen der Wähler.

Da wurde ihm klar, dass die Politiker nicht die Wähler, sondern die Unternehmen repräsentieren – und die wollen, dass der Krieg fortgesetzt wird. Nicht die Bürger, sondern die Unternehmen haben die Macht. Das ist die Demokratie der USA. Nur wenn sich die Wirtschaftsbosse gegen den Krieg stellen, kann die Gewaltspirale ein Ende finden. Er fragte sich, was sie dazu bringen könnte, den Krieg abzulehnen. Die Antwort war einfach: Sie durften keine Profite mehr damit machen.

Er entschloss sich, dem Frieden auf die Sprünge zu helfen. Auf einem Flohmarkt kaufte er einen Transformator, der die elektrische Spannung von 110 auf 220 Volt erhöht. Als er das nächste Mal für den Zulieferer der Rüstungsindustrie arbeitete und der Wetterbericht ein Gewitter vorhersagte, nahm er den Transformator mit. Beim ersten Blitz, der den Himmel erhellte, schlich er sich in das Rechenzentrum des Unternehmens. Er stöpselte alle Rechner vom Überspannungsschutz ab und jagte mit dem Transformator 220 Volt durch sie hindurch.

Dann schloss er die Geräte wieder an und zerstörte auch den Überspannungsschutz. Die Sache war klar: Der blöde Überspannungsschutz hatte versagt, der Blitz hatte ihn und die Rechner erledigt.
Vom stechenden Geruch der verschmorten Elektronik bekam er Kopfschmerzen, aber ansonsten fühlte er sich fantastisch. Die verlorenen Daten und die zerstörten Rechner würden sich in der nächsten Bilanz des Unternehmens bestimmt nicht gut machen.

Die verlorenen Daten bedeuteten außerdem eine Unterbrechung der Lieferkette – und Soldaten können ohne funktionierende Logistik nicht kämpfen. Er war zufrieden: Er hatte dem Krieg und seinen Nutznießern sowohl wirtschaftlich als auch taktisch geschadet.

Er weiß, dass nur wenige zu dieser Art der direkten Aktion bereit sind. Viele Menschen fürchten die Repressalien der Regierung, die ihre sowieso schon schwierige Lebenssituation weiter verschlechtern würde. Dabei wird diese Lebenssituation – lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, eine auseinander fallende Gesellschaft, eine Atmosphäre aus Angst und Feindseligkeit – hauptsächlich von diesen kriegstreibenden Kräften verursacht. Der Kapitalismus fordert die Invasion in Afghanistan und Irak, bedingt die Privatisierung und Verarmung in Lateinamerika und sorgt für die Auflösung der Mittelschicht in den Industrienationen.

Er ist überzeugt, dass wir uns aktiv dagegen wehren und die Macht zurückerobern müssen. Ein schwerer Kampf mit einem lohnenden Ziel: Die Dankbarkeit der kommenden Generationen. Die Zeit ist reif für einen Wandel – und dieser muss fundamental, nicht oberflächlich sein.

Er wuchs in einer Kleinstadt auf. Seine Familie betrieb dort das örtliche Haushaltswarengeschäft. Als er in der High School war, kam Wal-Mart. Das Familiengeschäft ging pleite. Sein Vater arbeitete nun in Wal-Marts Haushaltswaren-Abteilung und verdiente weniger als je ein Angestellter bei ihm. Schon bald gesellten sich auch die bankrotten Besitzer der örtlichen Bekleidungs-, Elektro-, Sportartikel- und Spielwarengeschäfte hinzu. Aber trotz ihrer Kompetenz wurde keiner von ihnen als Abteilungsleiter angestellt. Die Abteilungsleiter waren langjährige Wal-Mart-Mitarbeiter, die von außerhalb kamen.

Wal-Mart machte den Anfang, und weitere Konzerne folgten: Viele Farmer in der Gegend mussten ihr Land an Großbetriebe verkaufen, lokale Restaurants wurden durch billigere Ketten ersetzt, ein Franchise-Unternehmen übernahm das Immobilienbüro. Die Angestellten und Arbeiter verdienten nun viel weniger als zuvor. Die ganze Stadt, abgesehen von ein paar protzigen neuen Häusern, verblasste.

Zum Glück hatten seine Eltern etwas Geld angespart, so dass er mit Hilfe von Studienkrediten und zahlreichen Nebenjobs das College besuchen konnte. Aber seinen jüngeren Geschwistern war dies nicht vergönnt. Sein Bruder ging zur Marine und seine Schwester arbeitete bei Wal-Mart.

Was mit den kleinen Betrieben in den USA passiert, passiert auf ähnliche Art und Weise in anderen, kleinen Ländern – die feindliche Übernahme des Wirtschaftslebens durch internationale Konzerne. Und die Weltbank und der Internationale Währungsfonds unterstützen diesen Eroberungszug.

Länder, die da nicht mitmachen wollen, sehen sich mit anderen Methoden konfrontiert, sei es ein von der CIA angestachelter Umsturz oder eine offene Invasion. Der Feudalismus ist auferstanden: Die Wirtschaftsbosse sind der neue Adel, ihre Angestellten sind die kleinen Grundbesitzer, und der große Rest der Welt darf sich Leibeigene nennen.

Wir sollten dieses System so früh wie möglich bekämpfen - solange wir noch die Freiheiten dazu haben. Wer hofft, liberale Reformen könnten etwas grundlegend ändern, täuscht sich. Trotzdem klammern wir uns an diese Hoffnung, weil wir mit dem tröstlichen Mythos einer Demokratie aufgewachsen sind. Stattdessen sollten wir uns bewusst sein, dass hinter der populistischen Phrasendrescherei immer noch eine tief verwurzelte Macht liegt, die aufrecht erhalten werden will. Von sich aus werden die Machthaber nur die Änderungen akzeptieren, die Profite versprechen: Beispielsweise waren sie gewillt, den Arbeitsmarkt um Frauen und Schwarze zu erweitern – so konnten die Löhne weiter gedrückt werden.

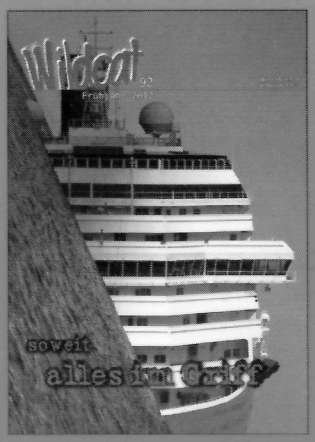
Die schönen Zeiten in den USA sind vorbei. Die Zustände werden immer schlimmer. Die Amerikaner geraten langsam in die gleichen Verhältnisse wie die Völker der Länder, die schon lange am Tropf der USA hängen. Bald wird sich lautstarker Protest erheben - aber die Politiker werden wissen, wie sie darauf reagieren. Sie werden die Radikalen als Sündenböcke für alle Probleme hinstellen und sie zur Zielscheibe der Wutbürger machen. Aber die Querdenker verursachen nicht die Probleme, sie bekämpfen sie. Die Zustände werden vom Kapitalismus verursacht – die Mittelschicht wird zum Wirtschaftsproletariat.

Um sich diesem Prozess entgegenzustellen, ist unser Putzmann zu einem aktiven Pazifisten geworden. Er kämpft, ohne lebendige Kreaturen zu verletzen.

Sein Transformator ist sicher verstaut. Er wartet auf die nächste passende Wettervorhersage, um weitere Computer in friedlichen Schrott zu verwandeln. ■

Wildcat

Back Issues.



Wildcat 92 (Frühjahr 2012)

Heimatschutz: Unsere Staatsnazis

Ägypten: Schritt für Schritt

MigrantInnen: Kämpfe in den Golfstaaten

Krise in Eurpa – Rückkehr des Klassenkampfs

Griechenland: Fortgesetzte Angriffe, Riots, Streiks

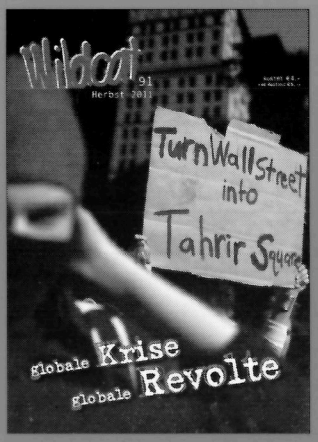
China: Das war das Jahr des Hasen

Indien: Kampf bei Maruti Suzuki

Commons-Debatte

Kasachstan: Frühling in der Steppe

aktuelle Buchbesprechungen



Wildcat 91 (Herbst 2011)

Krise: Private Laster, öffentliche Tugenden

Eurokrise, Eurobonds, Kampf um die Schulden

Griechland: Einheit und Spaltung

USA: Hungerstreik in US-Knästen

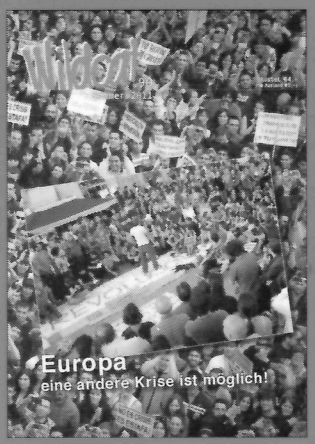
Indien: Kampf bei Maruti Suzuki

Iran: Streik der Petrochemiearbeiter gegen das Leiharbeitssystem

Italien: Selbstorganisierter Streik der Tagelöhner

Occupy! (Frankfurt, Oakland, Israel)

Texte zur Situation in Ägypten, Spanien, England



Wildcat 90 (Sommer 2011)

On the road to nowhere – Thesen zur Krise

Portugal: Musterschüler geht pleite

Österreich: Proteste gegen Sparpolitik

UK: Unbegrenzte Haftung oder Nichts zu verleihen

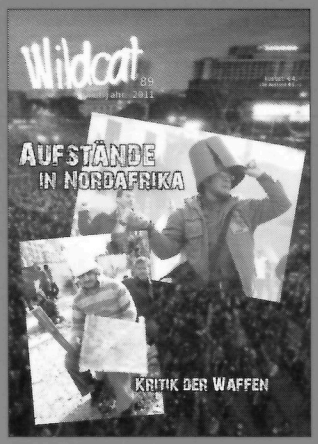
Bewegung in Spanien: Plötzlich wurde alles real

Weiße Rose aus Athen: Zerbricht die EU?

Weltweite Streikwelle

Krise, Migration, Aufstände, Militarisierung – Wie weiter im Nahen Osten?

Bauernkämpfe in Indonesien: Wem gehört das Land?



Wildcat 89 (Frühjahr 2011)

Ägypten: Vom Aufstand zur Revolution?

Die Ölrente läuft aus

USA: Mubarak for Governor!

Italien: Unmut wird Wut – Bewegungen gegen die Krise

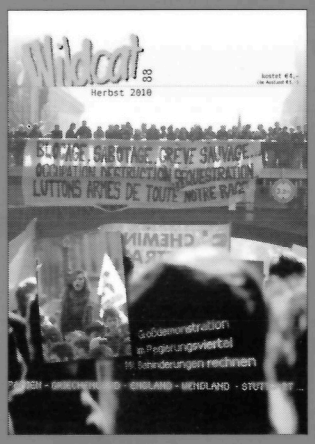
Landflucht und Food Riots: Keine Agrarrevolution

Global Labor History: Theologie vs. Teleologie?

Tschechien: Angriff auf die Klasse ohne Antwort

Arbeiter und Arbeiterklasse im heutigen Indien

Die Politik des Hungers



Wildcat 88 (Winter 2010)

Liberalismus am Ende

England: Krise kriegen in Hackney

Frankreich: Mobilisierung gegen die Rentenreform

Spanien: Generalstreik als Ventil

Griechenland: Kein heißer Herbst?

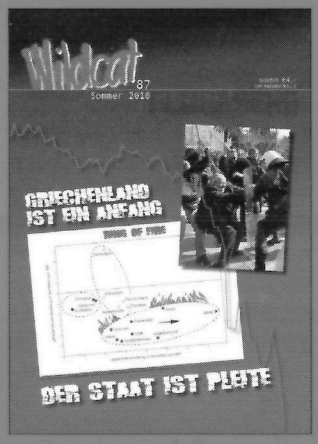
Commons, Common Wealth, Commonismus:

Was war die Allmende?

Kampf um Wert oder Klassenkampf?

Vom Empire zum Commonwealth

Stuttgarter Momente



Wildcat 87 (Sommer 2010)

Griechenland: Krise, Sparpolitik, Revolte

Staatsschuldenkrise – Euro-Krise

Indien: Strategie der Strohhalme

Großbritannien: Im Vorhof der Hölle

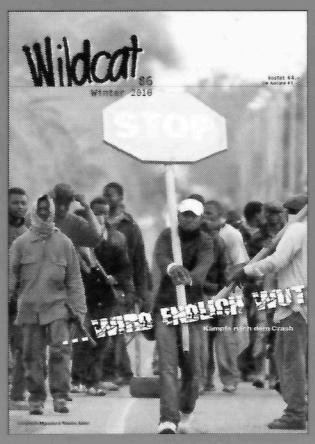
Leiharbeit ist Scheiße

Der iranische Aufstand vom Februar 1979

Lieber arbeitslos in Irland als Arbeiter in Polen

Flashmobs, Blockaden, Aktionen in Bremen

Buchbesprechungen:
Robert Brenner, George Caffentzis, Raúl Zibechi, …



Wildcat 86 (Frühjahr 2010)

Krise: Rückblick und Ausblick

Die iranische Revolution 1979

Autoindustrie: Hybridmotor oder Klassenkampf

Das Ende des Massenarbeiters im Stuttgarter Raum

Rosarno: Der Rassismus und die `Ndrangheta sind Alibis

Südafrika: Der ANC greift die Bewegungen der Barackenbewohner an

Privatinitiative! – Gespräch mit Aktivisten aus dem Bremerhavener Komitee

Rückkehr des Klassenkampfs in Tschechien

Wildcat 85 (Herbst 2009)

Karl-Heinz Roth über die Krise

Alle Hoffnungen richten sich auf China

Nur wenn wir das antiimperialistische Erbe überwinden, kriegen wir eine Perspektive auf die soziale Revolution!

Iran: Ein neuer Anlauf?

Gespräch über die iranische Revolution 1979

Ölprofite als Basis des neuen Sozialismus in Venezuela

Durch den fortschrittlichen Staat zur Revolution?

Beilage: Marx – Weltkrise – Arbeiterklasse

Wildcat

AUS DEM INHALT

- Bergarbeiterstreik in Spanien
- Autoindustrie: Verzögertes Ende und historischer Angriff
- David Graeber: Schulden
- Joe Burns: Reviving the Strike
- Updates zu
  - Krise
  - NSU
  - Ägypten
  - Krankenhäusern